

Gemeinsam. Solidarisch. Gerecht: Unser Dortmund

Kommunalwahlprogramm 2025

Die Linke

Dortmund



DIE LINKE Kreisverband Dortmund
Rheinische Straße 56, 44137 Dortmund
Telefon: (0231) 222 1116/1117
E-Mail: info@dielinke-dortmund.de
V.i.S.d.P.: Kevin Götz, Kreissprecher

Layout: Alena Blaß & Jennifer Wrona
Lektorat: Svenja Gräfen
Stand: Mai 2025

www.dielinke-dortmund.de
@dielinke_dortmund

Inhalt

Impressum	3
Vorwort	6
Wohnungsgerechtigkeit	8
Wohnen ist ein Menschenrecht	9
Bestandswohnungen solidarisch gestalten	11
Gutes Wohnen auch mit wenig Geld	13
Für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik	14
Sozialen Wohnungsbau ausweiten	16
Mit <i>Housing First</i> gegen Obdachlosigkeit	18
Kommunale Wärmeplanung – aber solidarisch!	20
Verkehr und Mobilitätsgerechtigkeit	22
ÖPNV attraktiv ausbauen	23
Gute Mobilität mit dem Fahrrad	25
Das Recht der Fußgänger*innen stärken	29
Gütertransport neu gestalten	30
Rückbau des Flughafens	32
Autoverkehr zurückdrängen – Mobilität ohne Auto ermöglichen	33
Ein soziales Leben in Dortmund	36
Gemeinsam für eine soziale Stadt	38
Wohnungen für Menschen ohne Wohnung!	42
Drogenabhängigkeit solidarisch begegnen	44
Inklusion – Teilhabe für alle!	45
Eine gerechte Gesundheitsversorgung	48
Menschenwürdige Pflege und Betreuung	51
Kultur, Sport und Freizeit – Für alle zugänglich	54
Solidaritätsoffensive für Senior*innen	57



Schutz und Förderung von Kindern und Jugendlichen	62
Kitas und Tagesbetreuung	63
Rechte der Kinder und Jugend	65
Gute Bildung für alle und Sprachförderung	68
Für ein solidarisches Schulsystem	72
Eine solidarische Gesellschaft	74
Antifaschismus ist unsere Pflicht	75
Geschlechtergerechtigkeit und queeres Leben	82
Zuwanderung, Menschenrechte und Solidarität	86
Gemeinsam für Frieden	90
Demokratie und Transparenz	94
KOD und Polizei	95
Klima, Umwelt und Artenschutz	100
Klimakatastrophe verhindern, Klimagerechtigkeit schaffen	101
Gerechte Energiewende	110
Stabilität unserer Ökosysteme erhalten	113
Respektvoller Umgang mit Tieren	116
Finanzen, Arbeit und Digitalisierung	122
Gerechte Finanzpolitik – solidarische Kommunalwirtschaft	123
Gute Arbeit, faire Löhne, soziale Sicherheit – Jetzt!	128
Digitalisierung ohne Ausgrenzung	134

Vorwort

Dortmund ist eine vielfältige und starke Stadt. Hier wohnen viele Menschen unterschiedlichen Alters, verschiedener Herkunft und mit individuellen Lebensentwürfen, die das Zusammenleben vor Ort bereichern. Doch Dortmund ist auch von Armut und Ausgrenzung geprägt. Es ist in arme und reiche Stadtteile gespalten, in denen sich die Lebensbedingungen unterscheiden. Wir wollen, dass alle Dortmunder*innen ein gutes Leben haben. **Gemeinsam. Solidarisch.**

Gerecht: Unser Dortmund.

Die Linke ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir stellen uns der sozialen Spaltung entgegen – auf Bundesebene, indem wir für eine Vermögenssteuer und eine Erbschaftsteuer einstehen, und auf kommunaler Ebene, indem wir uns für soziale Angebote, gute Schulen und Schwimmbäder starkmachen. Wir sind die Partei, die für das gute Leben für alle kämpft!

Die Bedingungen für gute Kommunalpolitik sind schwieriger denn je. Die

schwarz-rote Koalition hat klargemacht, dass sie die finanzielle Ausstattung der Kommunen nicht verbessern, sondern weiter an den Ausgaben sparen will. Dabei kommen Kommunen jetzt schon nicht über die Runden, in NRW befinden sich viele in der Haushaltssicherung.

Gleichzeitig wird das Leben für die Mehrheit der Bevölkerung immer schwieriger. Die Preise für Lebensmittel, Mobilität und andere lebensnotwendige Dinge steigen immer weiter.

Viele Menschen haben Probleme, sich ihr Leben leisten zu können. Auch die Mieten in Dortmund werden immer weiter erhöht – gerade für Familien ist es unmöglich, eine Wohnung zu finden, die sie bezahlen können. Die Obdachlosigkeit steigt, und es wird immer stärker gegen Menschen vorgegangen, die auf der Straße leben müssen.

Gleichzeitig erstarken rechte Kräfte. Ihre Erfolge bei Wahlen machen vor allem migrantischen, queeren und behinderten Menschen Angst, und das zu Recht. Wir stellen uns klar gegen Rassismus und rechte Hetze – überall!!

Wir setzen uns besonders für die Menschen ein, die es schwerer haben. Wir kämpfen für benachteiligte Stadtteile und für Menschen in Armut, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Wir werden nicht müde, uns für die Menschen einzusetzen, die von der Politik so oft vergessen werden. Dabei machen wir nicht nur Politik *für* Menschen, sondern *mit* ihnen. Wir sind unterwegs in den Stadtteilen. Wir klingeln an den Haustüren, sprechen mit den Bewohner*innen und nehmen diese Stimmen mit in die Parlamente. Wir sind ansprechbar, präsent und verlässlich. Und wir haben eine klare Haltung: Sozial, antifaschistisch, klimagerecht und antikapitalistisch.

Diese Themen stehen für uns bei der Kommunalwahl im Mittelpunkt:

Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht, und Dortmund braucht vor allem bezahlbaren

Wohnraum. Wir wollen das Wohnungsamt stärken und gegen rechtswidrige Praktiken von Vermieter*innen vorgehen. Für wohnungslose Menschen fordern wir *Housing First* statt Verdrängung.

Kinder und Jugend

Wir setzen uns besonders für Kinder und Jugendliche ein. Auf kommunaler Ebene heißt das: gute Schulgebäude, viele Schulsozialarbeiter*innen, ein kostenloses Essen für jedes Kind und ausreichend gute Kitaplätze. Außerdem braucht es Orte für Jugendliche, an denen sie sich kostenfrei treffen und aufhalten können.

Gesundheit

Wir setzen uns für eine gute Gesundheitsversorgung in Dortmund ein. Dazu gehören die Unterstützung der städtischen Kliniken und der Kinderklinik, der Einsatz für mehr Ärzt*innen in jedem Stadtteil und die Schaffung von zusätzlichen Angeboten wie etwa Gesundheitskiosken. Zum Thema Gesundheit zählen wir auch ein gesundes Umfeld: Schutz vor Hitzebelastung, Luftverschmutzung und Lärm, gerade in benachteiligten Stadtteilen.

Mobilität

Jede*r Mensch hat das Recht, mobil zu sein. Dazu gehört in Dortmund ein guter ÖPNV, den wir perspektivisch kostenlos gestalten wollen. Wir setzen uns ein für sichere Radwege, die auch Kinder nutzen können, gute Fußwege und ausreichend Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum.

Wohnungsgerechtigkeit



Wohnen ist ein **Menschenrecht**

Wir stehen für eine Wohnpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht am Markt. Wohnen darf keine Ware sein, mit der Profite erzielt werden. Es geht um mehr als ein Dach über dem Kopf: Jede*r soll in Dortmund gut, sicher und bezahlbar wohnen können, ohne Angst vor Miet erhöhungen oder Verdrängung – denn Wohnen ist ein Menschenrecht!

Immer mehr Menschen sind von Wohnarmut betroffen. Die Zahl armer Haushalte steigt deutlich, wenn die Wohnkosten berücksichtigt werden. Über 21% der Bevölkerung in Deutschland sind von Wohnarmut betroffen, das entspricht

mehr als 17 Mio. Menschen. Darunter auch die Empfänger*innen von Bürgergeld und anderen Transferleistungen: Diese liegen bei einer erwachsenen Person mit rund 500 Euro unterhalb der Grenze, ab der man nicht mehr als (wohn-)arm gilt.

Neben den explodierenden Mietpreisen treiben auch die Energiekosten Millionen Haushalte in existentielle Not. Die Folgen sind dramatisch: Rund eine halbe Million Menschen sind in Deutschland wohnungslos, und die Zahl der Zwangsräumungen nimmt kontinuierlich zu. Vor allem für große Familien mit fünf oder mehr Personen, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind, gibt es kaum Angebote, die öffentlich gefördert werden.

In Dortmund sind die Mieten in den letzten zehn Jahren um über 50% gestiegen. Bezahlbarer Wohnraum wird besonders für Familien, Alleinerziehende und Menschen mit geringem Einkommen

knapp. Viele müssen in zu kleinen Wohnungen leben oder haben Schwierigkeiten, überhaupt eine Unterkunft zu finden. Das Mietsystem wird zur Umverteilung von unten nach oben: Während Mieter*innen einen Großteil ihres Einkommens für Wohnraum zahlen müssen, steigern Eigentümer*innen ihr Vermögen allein durch Besitz – oft ohne jede Leistung.

Durch politische Entscheidungen wie die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die Privatisierung großer Wohnungsbestände wurden bundesweit Entwicklungen angestoßen, die nun auch Dortmund treffen: Ganze Viertel befinden

sich in den Händen börsennotierter, profitorientierter Wohnungskonzerne. Sie sanieren nicht, sondern erhöhen die Mieten und schütten Gewinne an Aktionär*innen aus.

Auch wenn viele wohnungspolitische Hebel auf Landes- oder Bundesebene liegen, gäbe es in Dortmund Möglichkeiten, die Situation für Mieter*innen vor Ort spürbar zu verbessern – und wir wollen sie entschlossen nutzen.

Die Linke steht klar an der Seite der Mieter*innen.

Wir setzen uns ein für:

- die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne
- einen starken kommunalen Wohnungsbestand
- echte Mitbestimmung für Mieter*innen

Auf Bundesebene fordern wir:

- einen wirksamen Mietendeckel
- die Abschaffung von Eigenbedarfskündigungen
- ein Verbandsklagerecht für Mieter*innenvertretungen

Bestandswohnungen **solidarisch gestalten**

In Dortmund ist der Anteil an Wohnungen, die profitorientierten Wohnungskonzernen gehören, besonders hoch. Vonovia zeichnet sich durch überzogene Nebenkostenabrechnungen aus. LEG erhöht die Mieten stärker als nach Mietspiegel erlaubt wäre. Dies ist möglich, da in diesem eine Spanne angegeben ist, obwohl gerichtlich festgestellt wurde, dass für Miet erhöhungen der Mittelwert ausschlaggebend ist. Vonovia denkt sich abstruse Gründe aus, um von der Spanne abzuweichen. Wir fordern, dass der Mietspiegel nur den Mittelwert enthält, sich an den Bestandsmieten orientiert und Abweichungen nur bei festgelegten Gründen möglich sind.

Modernisierungen können mit 8 % auf die Miete umgelegt werden und sind somit ein Instrument, um Mieten besonders drastisch zu erhöhen. Dies führt oft dazu, dass Bestandsmiet*innen verdrängt werden, weil sie sich die Wohnung nicht mehr leisten können. Bundesweit

setzen wir uns für die Abschaffung der Modernisierungsumlage ein. Für Dortmund sind Erlasse sozialer Erhaltungssatzungen nötig, insbesondere für die Nordstadt. Sie verpflichten dazu, jede Modernisierung genehmigen zu lassen. So können sinnlose Modernisierungen, die nur dazu dienen, die Miete zu erhöhen, verhindert werden.

Sanierungen hingegen dienen dem Erhalt der Wohnungen und dürfen nicht auf die Miete umgelegt werden. Für Wohnungskonzerne sind sie oft nicht lukrativ, weshalb Wohnungen verfallen und notwendige Maßnahmen, wie die Abdichtung bei Schimmel, nicht durchgeführt werden. Wir fordern ein schnelles Eingreifen der Wohnaufsicht, die Durchführung von Ersatzvornahmen sowie den Einsatz von Zwangsverwaltungen, wo es erforderlich ist.

Ungenutzter oder schlecht verwalteter Wohnraum sollte wieder in öffentliche Hand überführt werden. Die Stadt Dortmund muss dafür auch das Instrument der Enteignung nutzen. Mit der Dortmunder Zweckentfremdungssatzung stehen bereits wirksame Mittel zur Verfügung. Beispiele, bei denen dies notwendig ist, sind die beiden Hannibalgebäude sowie der Gebäudekomplex am Hackländerplatz.

DOGEWO für Mieter*innen

Mit der DOGEWO und der DSG (Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft) verfügt die Stadt Dortmund über ein kommunales Wohnungsunternehmen und eine Gesellschaft, die Grundstücke zur Entwicklung übertragen und Ankäufe tätigen kann.

Allerdings agiert DOGEWO gewinnorientiert und nicht im Sinne der Mieter*innen. Große Gewinnausschüttungen an DSW21 bedeuten, dass die Mieter*innen indirekt den Dortmunder Flughafen subventionieren.

Wir fordern, dass DOGEWO keine Gewinne ausschüttet. Zudem erhöht die DOGEWO alle Mieten entsprechend dem Dortmunder Mietspiegel – der kontinuierlich steigt. Mit den Miet erhöhungen befeuert DOGEWO diese Entwicklung mit. Deshalb fordern wir einen Mietenstopp für die DOGEWO. Mietsteigerungen dürfen nur auf Basis tatsächlicher Kostensteigerungen erfolgen.

Gewinne müssen vollständig reinvestiert und im Konzern gehalten werden.

Die Linke fordert:

- keine Gewinnausschüttung bei DOGEWO,
- mehr Bestand in DSG und DOGEWO,
- Ausschluss von Verkauf von Wohnungen an renditeorientierte Träger*innen,
- Schaffung von Strukturen, die den Mieter*innen von DOGEWO Mitbestimmung ermöglichen,
- keine Erhöhung der DOGEWO-Mieten nach Mietspiegel,
- Umbau der DOGEWO in ein gemeinnütziges Unternehmen, dessen Einnahmen und Gewinne für Instandhaltung und Neubau genutzt werden.

Gutes Wohnen

auch mit wenig Geld

Etwa die Hälfte der Dortmunder*innen hat Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein oder auf Wohngeld. Der Anteil des Einkommens, der für die Miete ausgegeben wird, ist in Dortmund besonders hoch. Deshalb muss auf kommunaler Ebene vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen gezielt geholfen werden. Auch wenn wir als Die Linke der Meinung sind, dass statt Wohngeld vor allem eine wirkungsvolle Begrenzung der Mieten nötig ist und keine Subventionierung von Vermieter*innen, setzen wir uns zugleich dafür ein, Mieter*innen konkret zu unterstützen. Auch in Dortmund wird Wohngeld teilweise zu spät ausgezahlt, wodurch Menschen um ihre Wohnung fürchten müssen. Die Linke fordert daher gut ausgestattete Wohnungsämter, die alle Anträge zügig bearbeiten. Es darf nicht passieren, dass Verzögerungen bei der Bearbeitung Menschen in Zahlungsschwierigkeiten bringen.

Die Kosten der Unterkunft müssen sich an die Mietentwicklung anpassen. Die Linke hat in Dortmund erreicht, dass die Angemessenheitsgrenzen der Unter-

kunfts kosten auf Basis der aktuellen Angebotsmieten festgelegt werden. Die Mieten werden jährlich neu bewertet und die Leistungen entsprechend angepasst. Dadurch konnte die Zahl der Zwangsumzüge reduziert werden.

Die tatsächlichen Kosten der Unterkunft müssen für Menschen, die Transferleistungen beziehen, vollständig übernommen werden. Nach dem SGB II (Bürgergeld) ist das Jobcenter verpflichtet, die Wohnkosten – also Miete und Heizkosten (*Kosten der Unterkunft* oder *KdU*) – in tatsächlicher Höhe zu übernehmen, sofern sie „angemessen“ sind. Die Definition der „Angemessenheit“ liegt bei den einzelnen Kommunen und ist seit Jahren umstritten. Werden die Wohnkosten als unangemessen hoch bewertet, fordert das Jobcenter die Betroffenen auf, die Kosten zu senken. Nach einer Frist von sechs Monaten übernimmt das Jobcenter dann nur noch die als *angemessen* geltenden Kosten. Die Differenz müssen die Betroffenen selbst tragen. Es entsteht eine Wohnkostenlücke. Im Landesdurchschnitt Nordrhein-Westfalens betrug diese Deckungslücke 2022 für alle betroffene Haushalte 82,28 Euro; in einigen Kommunen sogar bis zu 131,16 Euro.

Die Linke fordert:

- Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten für Menschen, die Transferleistungen erhalten
- die Zusage der Mietübernahmen durch das Jobcenter innerhalb von fünf Tagen,
- schnellere Bearbeitung von Wohngeldanträgen und zügige Auszahlung des Wohngeldes,
- die schnelle Genehmigung von Umzügen bei den Jobcentern,
- eine Ausweitung kostenloser Beratungsangebote für Mieter*innen,
- die transparente Vergabe von Sozialwohnungen und besondere Berücksichtigung von benachteiligten Gruppen: Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Familien, von Rassismus Betroffene, Menschen mit Behinderungen und junge Menschen.

Für eine **gemeinwohl-orientierte Bodenpolitik**

Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu genutzt, den Verkauf von Grundstücken in guter Lage an Investor*innen und Spekulant*innen zu legitimieren. Dabei ist Boden aufgrund seiner begrenzten Verfügbarkeit keine Ware wie jede andere. Die Eindämmung von Bodenspekulation ist eine zentrale Aufgabe linker Politik. Durch die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht kann die

Stadt Dortmund dauerhaft Einfluss auf deren Nutzung und Gestaltung nehmen und Bodenspekulation verhindern. Deshalb fordern wir, die Erbpacht deutlich auszuweiten und keine Grundstücke, die bereits in Erbpacht vergeben sind, zu verkaufen. Das gilt auch für Gewerbegrundstücke. Wie wichtig kommunales Eigentum ist, zeigt sich aktuell im Entwicklungsgebiet am Hafen und an der

Speicherstraße: Dort ist eine soziale und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung nur möglich, weil die Grundstücke der Stadt gehören und in Erbpacht vergeben wurden. Nun werden diese Flächen an Investor*innen verkauft, und die Stadt gibt damit künftige Einflussmöglichkeiten aus der Hand. Das wollen wir verhindern!

Durch eine vorausschauende Bodenvor- ratspolitik können strategisch wichtige Grundstücke frühzeitig gesichert und die Handlungsspielräume der Kommunen erweitert werden. Wir fordern den konsequenten Ausbau dieser Strategie und den gezielten Ankauf strategisch bedeutsamer Grundstücke. Ein großes Problem ist, dass Grundstücks-An- und

Verkäufe meist in nichtöffentlichen Sitzungen behandelt werden. So werden weitreichende stadtpolitische Entscheidungen getroffen, ohne dass die Öffentlichkeit die Möglichkeit hat, Stellung zu beziehen – wie etwa beim Hochhaus mit der neuen Polizeiwache Nord. Wir fordern daher eine Transparenzsatzung, orientiert am Vorbild der Stadt Offenbach. Dort werden wichtige Daten zu Grundstücksverkäufen auch in den öffentlichen Unterlagen zugänglich gemacht, darunter Lage, Größe und Kaufpreis der Grundstücke. Ebenso müssen die dazugehörigen städtebaulichen Entwicklungspläne öffentlich einsehbar sein.

Die Linke fordert:

- Keinen Verkauf von Grundstücken,
- die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht,
- die Ausweitung von Vorkaufsrechten und aktiven Ankauf von kritischen Beständen,
- eine Transparenzsatzung nach dem Vorbild Offenbachs mit Angabe der Grundstücks-An- und Verkäufe in öffentlicher Sitzung,
- die Bevorzugung von Genossenschaften bei der Vergabe von Grundstücken.



Sozialen Wohnungsbau ausweiten

In Dortmund herrscht Wohnungsnot. Mit einer Leerstandsquote von 1,3 % gibt es kaum verfügbare Wohnungen, in die Menschen ziehen können. Daher braucht Dortmund dringend den Neubau von dauerhaft belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen. Wir fordern, dass die Sozialbindungen künftig nicht mehr auslaufen dürfen, sondern dauerhaft bestehen bleiben. Außerdem wollen wir die Quote für Sozialbau auf 70 % erhöhen. Durch die

gestiegenen Baupreise ist der soziale Wohnungsbau für Investor*innen attraktiv geworden. Wir wollen, dass auch Neubauprojekte mit 100 % sozialem Wohnungsbau möglich gemacht werden – und wir widersprechen dem Mythos, dies führe zu einer *Ghettoisierung*.

Allein durch Neubau wird sich die Krise auf dem Wohnungsmarkt nicht beheben lassen, denn dieser ist teuer und liegt laut Wohnungsmarktbericht bei über 12 Euro pro Quadratmeter. Aufgrund der gestiegenen Baukosten liegen viele neue Wohnbauprojekte deutlich darüber. Daher muss der Neubau immer mit

weiteren Maßnahmen kombiniert werden, die die Mieten insgesamt senken.

Mit der Dortmunder Stadtentwicklungs-gesellschaft (DSG) wurden die Voraus-setzungen geschaffen, um Bau- und Sanierungsprojekte auch kommunal um-zusetzen. Angekauftे Bestände müssen saniert, barrierefrei ausgebaut und energetisch modernisiert werden. Diese Maßnahmen dürfen jedoch nicht zur Ver-drängung von Mieter*innen führen.

Bei der Planung von Neubaugebieten legen wir Wert auf eine gut ausgebaut soziale Infrastruktur. Dazu gehören Kitas, Schulen, Einkaufs- und Begegnungs-möglichkeiten sowie eine gute An-bindung an den öffentlichen Nahverkehr. Ebenso wichtig sind Grünflächen und Parks, Kinderspielplätze und Jugend-treffs. Wir unterstützen den Aufbau von Quartieren, in denen Menschen auch ohne eigenes Auto gut und sicher leben

können. Zudem fordern wir, dass sämt-liche Neubauwohnungen vollständig barrierefrei gebaut werden, um den enormen Bedarf an barrierefreiem Wohn-raum endlich zu decken.

Als Linke sind wir grundsätzlich gegen die Ausweitung von Einfamilienhaus-siedlungen, da diese im Vergleich zum Geschosswohnungsbau überproportional viel Fläche verbrauchen. Gerade in einer Stadt wie Dortmund mit ihrer hohen Be-völkerungsdichte und der drängenden Wohnungsnot darf kein einziges Ein-familienhaus mehr gebaut werden. Statt-dessen wollen wir gute Konzepte für ge-meinsames Wohnen wie beispielsweise Mehrgenerationenhäuser fördern. Wo Erbpacht in Einfamilienhäusern aus-läuft, sollen Konzepte zur sozial-verträglichen Nachverdichtung erarbeitet werden.

Die Linke fordert:

- Eine Ausweitung der Quote für sozialen Wohnungsbau auf 70%,
- das Ermöglichen reiner Sozialbauprojekte,
- keinen weiteren Bau von Einfamilienhäusern,
- die Bevorzugung von Genossenschaften,
- die Ausweitung kommunaler Bautätigkeiten sowie Ankauf und Sanierung.

Kommunale Möglichkeiten nutzen

Dortmund verfügt über eine gute Zweckentfremdungssatzung, die Leerstand und Kurzzeitvermietungen verbietet. Wir fordern, dass diese konsequent angewendet wird. Dafür muss die kommunale Wohnungsaufsicht finanziell und personell besser ausgestattet werden. Die Wohnungsaufsicht soll nicht nur gegen Leerstand, sondern auch gegen andere Verstöße wie Mietwucher und überteuerte Mieten konsequent vor-

gehen. Auch bei der Verwahrlosung von Wohnraum muss sie eingreifen und Ersatzvornahmen veranlassen. Dabei hat sie immer im Interesse der betroffenen Mieter*innen zu handeln und Lösungen für sie zu finden.

Auch wenn Eigentümer*innen denkmalgeschützte Gebäude gezielt verfallen lassen, um Abrissgenehmigungen zu erwirken, muss die Stadt rechtzeitig einschreiten. Für solche Gebäude darf es keine Abrissgenehmigungen geben.

Die Linke fordert:

- Eine bessere Ausstattung der kommunale Wohnungsaufsicht, insbesondere auch mit Haushaltsmitteln für Ersatzvornahmen,
- das konsequente Einschreiten bei Leerstand, Kurzzeitvermietungen, Mietwucher und Verwahrlosung von Wohnraum,
- ein öffentlich einsehbares Leerstandskataster.

Mit Housing First **gegen Obdachlosigkeit**

Die Zahl der Wohnungslosen ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen, genaue Zahlen sind jedoch schwierig zu ermitteln. In Dortmund wird derzeit von 500-600 obdachlosen Menschen ausgegangen. Erfahrungswerte zeigen, dass zusätzlich etwa das Zehnfache an

Menschen wohnungslos ist – sie verfügen nicht über eigenen Wohnraum und sind vorübergehend bei Freund*innen oder Verwandten untergekommen. Durch die wachsende Armut verlieren immer mehr Menschen ihre Wohnung.



Allein im Winter 2025 sind in Dortmund innerhalb von drei Wochen fünf wohnungslose Menschen auf der Straße gestorben. Jeder einzelne Tod ist einer zu viel und zeigt das dramatische Versagen der Stadt. Es braucht sofortige, unbürokratische Hilfe für obdachlose Menschen, um weitere Tote zu verhindern.

Die Linke möchte Obdachlosigkeit mit dem *Housing First*-System effektiv bekämpfen. Dazu sollen Menschen in eine eigene Wohnung vermittelt werden. Zusätzlich sollen sie entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse etwa durch Sozialpädagog*innen, die Schuldnerberatung, Suchthilfe oder Psycholog*innen betreut werden. Der Rat hat die Einführung von *Housing First* durch einen gemeinsamen Antrag von Die Linke, Grünen und CDU bereits mit Mehrheit

beschlossen. Jedoch setzt die Verwaltung das System nur unzureichend um. Hier gilt es, den Druck zu verstärken. Wir wollen das Wohnraumvorhalteprogramm ausbauen, um wohnungslose Menschen vor dem Absturz in die Obdachlosigkeit zu bewahren.

Die momentane Situation in den Dortmunder Notübernachtungsstellen ist nicht tragbar. Insbesondere die Männerübernachtungsstelle an der Unionstraße, die von European Homecare betrieben wird, ist von Gewalt und derart schlechten Zuständen geprägt, dass Menschen lieber unter Lebensgefahr auf der Straße nächtigen als dort unterzukommen. Die Linke will alle Notübernachtungsstellen in kommunale Hand überführen. Sie müssen für die Unterkommenden sicher sein – etwa durch abschließbare Einzelzimmer – und Möglich-

keiten bieten, sich auch tagsüber dort aufzuhalten. Ebenso muss die Mitnahme von Hunden gestattet sein. Außerdem braucht es Übernachtungsstellen, die auch Drogenkonsum ermöglichen.

Für queere wohnungslose Menschen müssen eigene Schutzräume geschaffen werden. Sämtliche Notübernachtungsstellen müssen jederzeit kostenlos zugänglich sein. Wir begrüßen die Einführung niedrigschwelliger Übernachtungsmöglichkeiten in Containern und fordern deren schnelle Umsetzung. Allerdings dürfen diese Angebote nicht ausschließlich in der Innenstadt Nord lokalisiert sein – einem Stadtteil, der ohnehin schon mit den größten sozialen Herausforderungen kämpft.

Außerdem fordert Die Linke in Dortmund künftig den Verzicht auf sogenannte defensive Architektur. Öffentliche Ein-

richtungen und Mobiliar dürfen nicht darauf ausgerichtet sein, obdachlose Menschen zu vertreiben oder das Verweilen unattraktiv zu machen. Dazu zählen kalte Sitzbänke mit Trennlehnen, die das Liegen verhindern, Stacheln auf Kanten und auch Fahrradständer, die das Verweilen unter Dachvorsprüngen nicht zulassen. Der öffentliche Raum soll für alle Menschen zum Verweilen einladen und auch längere Aufenthalte ermöglichen. Dass wohnungslose Menschen ihn zum Übernachten nutzen, sollte von der Mehrheitsgesellschaft toleriert werden. Vor allem im Winter geht es für diese Menschen ums Überleben. Es muss gleichzeitig sichergestellt werden, dass ausreichend Sitzgelegenheiten vorhanden sind, damit alle Menschen einen Sitzplatz finden.

Kommunale Wärmeplanung, aber solidarisch!

Die Bundesregierung hat die Kommunen zur Aufstellung einer kommunalen Wärmeplanung verpflichtet. Allerdings stellt der Bund nicht die zur Umsetzung erforderlichen Mittel zur Verfügung. Allein für Dortmund würde die Umsetzung rund 3 Milliarden Euro kosten. Dieses Geld steht kommunal nicht zur Verfügung.

DEW21 hat es geschafft, in Kooperation mit den Dortmunder Gasrußwerken ein Konzept für eine CO₂-freie FernwärmeverSORGUNG aufzustellen. Die Gasrußwerke brauchen für die kontrollierte Herstellung ihrer Rußzeugnisse bisher Erdgas. DEW21 wird nun grünen Wasserstoff über eigene Photovoltaikanlagen erzeugen, der für

die Produktion verwendet werden kann. Damit werden sowohl die Produktion der Gasrußwerke als auch die von ihnen bereitgestellte Abwärme für das Fernwärmennetz der DEW21 klimaneutral. Die Linke unterstützt dieses Konzept. Der weitere Ausbau des Fernwärmennetzes ist sinnvoll, muss dabei aber soziale Aspekte berücksichtigen. Der Ausbau darf nicht zu Kostenerhöhung für die Nutzer*innen führen. Die Einbindung großer profitorientierter Immobilienkonzerne als „Ankerkunden“ lässt befürchten, dass die Heizkosten für deren Mieter*innen steigen und so ein neues Geschäftsmodell entstehen wird. Der Fernwärmemanschluss muss insbesondere für Mieter*innen bezahlbar bleiben und darf nicht zu erheblichen Mehrkosten führen.

Für den flächendeckenden Einsatz von Wärmepumpen und Elektromobilität muss das Dortmunder Stromnetz

modernisiert und erweitert werden. Hierzu benötigt die DEW21-Tochter DONETZ rund eine Milliarde Euro an Investitionsmitteln. Die Gesellschafter DSW und Westenergie AG stellen derzeit 100 Millionen Euro zur Verfügung, um die größten Engpässe im Netz zu bearbeiten. Für eine flächendeckende Versorgung reicht diese Summe aber nicht aus. Ohne zusätzliche Bundesmittel wird die Umsetzung nicht gelingen. Auch die Immobilieninhaber*innen müssen umfangreich investieren, um Gebäudebestände für Wärmepumpen fit zu machen. Dafür braucht es finanzielle Unterstützung von Land und Bund. Ohne diese Hilfe sind die Umbaukosten für Einzelhausbesitzer*innen kaum bezahlbar – und Mieter*innen würden am Ende die Kosten über die Modernisierungsumlage tragen. Die Linke sagt: Es braucht eine solide öffentliche Finanzierung durch Land und Bund sowie stabile Energiepreise für die Verbraucher*innen.

Die Linke fordert:

- keine Nutzung von Wasserstoff außerhalb von Industrieprozessen, in denen er zwingend benötigt wird, sowie Holz in der Heizplanung,
- Bundesmittel für die Umstellung der Wärmeversorgung,
- den Ausbau des Fernwärmennetzes und Berücksichtigung der sozialen Aspekte,
- Heizen muss bezahlbar sein,
- kein Fernwärmennetzausbau durch private Unternehmen, sondern nur durch die DEW21.

Verkehr und Mobilitäts- gerechtigkeit



In Dortmund ist die Verkehrswende bisher gescheitert. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) ist kaum gesunken, der Ausbau von ÖPNV und Radwegen kommt, wenn überhaupt, nur schleppend voran. Ein Großteil der städtischen Verkehrsflächen ist dem Autoverkehr vorbehalten, wodurch die Innenstadt und die Stadtteilzentren vom MIV dominiert werden.

Diese Fehlentscheidungen der vergangenen Ratsperioden haben erhebliche negative Auswirkungen für Umwelt, soziales Miteinander und das gemeinschaftliche Leben in Dortmund. Die kommende Ratsperiode muss genutzt werden, um diese Fehler zu korrigieren und allen Dortmunder*innen einen klimafreundlichen und sozial gerechten Zugang zu Mobilität zu ermöglichen.

ÖPNV attraktiv ausbauen

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist das effizienteste und sozialverträglichste Massentransportmittel. Deshalb muss er in den Planungen der Stadt – sowohl in der Stadtentwicklung als auch in der Verkehrsführung – Vorrang haben. Der ÖPNV punktet vor allem, weil er platzsparend ist, für alle Bürger*innen zugänglich gestaltet werden kann und maßgeblich zur wirtschaftlichen Mobilität beiträgt.

Um diese Vorteile langfristig nutzen zu können, sind politische Maßnahmen nötig, die den Ausbau eines robusten und zukunftsfähigen Netzes vorantreiben. Dabei muss der Schwerpunkt auf dem Ausbau des Schienennetzes liegen.

Die Linke fordert:

- Eine Umsetzung der schon erarbeiteten Ausbaupläne der DSW21 Stadtbahnlinien; darunter fallen unter anderem die Verlängerung nach Süden in Hörde und Hacheney, die Eröffnung von Kirchlinde durch die U47 und die Eröffnung des Gebietes, auf dem heute der Dortmunder Flughafen liegt

- die Erstellung von Plänen, um weitere Stadtteile mit der Stadtbahn zu erschließen, die noch keinen ausreichenden Anschluss an diese haben; im besonderen Fokus dafür sollen unter anderem die Erschließungen von großen Wohngebieten und Arbeitsstätten sowie die Bahnhöfe in den Außenbezirken sein,
- den Ausbau und bessere Verbindungen von Stadt- und S-Bahnen an die Region. Die DSW21 hat schon Überlegungen veröffentlicht, eine Zweisystemstadtbahn nach Osten einzurichten. Diese Pläne müssen konkretisiert und umgesetzt werden, um Städte wie Kamen und Hamm besser anzuschließen,
- den Anschluss des Dortmunder Stadtbahn-Netzes an den Rest des Ruhrgebietes; dazu sollen Planungen mit den anderen Verkehrsbetrieben und den angrenzenden Gemeinden aufgenommen werden,
- die Einrichtung von ausgewiesenen Busspuren,
- der Bau von Oberleitungssystemen für Busse muss geprüft werden, da sie eine umweltfreundliche Alternative zu batteriebetriebenen Bussen darstellen. Dabei muss untersucht werden, ob sich das System später einfach zur Straßenbahn umbauen lässt,
- eine Anbindung der Dortmunder Hochschulen und des Campus, vorrangig durch die Stadtbahn. Ein Ausbau der *H-Bahn* wäre eine Alternative, die wir nicht ablehnen, die Stadtbahn muss aber Vorrang haben,
- eine Dezentralisierung des Stadtbahnnetzes durch den Ausbau von Nord-Süd- und West-Ost-Verbindungen, die außerhalb der Innenstadt liegen
- eine Ausbauoffensive für die Stadtbahn im Bereich der vollständigen Barrierefreiheit. Alle Haltestellen, die noch nicht umgebaut wurden, müssen nachgebessert werden. Somit können alle Fahrgäste – unabhängig von möglichen Behinderungen oder Beeinträchtigungen – die Haltestellen be-

quem und einfach nutzen. Diese Maßnahmen müssen so bald wie möglich, spätestens innerhalb der nächsten fünf Jahre, umgesetzt werden,

- die *Knoten-Haltestelle* an der Reinoldikirche für die Nachtexpresse muss besser geregelt werden, da sie aktuell unübersichtlich ist. Dafür wollen wir den Bau neuer Haltestellen mit angepasster Ausschilderung in den Straßen Brüderweg und Kuckelke,
- die Taktung der Linien muss, wo Personal und/oder Schienenkapazität es zulassen, verdichtet werden. Gerade abends, nachts, am frühen Morgen und an den Wochenenden muss der ÖPNV auch für Schichtarbeiter*innen die beste Möglichkeit der Mobilität sein,
- die Einrichtung von kostenlosen Tickets für Kinder, Jugendliche, Schüler*innen, Azubis und Empfänger*innen von sozialen Leistungen,
- die Fahrer*innen von Bussen und Bahnen müssen gut entlohnt und ihre Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden.

Gute Mobilität mit **dem Fahrrad**

In Dortmund bietet das Fahrrad großes Potenzial, da viele der zurückzulegenden Wege unter fünf Kilometern liegen. Radfahren ist eine besonders gerechte Form der Mobilität: Auch Kinder und – dank E-Bikes – körperlich eingeschränkte Personen können so zügig unterwegs sein. Damit das funktioniert, müssen die Radwege sicher gestaltet sein, was in Dortmund aktuell nicht gegeben ist. Zu schmale Radstreifen, die oft nur als

Markierungen auf der Fahrbahn existieren, sowie die Nähe zum Autoverkehr und die vielen Kreuzungen machen das Radfahren gefährlich und schrecken viele Menschen ab.

Das muss sich ändern: Radwege müssen sicher und komfortabel sein, damit alle – insbesondere Kinder – die Möglichkeit haben, sich mit dem Fahrrad frei und sicher fortzubewegen.

Die Linke fordert:

- Den Ausbau der Radwege nicht nur zu den Zentren hin, sondern im gesamten Stadtbereich; Fahrradwege dürfen weder Flickenteppiche noch Zickzack-Routen sein.
- Neben den Velorouten müssen vor allem auch die Hauptrouten ausgebaut werden; diese müssen als Protected Bike Lanes, also geschützte Radspuren durch bauliche Trennung, an den Hauptstraßen angelegt werden; dafür müssen Autospuren entfallen.
- An Kreuzungen braucht es eigene Grünphasen und grüne Wellen für Fahrradfahrer*innen. Radwege dürfen keine „Angstweichen“ enthalten, also keine Konfliktstellen, bei denen rechtsabbiegende Autos geradeaus fahrende Zweiräder gefährden. Der Schutz der Fahrradfahrenden vor abbiegenden Autos muss ausreichend gewährleistet sein;
- mehr Fahrradstellplätze und Lademöglichkeiten für E-Bikes. Die Stellplatzsatzung muss so angepasst werden, dass deutlich weniger Autoparkplätze errichtet werden, dafür aber mehr Fahrradplätze. Das senkt die Baukosten und macht Wohnen bezahlbarer. Zusätzlich muss der Ausbau von Fahrradhäuschen stärker gefördert werden – besonders in ärmeren Stadtteilen sollte der Eigenanteil entfallen. Auch an Haltestellen und in der Innenstadt sind weitere Fahrradstellplätze notwendig. Allerdings dürfen diese keinesfalls Teil von defensiver Architektur sein;
- mehr Kontrollen und härtere Bestrafung von Falschparker*innen auf Fahrrad- und Fußwegen sowie in Kreuzungsbereichen, insbesondere wenn sie andere Verkehrsteilnehmende gefährden. Der komplette kommunale Ordnungsdienst (KOD) wird zur Verkehrsüberwachung eingesetzt.
- Gefährliche Stellen – etwa Radwege, die plötzlich auf die Straße führen – müssen mit Hinblick auf die Sicherheit von Fahrradfahrer*innen umgebaut werden; an den Stellen, an denen es zu Unfällen gekommen ist, muss der Straßen-



abschnitt geändert werden, um vergleichbare Unfälle in Zukunft zu vermeiden.

- Bei Baustellen darf der Fahrradweg nicht entfallen. Radfahrer*innen müssen wie Fußgänger*innen durch eigene Absperrungen geschützt werden. Einschränkungen dürfen nur zu Lasten des Autoverkehrs gehen. Bestehende Gesetze müssen hier angewandt werden;
- die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern, Lastenrädern und Fahrradanhangern im ÖPNV. Die Möglichkeiten zur Mitnahme müssen verbessert und bei der Anschaffung von Straßenbahnwaggons berücksichtigt werden.
- Tempo beim RS1! Der Radschnellweg mit dem Namen RS1 ist als Vorzeigeprojekt gestartet und zeichnet sich nun vor allem durch ständige Verzögerungen aus. Der Ausbau des RS1 muss vorangetrieben werden. Dabei sollte zugunsten bevorrangter Kreuzungen auf den Bau von Brückenbauwerken verzichtet werden.
- Neben dem RS1 braucht es weitere Fahrradwege in benachbarten Städten. Das Ruhrgebiet zeichnet sich durch eine hohe Bevölkerungsdichte aus. Durch E-Bikes ist das Pendeln

auch zwischen den Städten problemlos mit dem Fahrrad möglich. Dafür braucht es die nötige Fahrradinfrastruktur.

- Mehr Fahrradprogramme für Kinder und Jugendliche mit kostenlosen Fahrrädern und Fahrunterricht. Dies kann auch durch die Bezirksvertretungen bezuschusst werden.
- Aufbau eines Fahrradwegenetzes, getrennt vom Autoverkehr. Gerade in neuen Wohngebieten besteht die Möglichkeit, eigene Fahrradwege unabhängig von Autostraßen zu bauen, ähnlich wie es in den Niederlanden bereits lange üblich ist.
- Zielgeschwindigkeit von 30 km/h. Bundesweit fordern wir, dass die Regelgeschwindigkeit in Städten auf 30 km/h gesetzt wird. Solange dies nicht der Fall ist, wollen wir in Dortmund möglichst viele Straßen aus dem Vorbehaltensnetz nehmen und Möglichkeiten einer Geschwindigkeitsreduzierung ähnlich wie bei hoher Lärmbelastung nutzen. 30 km/h ist eine gute Geschwindigkeit für Städte, da die Lärm- und Schadstoffbelastung sinkt und die Zahl und Schwere von Unfällen abnimmt.
- Ausbau von Verleihsystemen von Fahrrädern. Diese sollen in kommunaler oder öffentlicher Hand liegen.
- Umbau des Walls mit großzügigen Fahrrad- und Fußwegen sowie eventueller Bebauung. Der Wall ist im Moment eine Rennstrecke, auf der es regelmäßig zu Geschwindigkeitsüberschreitungen und Lärmbelästigungen kommt, auch durch illegale Rennen. Gleichzeitig stellt er eine Barriere für den Fuß- und Radverkehr in die Innenstadt dar. Ein Umbau ist hier dringend erforderlich, bei dem Autospuren und Parkflächen reduziert und stattdessen mehr Platz für Fuß- und Radverkehr sowie für zusätzliche Begrünung und Baumpflanzungen geschaffen wird.

Das Recht der Fußgänger*innen stärken

Fußgänger*innen sind vor allem Kinder, Jugendliche, Bezieher*innen von Sozialleistungen und Senior*innen. Jede*r zweite Bürger*in in Dortmund – Hochbetagte und Kleinkinder statistisch mit eingerechnet – besitzt ein Auto. Von gleichberechtigten Verkehrsteilnehmer*innen kann in einer autogerechten Stadt wie Dortmund keine Rede sein. Fußgänger*innen sind benachteiligt. Immer wieder kommt es zu tödlichen Unfällen mit ihnen. Im Jahr 2023 starben in Deutschland 423 Fußgänger*innen bei Verkehrsunfällen – mehr als im Vorjahr (368). Insgesamt verloren 2023 in Deutschland 2.839 Menschen im Straßenverkehr ihr Leben.

Laut Modal Split (Verteilung des Verkehrsaufkommens auf verschiedene Verkehrsträger) ist der Anteil zu Fuß zurückgelegter Wege in Dortmund vergleichsweise hoch. Dennoch werden viele kurze Strecken unnötig mit dem Auto gefahren. Verlärmt, unattraktive Straßen ohne ausreichende Beschattung, schlechte Luft und fußgängerunfreundliche Ampelschaltungen mit langen

Wartezeiten schrecken viele Menschen ab, sich zu Fuß fortzubewegen. In der Folge steigt das Kfz-Aufkommen, der öffentliche Raum verödet, der Lärmpegel nimmt zu, die Luftqualität verschlechtert sich und sowohl das innerstädtische als auch das globale Klima werden zusätzlich belastet.

Eine fußgänger*innenfreundliche Stadt ermöglicht es allen Menschen, sich sicher, bequem und zügig zu Fuß fortzubewegen. Dafür braucht es gut beleuchtete und schattige Wege, freie Gehwege ohne parkende Autos sowie sichere und barrierefreie Querungsmöglichkeiten – wie Zebrastreifen oder Ampeln, die schnell reagieren. Zusätzlich sollte es auch Orte zum Ausruhen und Spielmöglichkeiten für Kinder geben.

Fußgänger*innen werden bei der Verkehrsplanung häufig übersehen, obwohl sie den größten Schutzbedarf haben. Dabei ist das Zufußgehen die einfachste, gesündeste, günstigste und umweltfreundlichste Form der Mobilität. Es schafft Raum für Begegnungen, Gespräche und ein lebendiges Miteinander im öffentlichen Raum – also für genau das, was eine Stadt lebenswert macht. Menschen aller Altersgruppen, mit und ohne Einschränkungen und Behinderungen, prägen den Fußverkehr und machen ihn besonders vielfältig und wichtig.

Die Linke fordert:

- Die Schaffung von Räumen mit Aufenthaltsqualität durch Sitzmöglichkeiten, Beleuchtung, Begrünung, vor allem durch Baumpflanzungen, und Lärmreduktion,
- eine autofreie Zone im Bereich innerhalb des Walls, in lokalen Zentren, der Saarland-, Kaiser- und Münsterstraße.
- Jede Straße muss an Fußgänger*innen-Ampeln in nur einer Grünphase überquerbar sein – auch für geheingeschränkte Menschen. Ampeln mit mehreren Abschnitten müssen so geschaltet sein, dass nicht in der Straßenmitte gewartet werden muss.
- Die Ausweitung der Tempo-30-Zonen, mehr Spielstraßen und mehr Zebrastreifen. Die Gehwege müssen an vielen Stellen verbreitert werden (z. B. Rheinische Straße). Gehwegparken sollte nicht geduldet werden.
- Mehr Kontrollen der Luftverschmutzung durch zusätzliche Messstationen.
- Schnelles und ausreichendes Umschalten von Anforderungsampeln für Fußgänger*innen,
- die Reduzierung der Spuren auf dem Wall, bauliche Geschwindigkeitsreduzierung sowie einfachere Querungen über den Wall,
- breitere Fußwege.

Gütertransport neu gestalten

Der Gütertransport in Dortmund muss grundlegend neu gestaltet werden. Ein

zu großer Anteil des Transportes findet mit LKW statt, die eine schlechte

Umweltbilanz mit sich bringen, Straßen besonders belasten und Anwohner*innen mit Lärm belästigen. Daher muss die Stadt dafür sorgen, den Gütertransport besser zu regeln, Alternativen zu LKW zu stärken und Lieferungen effizienter zu gestalten.

Auf Bundesebene fordert Die Linke, die Post in öffentliche Hand zu holen. Daran

anschließend fordert Die Linke Dortmund, den Transport für Post und Auslieferung vor Ort in kommunale Kontrolle zu bringen, um sichere Arbeitsplätze und klimafreundliche Auslieferungen zu garantieren und um Lieferabläufe zu bündeln. Somit müssten nicht mehrere verschiedene Unternehmen und Subunternehmen jeweils einzelne Anwohner*innen beliefern.

Die Linke fordert:

- Die Prüfung sowie Einführung eines Pilotprojektes zum Aufbau eines Cargo-Tram-Netzes; das Stadtbahn- und Schienennetz in Dortmund soll dafür verwendet werden, Güter auf kurzer Strecke von Logistikzentren zu Gewerben zu transportieren.
- Kein Ausbau der OWIIIa (autobahnähnliche Verbindungsstraße von West nach Ost) Richtung Asseln und Wickede.
- Eine Erweiterung der Umweltzonen zur Reduzierung des Schwerverkehrs im ganzen Stadtgebiet; für die Kontrollen muss mehr Personal eingestellt werden.
- Regelmäßige Verkehrszählungen an allen Verkehrsknotenpunkten mit hohem LKW-Anteil, um Aussagen über die tatsächliche Belastung treffen zu können.
- Der Lieferverkehr innerhalb von Fußgänger*innen-Zonen muss mit kleinteiligen (halb-)automatischen Transportsystemen weiter erprobt und gefördert werden.
- Den Erhalt der Dortmunder Wasserstraßen als Alternative zum Luft- und LKW-Verkehr. Somit halten wir den Ausbau des Containerterminals für sinnvoll, solange das Konzept die Lärm- und Schadstoffreduzierung beachtet.



Rückbau des Flughafens

Der Dortmunder Flughafen zählt zu den größten Umweltsündern im Stadtgebiet. Die jahrelange Quersubventionierung des

Flughafens durch die DSW hat zu erheblichen Mängeln beim Ausbau des ÖPNV geführt.

Die Linke fordert:

- Das sofortige Ende der Subventionierung durch die Stadtwerke und die sofortige Verpflichtung des Flughafens zu kostendeckenden Start- und Landegebühren,
- die Schließung des Flughafens und der dazugehörige Rückbau müssen zum Ziel der Stadt werden. Auf dem Gelände kann stattdessen ein neues Entwicklungsgebiet für Wohnungen und Gewerbe entstehen, welches mit einer Erweiterung der Stadtbahn verbunden wird,
- dass beim Rückbau des Flughafens die Beschäftigten von anderen kommunalen Unternehmen übernommen werden. Dabei sollen Arbeitsplätze im ÖPNV priorisiert werden.

Autoverkehr zurückdrängen

Mobilität ohne Auto ermöglichen

Der öffentliche Raum gehört allen, wird aber weiterhin stark vom Autoverkehr dominiert. Straßen, Parkplätze und Parkhäuser kosten viel Geld. Zudem belasten Autos die Umwelt mit Abgasen, Lärm und CO₂. Elektroautos allein lösen diese Probleme nicht: Sie beanspruchen ebenso viel Platz, verlagern Umweltbelastungen in andere Regionen und sind meist nur für Menschen mit höherem Einkommen erschwinglich. Unser Ziel muss sein, Mobilität auch ohne eigenes Auto rund um die Uhr zu ermöglichen. Wo Autos unverzichtbar sind, sollten sie möglichst leicht, elektrisch und aus fair produzierten Materialien bestehen. Besonders problematisch sind große SUVs und schwere Fahrzeuge: Sie verursachen

höhere CO₂-Emissionen, stellen im Straßenverkehr eine größere Gefahr dar und übersehen Fußgänger*innen, Zweiradfahrer*innen, vor allem Kinder, leichter. Zudem führen Unfälle mit ihnen zu schwereren Verletzungen. Solche Fahrzeuge haben in unseren Städten keinen Platz.

Die Linke fordert:

- Bewohner*innen-Parkzonen, deren Preise sich an den soziökonomischen Faktoren des Stadtteils orientieren. Die Gebühren für große, schwere Autos sollen höher ausfallen,
- Stellplatzsatzungen, die deutlich weniger Stellplätze pro Wohneinheit vorsehen, sondern stattdessen Fahrradstellplätze und Carsharing-Angebote. Insbesondere beim sozialen Wohnungsbau werden deutlich weniger Stellplätze benötigt. So können Baukosten gespart und Flächenfraß reduziert werden,
- den Ausbau von Schulstraßen, die komplett für den Autoverkehr gesperrt sind, um die sichere Anreise von Schüler*innen zu ermöglichen.

- Eine häufigere Kontrolle von Rettungswegen. Gerade in Wohnquartieren führt die Parksituation dazu, dass Rettungswege oft zugeparkt sind. Dies kann in Notfällen lebensgefährlich sein und ist daher kein tolerierbarer Zustand.
- Park and Ride-Angebote dürfen nicht nur zusätzliche Parkfläche sein. Für jeden Parkplatz, der außerhalb als Park and Ride geschaffen wird oder wurde, muss ein Parkplatz im Innenstadtbereich gestrichen werden. Park and Ride darf nicht dazu dienen, Parkfläche insgesamt auszuweiten, sondern muss das Parken effektiv nach außerhalb verdrängen.
- Kein Bau von Quartiersgaragen. Der Ausdruck „Quartiersgarage“ ist lediglich ein hippe Wort für Parkhaus. Wir lehnen den Bau von Parkhäusern ab, denn sie sind teuer, werden nicht gut angenommen und sind nicht Teil der Verkehrswende.
- Mehr Behindertenparkplätze. Für Menschen mit Behinderung ist aufgrund des schlechten barrierefreien Ausbaus des ÖPNV das Auto die einzige Möglichkeit der Mobilität. Wir fordern mehr Behindertenparkplätze und eigene Zuwege. Sie müssen auch barrierefrei erreichbar sein und den barrierefreien Zugang zu den umliegenden öffentlichen Einrichtungen ermöglichen.
- Die Nutzbarmachung von Parkflächen. Wir wollen, dass Flächen, die momentan als Autostellplatz genutzt werden, allen zugänglich gemacht werden: als Grün- oder Spielfläche, mit Sitzgelegenheiten oder bei größeren Flächen durch Nachverdichtung für Wohnbau.
- Verkehrsberuhigung durch bauliche Maßnahmen. In vielen Bereichen Dortmunds wird sich nicht an die Verkehrsregeln gehalten. Insbesondere wird in 30er-Zonen gerast. Wir wollen, dass langsames Fahren baulich verankert wird: Durch Bremsschwellen, an denen Fahrradfahrende vorbeifahren können, und durch verschmälerte Einfahrten durch Poller.



Ein soziales Leben in Dortmund



Seit dem letzten Bericht zur sozialen Lage von 2018 hat sich wenig verändert – und das, obwohl sich die Situation für viele Dortmunder*innen verschärft hat. Nach wie vor ist knapp jede*r fünfte Dortmunder*in von Armut bedroht, und es gilt mehr denn je: „Sage mir, wo du wohnst, und ich sage dir, welche Chancen du hast.“ Hinzu kommt: „Bist du behindert, alt oder chronisch krank, stehst du oft vor unüberwindbaren Barrieren.“

Soziale Benachteiligung, Armut und Ausgrenzung sind in Dortmund seit vielen Jahren keine abstrakten Zahlen, sondern traurige Realität. Ein Spaziergang durch die Innenstadt oder verschiedene Stadtteile zeigt ein deutliches Bild: Menschen, die Flaschen sammeln, betteln oder in langen Schlangen an den Tafeln anstehen.

Der amtliche Aktionsplan *Soziale Stadt*, der ursprünglich die Lebensbedingungen in 13 besonders von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung betroffenen Stadtteilen verbessern sollte, hat diese Sozialräume kaum entlastet. Der Plan ist chronisch unterfinanziert und setzt vor allem auf unentgeltliches,

ehrenamtliches Engagement der Bürger*innen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, der nun durch eine Bedarfsanalyse in den einzelnen Stadtteilen konkretisiert wird, um Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage zu entwickeln.

Ob und inwieweit der Aktionsplan in Zukunft tatsächlich gestaltet und vor allem angemessen finanziert wird, bleibt abzuwarten. Es ist unklar, ob die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um die Maßnahmen effektiv umzusetzen und die soziale Lage in den betroffenen Stadtteilen langfristig zu verbessern. Die bisherige chronische Unterfinanzierung lässt Zweifel an einer ausreichenden Unterstützung auftreten, dabei könnte der Aktionsplan gerade in Hinblick auf Förderungen von Talenten, Abbau von Bildungsbenachteiligung und Bekämpfung der Armut einen wichtigen Beitrag leisten.

Gemeinsam für eine **soziale Stadt**

Dortmund ist eine vielfältige Stadt – geprägt von Familien, Kindern, Migrant*innen und Senior*innen. Für uns ist klar: In einer sozialen Stadt müssen sich alle Menschen sicher, willkommen und zuhause fühlen, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Lebenslage. Eine solidarische Stadtgesellschaft stellt sicher, dass alle am öffentlichen Leben teilhaben können – und nicht nur die, die es sich leisten können. Sie misst sich daran, wie sie mit denjenigen umgeht, die über die geringsten Mittel verfügen. Für Die Linke gilt: Eine soziale Stadt Dortmund schafft und sichert gute Arbeitsplätze, bekämpft Armut und Ausgrenzung und baut gezielt Barrieren ab. Sie stellt bedarfsgerechte, barrierefreie und integrative Sozialeinrichtungen für alle Generationen bereit – für ein Leben in Würde und mit der Möglichkeit zu gesellschaftlicher Teilhabe.

Armut hat viele Gesichter. Die schlimmsten darunter sind Hunger, Obdachlosigkeit, soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Drogenabhängigkeit.

Die zunehmende Armut zeigt ein eklatantes Versagen der Politik. Armut ist kein Verbrechen – und doch werden in Dortmund ebenso wie in vielen anderen Städten armutsbetroffene und wohnungslose Menschen durch Ordnungsrecht, Polizei und Verwaltung schikaniert, verdrängt und kriminalisiert. Statt soziale Ursachen von Armut zu bekämpfen, wird sichtbare Armut aus dem Stadtbild gedrängt. Dabei haben alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer Lebenslage, ein Recht auf öffentliche Räume und respektvolle Behandlung.

Die Linke Dortmund fordert deshalb ein Ende der Kriminalisierung von Armut. Dazu gehört, dass das Fahren ohne Fahrschein nicht länger strafrechtlich verfolgt wird. Die Verfolgung trifft vor allem Menschen, die sich Tickets schlicht nicht leisten können. Langfristig setzt sich Die Linke für einen kostenlosen ÖPNV für alle ein, kurzfristig zumindest für alle Menschen mit geringem Einkommen, Kinder und Jugendliche, Schüler*innen, Azubis und Studierende.

Wir fordern die Änderung der repressiven

Allgemeinverfügung, die „Lagern und Campieren“ sowie „Aggressives Betteln“ unter Strafe stellt. Diese Regelungen treffen gezielt die Schwächsten in unserer Stadt und widersprechen dem Recht auf Aufenthalt im öffentlichen Raum. Bettelverbotszonen sind mit den Menschenrechten und dem Grundgesetz unvereinbar und müssen abgeschafft werden. Auch das Ordnungsamt darf keine legal bettelnden Menschen mehr vertreiben – rechtswidrige und menschenunwürdige Maßnahmen sind sofort zu beenden.

Darüber hinaus spricht sich Die Linke gegen die Einrichtung eines „Weckdienstes“ aus, der wohnungslose Menschen frühmorgens aus dem Schlafraum Innenstadt vertreibt. Öffentliche Plätze gehören allen, und statt eines Weckdienstes werden mehr niederschwellige Übernachtungs- und Aufenthaltsangebote benötigt.

Die Linke fordert außerdem eine kritische Überprüfung der Aufgaben und Ausrichtung des Ordnungsamts. Der Fokus muss weg von repressiven Maßnahmen gegen arme und wohnungslose Menschen und hin zu sozialer Unterstützung, Prävention und respektvollem Umgang.

Einen weiteren wichtigen Punkt stellen die Gebühren für Ersatzdokumente dar. Kopien von Ausweisen im Falle eines Verlusts müssen für wohnungslose und mittellose Menschen kostenfrei sein. Niemandem sollte der Zugang zu dringend benötigten Ausweis-

dokumenten oder einem Ersatz verwehrt werden, weil die finanziellen Mittel fehlen. Hier muss die Stadt soziale Verantwortung übernehmen und bürokratische wie finanzielle Hürden abbauen.

Armut bekämpft man nicht mit Verboten, Bußgeldern oder Ausgrenzung

Eine solidarische und soziale Stadt zeigt sich auch in ihrem öffentlichen Raum. In Dortmund sind noch immer viele Bereiche so gestaltet, dass sie gezielt armutsbetroffene, wohnungslose und vulnerable Menschen verdrängen, anstatt ihnen Schutz, Aufenthaltsmöglichkeiten und Würde zu bieten. Die Linke fordert deshalb konsequente Verbesserungen für eine menschenfreundliche Infrastruktur, die allen zugutekommt.

Wir setzen uns für den sofortigen Abbau obdachlosefeindlicher Architektur ein – etwa Bänke mit gewölbten Sitzflächen, die das Liegen verunmöglichten, oder Vorrichtungen, die bewusst den Aufenthalt im öffentlichen Raum erschweren. Es dürfen keine neuen Gegenstände dieser Art angeschafft und bereits bestehende müssen abgebaut werden.

Die Linke fordert mehr kostenlose und rund um die Uhr zugängliche öffentliche Toiletten an zentralen Orten in der Innenstadt sowie in allen Stadtteilen. Diese Einrichtungen müssen barrierefrei, sauber und sicher sein. Ebenso braucht Dortmund deutlich mehr öffentliche

Trinkbrunnen, besonders an stark frequentierten Plätzen und in Grünanlagen.

Damit diese Angebote auch für alle Menschen auffindbar und nutzbar sind, schlagen wir vor, ein Leitsystem mit Schildern und Bodenmarkierungen zu Toiletten, Trinkbrunnen und anderen wichtigen Anlaufstellen im öffentlichen Raum zu etablieren.

Zur Unterstützung in akuten Notsituationen fordern wir die Einrichtung eines städtischen Kältebusses, der im Winter nachts durch die Stadt fährt, um obdachlose Menschen aufzusuchen, vor Ort mit warmen Getränken, Kleidung und Decken zu versorgen und sie bei Bedarf in Notschlafstellen zu bringen. Im Sommer soll dieser Bus bei großer Hitze ebenfalls unterwegs sein, um Wasser, Sonnenschutz und Hilfe anzubieten.

Darüber hinaus setzt sich Die Linke Dortmund für mehr öffentliche Aufenthaltsorte, überdachte Sitzmöglichkeiten und Räume zum Verweilen ein – Orte, die allen offenstehen und Schutz vor Kälte, Hitze oder Regen bieten, ohne Konsumzwang und Überwachung.

Eine soziale Stadt ist für alle da

Die Linke stellt klar, dass es nicht Aufgabe von Tafeln, Suppenküchen und Sozialkaufhäusern ist, Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen. Zwar unterstützen wir diese Initiativen und schätzen deren Engagement als wertvolle Nothilfe. Doch in erster Linie sind dringend eine

konsequente städtische Beschäftigungsförderungspolitik sowie politische Entscheidungen zur Bekämpfung von Hunger und Obdachlosigkeit erforderlich.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Verbesserung der Dortmund-Karte. Diese soll unter anderem allen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren einen dauerhaften kostenlosen Eintritt in die städtischen Schwimmbäder ermöglichen und einkommensarmen Dortmunder*innen einen vergünstigten Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten sichern. Die Linke Dortmund steht für eine solidarische Stadt, in der niemand ausgegrenzt und soziale Gerechtigkeit gelebt wird.

Die Linke fordert, dass Dortmund einen Aktionsplan *Für eine soziale Stadt* erarbeitet und umsetzt. Dieser Plan soll direkte Maßnahmen beinhalten, welche sowohl eine Art der kommunalen Nothilfe darstellen als auch strukturelle Veränderungen mit sich bringen.



Die Linke fordert:

- Perspektivlose und armutsfördernde „Ein-Euro-Jobs“, Kombilohn-Stellen sowie prekäre Beschäftigung in allen Formen muss beendet werden. Stattdessen müssen ausschließlich unbefristete, tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden, die aufstockende Bürgergeldleistungen überflüssig machen.
- Die Jobcenter und Sozialämter müssen die Wohnkosten grundsätzlich vollständig übernehmen. Somit sollen „Zwangsumzüge“ verhindert werden.
- Die Stadt Dortmund soll alle fünf Jahre einen Bericht zur sozialen Lage in Dortmund erstellen, damit vergleichsweise aktuelle Zahlen zur Armut und den Lebensbedingungen in Dortmund vorliegen.
- Die Dortmund-Karte (früher DoPass) soll zu einem vollumfänglichen Sozialpass ausgeweitet und automatisch bei Bezug entsprechender Leistungen verschickt werden. Es ist wichtig, dass Angebote so unkompliziert wie möglich wahrgenommen werden können.

- Dazu gehört, dass bei Veranstaltungen wie Elternabenden alle wichtigen Sozialleistungen und Angebote durch Mitarbeitende der Stadt vorgestellt werden, damit diese Möglichkeiten häufiger von berechtigten Personen in Anspruch genommen werden.
- Die Dortmund-Karte soll mit zusätzlichen Vorteilen und Vergünstigungen wie zum Beispiel kostenlosem Eintritt in die kommunalen Schwimmbäder ausgestattet werden.
- Die Dortmunder Stadtwerke dürfen keine Strom- und Gas sperren verhängen. Zusätzlich sollen sie einen Härtefallfonds einrichten, der die Kosten von Betroffenen sozialverträglich übernimmt.
- Öffentlich finanzierte Beratungsstellen in den Bereichen Erwerbslosenzentren, Schuldner*innenberatungen, Aids-hilfen, ambulanten Suchthilfen und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sowie Beratungsstellen für geflüchtete Menschen sollen erhalten und ausgebaut werden.
- Die Verbraucherschutzzentrale in Dortmund soll mit ausreichend Personal ausgestattet werden.

Wohnungen für Menschen ohne Wohnungen

Viele Menschen geraten durch Armut, Arbeitslosigkeit, psychische Erkrankungen oder familiäre Probleme in prekäre Wohnsituationen. Sie sind von Wohnungsverlust bedroht oder bereits obdachlos. Die Stadt Dortmund muss dringend umfassende Maßnahmen ergreifen, um den betroffenen Menschen

zu helfen und dauerhaftes Wohnen in sicherer und stabiler Umgebung zu gewährleisten.

Die Linke fordert daher die Ausweitung des *Housing First*-Konzeptes, das obdachlosen Menschen ohne vorherige Bedingungen wie den Abschluss von

Sozial- oder Rehabilitationsmaßnahmen direkt eine eigene Wohnung vermittelt.

Darüber hinaus muss das Wohnraumvorhalteprogramm weiter ausgebaut werden, da es in Dortmund einfach nicht genügend Wohnungen gibt, um den Bedarf zu decken. Besonders wichtig sind für Einzelpersonen geeignete kleinere Wohnungen sowie die Schaffung von selbstverwaltetem und gemeinschaftlichem Wohnraum für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen. Hierzu sollen brachliegende städtische Gebäude genutzt und leer stehende Häuser, zum Beispiel in der Nordstadt, angekauft werden.

Die Linke setzt sich für eine deutliche Ausweitung des kommunalen Wohnungsbaus mit klarem Fokus auf Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnraum. Zudem fordern wir eine bessere Ausstattung der „Trainingswohnungen“, die Menschen auf dem Weg zurück in die Gesellschaft unterstützen sollen. Diese Wohnungen müssen mehr als nur eine „Aufbewahrung“ der Bewohner*innen bieten – sie müssen auf ein menschenwürdiges Leben ausgerichtet sein, eine entsprechend angemessene Ausstattung enthalten und selbstverständlich schimmelfrei sein.

Zudem fordert Die Linke, dass Zwangsräumungen nur in Ausnahmefällen und ausschließlich unter der Bedingung erfolgen, dass betroffene Menschen direkt in eine neue Wohnung vermittelt werden. Mietrückstände dürfen nicht der Grund für eine Zwangsräumung sein.

Schließlich fordert Die Linke, dass Strom- und Gassperren grundsätzlich nicht durchgeführt werden, da dies eine menschenunwürdige Maßnahme darstellt und den Betroffenen in ihrer Notlage zusätzlich belastet.

Bekämpfung von Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit ist ein wachsendes gesellschaftliches Problem, das auch in Dortmund immer mehr Menschen betrifft. Diese Notlage ist nicht nur ein individuelles Schicksal, sondern Ausdruck tiefgreifender struktureller Defizite in der sozialen Sicherung und Wohnraumpolitik. Betroffene Menschen brauchen mehr als kurzfristige Nothilfe – sie benötigen nachhaltige Perspektiven für ein würdiges Leben. Es ist eine zentrale Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass niemand aufgrund von Armut oder anderen sozialen Umständen gezwungen ist, auf der Straße zu leben.

Die Linke fordert, dass die Stadt Dortmund keine Geschäfte mit Unternehmen tätigt, die mit Rüstungskonzernen verstrickt sind. Gelder, die für die Unterbringung von Obdachlosen und sozial Benachteiligten zur Verfügung stehen, dürfen nicht durch solche Verstrickungen abgezweigt werden.

Um diesen Verstrickungen vorzubeugen, fordert Die Linke, dass sämtliche Notunterkünfte mittel- bis langfristig in kommunale Hand überführt werden. Somit kann sichergestellt werden, dass sie menschenwürdig gestaltet und für

alle Menschen zugänglich sind. Der Zugang muss unbürokratisch erfolgen, unabhängig von Pass, Wohnsitz oder Aufenthaltsgenehmigung. Die Unterbringung sollte in abschließbaren Zimmern erfolgen, die nicht geteilt werden müssen. Zudem müssen diese Einrichtungen regelmäßig von der Stadt und zivilgesellschaftlichen Organisationen kontrolliert werden. Ein niederschwelliges, unabhängiges Beschwerde-management muss geschaffen werden, damit Betroffene ihre Anliegen ohne Hürden vorbringen können. Des Weiteren müssen die Notschlafstellen rund um die Uhr geöffnet bleiben, sodass niemand gezwungen wird, die Unterkunft morgens zu verlassen.

Um den betroffenen Menschen echte Hilfe zu bieten, müssen mehr Sozialarbeiter*innen in den Einrichtungen eingestellt werden, die sowohl Sozial- als auch Rechtsberatung leisten. Die Stadt

Dortmund muss zudem das verbindliche Ziel verfolgen, obdachlosen Menschen innerhalb von zwei Wochen eine dauerhafte Unterbringung zu vermitteln, sei es in einer Wohnung aus dem Wohnraumvorhalteprogramm oder in einer betreuten Einrichtung, je nach den Bedürfnissen der betroffenen Person.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Erreichbarkeit der Notschlafstellen. Diese müssen durch den ÖPNV gut erreichbar sein. Zudem sollte der Zugang zu Taxischeinen unbürokratisch und schnell möglich sein. Die zügige Umsetzung des Container-Schlafstellen-Projekts hinter dem Hauptbahnhof ist dringend erforderlich, sollte jedoch nur als Übergangslösung verstanden werden, bis tragfähige Konzepte für die dauerhafte Unterbringung obdachloser Menschen entwickelt und umgesetzt sind.

Drogenabhängigkeit **solidarisch begreifen**

Drogenabhängigkeit ist ein soziales Problem: Die Linke fordert den Ausbau des Drogenkonsumraumes am Grafenhof sowie die Einrichtung weiterer gut erreichbarer Konsumräume. Darüber hinaus fordern wir den Ausbau der Drogenberatungsstellen sowie die Verpflegung

drogenabhängiger Obdachloser. Diese besonders schutzbedürftige Gruppe braucht jederzeit öffentlich zugängliche Toiletten und Duschen. Dabei ist es wichtig, alle betroffenen und beteiligten Gruppen – Drogen gebrauchende Menschen, Anwohner*innen,

Händler*innen, die Aidshilfe und andere Träger*innen – in den Dialog und in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. In Dortmund ist die diamorphingestützte Behandlung bereits etabliert. Diese Maßnahme ist ein wichtiger Bestandteil, um den Teufelskreis der Beschaffungskriminalität zu durchbrechen. Drogenabhängige brauchen keine weiteren Kontrollen, sondern ein System, das ihnen Alternativen aufzeigt und sie nicht

kriminalisiert. Die Linke fordert zudem den Ausbau psychologischer und psychiatrischer Beratungsdienste für sozial benachteiligte Menschen, um psychische Erkrankungen, die oft mit Armut und Obdachlosigkeit einhergehen, gezielt zu behandeln. Eine umfassende psychische Betreuung ist notwendig, um Menschen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen und ihre Lebensqualität zu verbessern.

Inklusion **Teilhabe für alle**

Behinderung ist ein soziales, kein individuelles Problem. In Dortmund sind Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke noch immer alltäglichen Barrieren ausgesetzt – nicht aufgrund ihrer körperlichen Verfassung, sondern weil die Stadtgesellschaft und Infrastruktur ihnen das Leben unnötig schwer machen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 geltendes Recht, doch viele ihrer Forderungen wurden vor Ort noch nicht umgesetzt. Öffentliche Gebäude, der Nahverkehr und viele Plätze im öffentlichen Raum sind nach wie vor nicht barrierefrei er-

reichbar. Besonders eklatant ist in Dortmund der Mangel an barrierefreien, öffentlich zugänglichen Toiletten. Gerade für mobilitätseingeschränkte Menschen, Ältere oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen ist dies ein entscheidender Punkt für gesellschaftliche Teilhabe und Mobilität im Alltag.

Die Linke fordert den konsequenten Abbau dieser Barrieren und den Ausbau von barrierefreiem Wohnraum. Dazu gehören Bau und Modernisierung barrierefreier Wohnungen ebenso wie der Ausbau barrierefreier Wege, Plätze und Haltestellen. Der öffentliche Nahverkehr muss umfassend und überall in Dortmund barrierefrei nutzbar sein, ebenso wie städtische Einrichtungen. Ein wichtiger Schritt wäre der flächendeckende Aus-

bau von barrierefreien, öffentlich zugänglichen Toilettenanlagen in allen Stadtteilen, Parks und zentralen Orten.

Teilhabe ist ein Menschenrecht, das allen zusteht – unabhängig von Behinderung, Alter oder chronischer Krankheit. Daher sollen betroffene Menschen und ihre Interessenvertretungen systematisch in kommunale Entscheidungsprozesse einzbezogen werden. Die Linke setzt sich für eine inklusive Stadt Dortmund ein, die niemanden ausschließt und ein selbstbestimmtes Leben für alle ermöglicht.

Für eine selbstbestimmte Mobilität braucht es einen vollständig barrierefreien ÖPNV. Solange dieser nicht erreicht ist, sollen zusätzliche Kundenbetreuer*innen auch in U- und Straßenbahnen eingesetzt werden. Der Behindertenfahrdienst muss ausgebaut und von Begrenzungen befreit werden. Leitsysteme für blinde und sehbehinderte Menschen im öffentlichen Raum müssen erweitert und gepflegt werden.

Um Teilhabe in allen Lebensbereichen zu sichern, fordert Die Linke eine zentrale, unabhängige Beratungsstelle für behinderte und chronisch kranke Menschen, die zudem rechtliche Unterstützung bietet und auch für Menschen mit Behinderung sowie einem Migrations- oder Fluchthintergrund entsprechende Hilfestellungen bietet. Informations- und Notdienste sowie Wahlverfahren müssen barrierefrei und verständlich gestaltet sein. Verwaltungsschreiben sollen auch in leichter oder

einfacher Sprache, mehrsprachig sowie in Brailleschrift verfügbar sein.

Die Linke setzt sich außerdem für den verstärkten Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher*innen bei öffentlichen Veranstaltungen und für umfassende Schulungen für städtische Mitarbeiter*innen zur Sensibilisierung im Umgang mit Menschen mit Behinderungen ein.

Inklusion als soziale und berufliche Teilhabe

Die Linke setzt sich für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Dortmund in allen Lebensbereichen ein – auch im Arbeitsmarkt. Die Weiterentwicklung wirksamer Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ist eine zentrale Aufgabe der Stadt sowie ihrer kommunalen Einrichtungen und Zweckverbände. Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Arbeitssuche, die stärker gefördert werden muss.

Werkstätten sind ausbeuterische Betriebe. Wir fordern die komplette Abschaffung dieser.

Die Linke fordert, dass eine Behinderung die politische Teilhabe nicht einschränken darf. Demnach müssen Wahlen barrierefarm bis barrierefrei durchführbar sein. Wahllokale müssen in entsprechender Weise ausgesucht oder umgebaut werden und für den Wahlgang ausgestattet werden (zum Beispiel mit



Wahlschablonen für sehbehinderte Personen). Manche Behinderungen äußern sich auch durch eine erhöhte Empfindlichkeit gegenüber Reizüberflutungen. Daher muss geprüft werden, ob an Wahltagen sogenannte „ruhige Stunden“ in den Wahllokalen eingerichtet werden können. Auch wichtig für die politische Teilhabe ist es, dass die Sitzungen kommunaler Gremien sowie die Sitzungsunterlagen barrierefrei gestaltet werden, bei Bedarf auch mit Gebärdensprachdolmetscher*innen.

Ähnlich wie bei der Erarbeitung der Pläne zur Umsetzung der Istanbul-Konvention oder der Förderung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fordert Die Linke, dass ein Aktionsplan für bessere Inklusion erarbeitet wird. Dieser soll in breiter Verbandsarbeit mit Betroffenen Maßnahmen erarbeiten, mit denen die Stadtverwaltung ihre Angebote und

Strukturen inklusiver gestalten kann und zugleich Impulse in den privaten Sektor gibt, um auch dort bessere Bedingungen für Inklusion zu schaffen..

Die Linke setzt sich für eine breite Beteiligung an öffentlichen Kampagnen zur Stärkung der Position von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft sowie für den Schutz ihrer Würde ein.

Für einen zugänglichen und einfachen Überblick für Betroffene schlägt Die Linke die Erstellung eines Stadtplans vor – mit einer Auflistung von barrierefreien kommunalen und kulturellen Einrichtungen sowie Dienstleistungen.

Beratungsangebote müssen in leichter Sprache zugänglich sein, und alle Schriftstücke der Verwaltung sollen in leichter Sprache und zusätzlich als Audiodatei angeboten werden.

Maßnahmen für Bau, Wohnen und Verkehr

Die Linke fordert, dass die kommunalen Wohnungsgesellschaften ihren Bestand regelmäßig auf Barrierefreiheit überprüfen müssen. Auf Grundlage dieser Prüfung sollen sich die Unternehmen bei Neubau- und Sanierungsvorhaben dazu verpflichten, dort, wo es sinnvoll ist, einen Anteil von 10 % der Wohneinheiten barrierearm zu gestalten.

Ziel muss es sein, den Anteil an bezahlbaren und barrierefreien Wohnungen im Dortmunder Stadtgebiet auf 15 % zu erhöhen.

Um ein selbstständiges Leben in der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus zu ermöglichen, soll ein Beratungssystem für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen eingerichtet werden, das bauliche Maßnahmen prüft und gegebenenfalls auch fördert.

Die Linke fordert, dass die Stadtverwaltung alle kommunalen Gebäude auf

Barrierefreiheit prüft und innerhalb der Ratsperiode 2025–2030 Pläne und Maßnahmen vorlegt, Gebäude barrierefrei umzubauen. Entsprechend der Pläne soll sich Dortmund verpflichten, im Schnitt jährlich mindestens 15 % der betroffenen Gebäude barrierefrei zu sanieren.

Öffentliche Gebäude und kulturelle Einrichtungen müssen mit Höranlagen und optischen Signalen in Aufzügen ausgestattet werden. Zusätzlich muss der Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum vorangetrieben werden.

Die Linke setzt sich für eine Umrüstungs offensive im ÖPNV ein: Bis 2030 sollen alle Haltestellen barrierefrei erreichbar sein. Weiterhin müssen Haltestellen mit Sprachausgaben ausgestattet werden und der Fuhrpark, wo nötig, nachgerüstet werden.

Eine gerechte Gesundheitsversorgung

Das Gesundheitswesen ist eine originäre Aufgabe der öffentlichen Hand und darf nicht länger ökonomischen Interessen unterworfen werden.

Markt und Wettbewerb sind keine geeigneten Steuerungsinstrumente für das Gesundheitswesen. Dieses muss vielmehr eine flächendeckende, wohnort-

nahe Versorgung der Bevölkerung sicherstellen und allen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Lage – zugänglich sein. Die Linke setzt sich dafür ein, dass Gesundheitsvorsorge und -versorgung für alle

Menschen gleichermaßen gut, bezahlbar und erreichbar bleiben. Daher fordern wir eine Umkehr der Privatisierung und Kommerzialisierung der letzten Jahre.

Die Linke kämpft für die **flächendeckende und bedarfsoorientierte pflegerische, medizinische und therapeutische Versorgung:**

- menschlich und auf qualitativ hohem Niveau
- ambulant und stationär
- für Jung und Alt
- kultursensibel und barrierefrei.

Der Gesundheitssektor ist einer der größten Arbeitgeber der Region. Allerdings besteht noch immer ein eklatanter Fachkräftemangel im Bereich der Kranken- und Altenpflege.

Die Linke fordert zum einen von allen Kliniken sowie den Pflege- und Betreuungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft in Dortmund eine Qualifizierungsoffensive zur Ausbildung von Pflegekräften, zum anderen eine deutliche Verbesserung der Arbeitssituation. Hierzu hält Die Linke es für erforderlich, den Arbeitsschutz durch regelmäßige Gefährdungsanalysen und darauf bezogene Maßnahmen zu verbessern. Nur so lässt sich der aktuelle Pflegenotstand nachhaltig bekämpfen.

Veränderte Krankenhausversorgung durch die Krankenhaus-Reform

2025 tritt die Krankenhaus-Reform in Kraft. Sie zielt darauf ab, große Kliniken – sogenannte „Maximalversorger“ – zu stärken und Leistungen zu zentrieren. Dabei soll die Anzahl der Krankenhäuser reduziert werden. Damit wird eine Umstrukturierung der Betriebserlöse einhergehen. Nun sollen die Krankenhäuser Vorhaltepauschalen erhalten, die mit reduzierten Fallpauschalen kombiniert werden.

Wir stellen uns gegen die Schließung einzelner Stationen aus wirtschaftlichen Gründen. Stattdessen wollen wir überall in Dortmund eine gute Versorgung in

sämtlichen medizinischen Bereichen erreichen. Wir stehen hinter dem städtischen Klinikum und der Kinderklinik. Solange das Land keine ausreichenden Mittel für Investitionen, insbesondere für die Kinderklinik, zur Verfügung stellt, sehen wir es als kommunale Aufgabe, die finanziellen Ressourcen bereitzustellen, um eine gute Versorgung zu gewährleisten. Außerdem wollen wir den arbeitsmedizinischen Dienst ins Dortmunder Klinikum integrieren, um Abläufe zu vereinfachen und wirtschaftliche Vorteile zu schaffen.

Die Linke fordert die Sicherung der Arbeitsplätze in den Dortmunder Krankenhäusern. Die Reform darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer*innen gehen. Gleichzeitig muss die flächen-deckende Versorgung aller Bürger*innen erhalten bleiben.

Gute Versorgung mit Ärzt*innen

Wir wollen mehr Ärzt*innen für Dortmund. Besonders im Bereich der Kinderärzt*innen herrscht eine eklatante Unterversorgung. Die Situation ist so gravierend, dass krankenversicherte Kinder teils in den Sprechstunden für Unversicherte behandelt werden müssen, weil sie keinen regulären Termin in einer Praxis bekommen. Sogar Einschulungen verzögern sich aufgrund fehlender Impfungen. Dies trifft vor allem die Bewohner*innen kinderreicher Stadtteile wie der Nordstadt oder Scharnhorst. Leider sind die kommunalen Einfluss-möglichkeiten auf die ärztliche Ver-sorgung begrenzt, da die Kassenärzt-

liche Vereinigung über die Zahl der Plätze entscheidet. Trotzdem sehen wir es als zentrale Aufgabe, uns insbesondere für mehr Kinderärzt*innen in der Nordstadt einzusetzen.

Ein ähnlich besorgniserregendes Bild zeigt sich bei der psychotherapeutischen Versorgung. Das gesamte Ruhrgebiet ist deutlich unversorgt. Deshalb wollen wir über den LWL darauf einwirken, dass die stationären Plätze an der Dortmunder Klinik für Psychiatrie ausgeweitet und mehr offene Angebote geschaffen werden.

Gesundheitskioske

Die Linke fordert den Auf- und Ausbau von Gesundheitskiosken in Dortmund. Wir begrüßen die Einrichtung des Gesundheitskiosks in der Nordstadt. Dort sollen auch Dolmetscher*innen mit einbezogen werden, um Sprachbarrieren zu überwinden und die interkulturelle Verständigung zu verbessern.

Wir wollen zusätzliche Angebote etwa für Vorsorge und Impfungen schaffen und zugleich verhindern, dass nichtärztliche Angebote zu einer drei-Klassen-Medizin führen. Die Einrichtung von Gesundheitskiosken ist nicht als Ersatz für eine gute Versorgung mit Praxen zu verstehen.

Menschenwürdige **Pflege** **und Betreuung**

Davon ausgehend, dass in wenigen Jahren 25 % der Gesamtbevölkerung in Deutschland altersbedingte Pflege und Unterstützung im Alltag benötigen werden, stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen, die schon jetzt angegangen werden müssen – ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Ob in der

Stadt oder auf dem Land, ob ambulant oder stationär: Sämtliche Angebote sind so auszustalten, dass der pflege- und/oder unterstützungsbedürftige Mensch wohnortnah verbleiben kann und nicht aus seinem sozialen Umfeld gerissen wird. Die Zentralisierung stationärer Pflegeeinrichtungen lehnt Die Linke ab.

Die Linke fordert:

- Eine Einbeziehung der bisherigen Zusatzkräfte für den Bedarf der demenziell erkrankten Bewohner*innen in vollem Umfang in die neue Personalbedarfsplanung.
- Gute Erreichbarkeit der stationären Pflegeeinrichtungen, für Jung und Alt, wohnortnah und an den ÖPNV angebunden.
- Ein Ausbau der am Bedarf orientierten, ambulanten und stationären Palliativversorgung.
- Die Entwicklung kultursensibler Pflegekonzepte und stärkere Berücksichtigung dieser Konzepte in der Ausbildung.
- Die Rekommunalisierung bei Trägerwechsel eines Alten- und Pflegeheimes.
- Die Durchsetzung der kommunalen Trägerschaft bei Neubauten und verstärkte Nutzung von leerstehenden kommunalen Liegenschaften.
- Den Aufbau kommunaler Pflegedienste.

Häusliche Pflege in öffentliche Hand

Die ambulante oder häusliche Krankenpflege ist ein – oft privat geführtes, profitorientiertes – Instrument der pflegerischen und krankenpflegerischen Versorgung im Wohnumfeld der pflegebedürftigen Menschen.

Die Linke fordert:

- die Aufnahme ambulanter Angebote in die verbindliche Pflegeplanung der Kommunen und Kreise
- eine ambulante Alten- und Krankenpflege in öffentlicher Hand

Kurzzeitpflegeeinrichtungen

Kann die Pflege bedürftiger Menschen zu Hause für einen bestimmten Zeitraum nicht gewährleistet werden, bietet die professionelle Kurzzeitpflege eine Möglichkeit, stationäre Pflege in Anspruch zu nehmen. In vielen Fällen übernehmen Angehörige die pflegerische Versorgung – oft bis über die Grenzen ihrer Belastbarkeit hinaus. Erkranken die Pflegenden oder brauchen sie eine Entlastung, so benötigt der pflegebedürftige Mensch einen Platz in der Kurzzeitpflege, und zwar wohnortnah und unmittelbar, was sich in der Praxis als enorm schwierig erweist. Ambulant vor stationär erforderlich auch weitergehende Strukturen als nur die punktuelle Versorgung durch ambulante Pflegedienste.

Generell gilt: Soweit die Kommune Gemeinwohlaufgaben durch freie Träger erfüllen lässt, setzt sich Die Linke dafür ein, dass diese Aufgaben nur dann dauerhaft vergeben werden, wenn die freien Träger die gleichen arbeitsrechtlichen Standards wie bei kommunal Beschäftigten garantieren. Das bezieht sich auch auf die betriebliche Mitbestimmung, also die tariflichen Standards. Die Forderung gilt ebenso für religiöse Tendenzbetriebe. Werden freie Träger diesen Anforderungen nicht gerecht, sollen kommunale Träger ihre Aufgaben übernehmen.

Die Linke fordert:

- Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze
- Errichtung von Kurzzeitpflegestationen und Spezialisierung von Einrichtungen auf Kurzzeitpflege
- Gewährleistung von kultursensibler Kurzzeitpflege

Tagespflege

Tagespflege ist für die Menschen geeignet, die keine durchgehende stationäre Pflege benötigen, bei denen jedoch eine kontinuierliche Unterstützung in der Grundpflege erforderlich ist. Gute Tagespflege unterstützt den Tagesablauf individuell, schafft Sozial-

kontakte, bietet anregende Freizeitgestaltung und wirkt Vereinsamtungstendenzen entgegen. Die Linke unterstützt die Tagespflege, die auf Mehrgenerationen-Konzepten basiert, ergänzt durch aufsuchende Beratung und kommunale Freizeitangebote für Menschen mit Unterstützungsbedarf.



Kultur, Sport, Freizeit: für alle zugänglich

Kultur

Die sogenannte offizielle Kultur – auch Hochkultur genannt, also Theater, Oper und Konzerthaus – ist in Dortmund im Vergleich zur freien Szene gut finanziert. Dafür sorgt der Kämmerer, der gleichzeitig Kulturdezernent ist.

Dennoch arbeiten viele der Akteur*innen im Schauspielhaus und den anderen Sparten nur mit Jahresverträgen. Aktuell blicken die Schauspieler*innen mit großer Unsicherheit auf das Jahr 2026. Ab April wird das Theater wegen des Umbaus auf Interimsbühnen ausweichen müssen. Wir fordern deshalb, zügig ausreichend Proberäume bereitzustellen und den Schauspieler*innen sowie allen weiteren Beschäftigten den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu garantieren.

Wir haben als Linksfraktion dem Bau des Kindertheaters („Junge Bühne“) zugestimmt, da fast alle Schulen und Kinder Dortmunds das Theater besuchen – unabhängig der sozialen Zugehörigkeit. Das Theater ist in diesem Sinne also auch eine Bildungsinstitution.

Wir beschäftigen uns jedoch auch mit der freien Kunstszene und fordern hier ausreichende Förderungen. Künstler*innen leben oft in prekären Verhältnissen und sind zu 90 % Auf-

stocker*innen im Jobcenter. Besonders, wenn ihre Kunst nicht rein dekorativ, sondern politisch ist. Oft werden Künstler*innen mit Preisen ausgezeichnet, ohne dass diese ihr Einkommen wesentlich verbessern. Deshalb haben wir gemeinsam mit der Szene und dem Kulturbüro den Anstoß gegeben, die soziale Lage der Künstler*innen zu verbessern. Die Linksfraktion im Rat hat Ende 2024 mit einem Haushaltbeschluss immerhin 200.000 Euro für die freie Szene bereitgestellt. Doch das reicht nicht aus. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Künstler*innen – zumindest in Dortmund – eine auskömmliche und existenzsichernde Finanzierung erhalten.

Viele von ihnen bekommen inzwischen einen Zuschuss zur Ateliermiete. Auch Kulturhäusern wie dem Dings e.V., dem Welthaus, dem Taranta Babu und weiteren hat die Linksfraktion zu Geldern verholfen.

Die Linke fordert, dass auch Live-Veranstaltungen von nicht kommerziellen Anbieter*innen unterstützt werden, da sie einen wichtigen Teil zum kulturellen Leben in Dortmund beitragen – ein Beispiel ist hier „Bierschinken“. Wir würden uns freuen, auch Initiativen für andere Musikrichtungen unterstützen zu können.



Museen

Die Linke unterstützt die Arbeit der Museen dabei, Sammlungsbestände zugänglich und erfahrbar zu machen sowie den Austausch dieser Bestände mit anderen Einrichtungen zu fördern. Besonders wichtig ist uns dabei der Erhalt und die Weiterentwicklung der Einrichtungen zur Industriekultur – ein herausragendes Beispiel dafür ist das Hoesch-Museum.

Bei den Museen fordert Die Linke vor allem eine ausreichende Personalausstattung für das Kindermuseum Mondo Mio im Westfalenpark. Es wird intensiv von Schulen und Kindergruppen genutzt und ist eine Bereicherung für Dortmund. Wir haben uns bereits in der Vergangenheit für eine angemessene personelle Ausstattung eingesetzt, jedoch ohne den notwendigen Erfolg. Hier muss endlich gehandelt werden.

Ein besonderes Anliegen ist uns als Antifaschist*innen auch die Gedenkstätte Steinwache. Der anstehende Neu- und Umbau der Ausstellung erfordert eine engagierte Beteiligung an der inhaltlichen und gestalterischen Konzeption. Ziel muss es sein, die Mahnung vor Rechtsradikalismus lebendig zu halten. Die Steinwache ist für die antifaschistische Bildungsarbeit in Dortmund von großer Bedeutung, insbesondere, da immer weniger Zeitzeug*innen des faschistischen Terrors zur Verfügung stehen. Mit den Stimmen der Linksfaktion wurde der Erweiterungsbau, der vorrangig der pädagogischen Arbeit dienen soll, genehmigt.

Sport- und Freizeitmöglichkeiten

Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind unverzichtbare Voraussetzungen für Erholung, Entspannung und den Erhalt der Gesundheit. Sie bieten darüber hinaus Raum für gemeinschaftliche Erlebnisse

und fördern das soziale Miteinander. Besonders der organisierte Sport in Vereinen leistet wertvolle Bildungsarbeit, schafft niedrigschwellige Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe und trägt so unter anderem zu einer gelingenden Integration von Migrant*innen bei.

Für Die Linke hat der Breiten-, Kinder- und Jugendsport Priorität. Die Stadt Dortmund steht in der Verantwortung, die Infrastruktur in diesem Bereich zu erhalten und zu verbessern. Dabei muss besonders darauf geachtet werden, dass auch Menschen mit Behinderung diese Infrastruktur nutzen können.

Die Linke fördert den Zugang von Sportvereinen zum außerunterrichtlichen Betreuungsangebot an offenen Ganztags-schulen. Hierfür benötigen die Sportvereine vermehrt fachlich ausgebildetes Personal. Wir unterstützen die Träger dieser Qualifizierungsarbeit wie den StadtSportBund Dortmund e. V. ausdrücklich.

Der Spitzensport als Ausdruck einer individuellen und freien Lebens- bzw. Berufsentscheidung gilt für uns ebenfalls als unterstützenswert. Nicht zu vernachlässigen ist dabei die Gewährleistung barrierefreier Zugangsmöglichkeiten zum Spitzensport für Menschen mit Behinderung.

Die Dortmunder Breitensport-Szene sowie die Vereinsförderung sind insgesamt gut aufgestellt. Im Bereich der Mannschaftssportarten, allen voran beim Fußball, bestehen etablierte Fördermöglichkeiten und ein fairer Anteil an

Spielflächen. Diese sind mit vorhandenen Konzepten zur Jugend- und Kinderförderung verknüpft. Da dies auch eine unserer Forderungen war, sind wir mit den aktuellen Modalitäten einverstanden.

Wir setzen uns für die Förderung von Mädchen im Mannschaftssport und ebenso für die Förderung queerer Sportgruppen ein. Noch immer mangelt es an Sporthallen, die barrierefrei und damit behindertengerecht sind, obwohl dies bei Neubauten bereits Standard sein sollte. Wir müssen uns also verstärkt für den Umbau auch älterer Hallen und Sportstätten einsetzen.

Ein größeres Problem stellen die Schwimmbäder in Dortmund dar. Ein Großteil der Bäder wurde vor Jahren privatisiert. Die Linke fordert nach wie vor eine Rekommunalisierung, denn nach Aussagen von Fachkräften lassen sich Schwimmbäder kaum gewinnbringend führen. Viele von ihnen sind so marode, dass es zur Schließung von Hallen- wie auch Freibädern kommen wird. Insbesondere die Schließung von Hallenbädern ist ein Desaster für das Schulschwimmen. Die Schließung des Nordbads trifft nicht nur die zahlreichen Schüler*innen des Viertels, sondern auch die restlichen Bewohner*innen. Der Beschluss, das Nordbad nicht zu sanieren, sondern einen neuen Standort zu suchen, war ein Fehler und muss rückgängig gemacht werden. Ein neuer geeigneter Ort ist bislang ungewiss und wäre auf jeden Fall weniger zentral. Zudem würde ein Neubau deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen als eine

Sanierung. Daher sollte umgehend mit der Sanierung begonnen und ein weiterer Standort für ein zusätzliches Hallenbad gesucht werden. Wir stehen hinter dem Nordbad und wollen den Standort erhalten. Immerhin wird das Freibad Stockheide originalgetreu restauriert – auch ein Verdienst der Linken, da wir darauf hingewiesen haben, dass das Bad unter Denkmalschutz steht. Dennoch wird dieses Bad frühestens 2026 eröffnet. Das Freibad Hardenberg ist aus Sicherheitsgründen nicht mehr nutzbar und bleibt im Jahr 2025 geschlossen.

Die Linke fordert seit Jahren den freien Eintritt für Dortmunder Kinder und Jugendliche in Freibäder in den Sommerferien. Dies wird vermutlich erst in re-kommunalisierten Bädern endgültig zu realisieren sein. In den maroden, heißt:

geschlossenen Bädern ist diese Forderung gar nicht umsetzbar. Zudem sind viele Bäder in der Trägerschaft der Sportwelt. Die Sportwelt hat kaum noch Mitarbeiter*innen, da sie untertariflich bezahlt. Deshalb fordern wir nicht nur die Rekommunalisierung, sondern auch eine Bezahlung der Beschäftigten nach Tarif.

Freien Eintritt fordern wir auch für andere Freizeiteinrichtungen wie etwa den Westfalenpark. Besonders wichtig ist uns, dass junge Dortmund*innen unter 18 Jahren in den Ferien weiterhin freien Zugang zu diesen Einrichtungen erhalten. Begleitend dazu wollen wir in dieser Zeit attraktive und kostenfreie Spiel- und Sportangebote schaffen. Für den Zoo fordern wir günstige Familienangebote mit integrierten ÖPNV-Angeboten.

Solidaritätsoffensive für Senior*innen

In Dortmund leben rund 120.000 Senior*innen, und Altersarmut entwickelt sich zunehmend zu einem drängenden Problem. Fast jede zweite gesetzliche Altersrente liegt unter 1.000 Euro brutto, und 7,4 % der Rentner*innen (12.980) sind auf Sozialleistungen angewiesen, Tendenz steigend. Besonders betroffen

sind Senior*innen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, die aufgrund von Sprachbarrieren und rechtlichen Unsicherheiten mit zusätzlichen Hürden konfrontiert sind. Vor allem Frauen sind häufig von Altersarmut betroffen, da sie aufgrund geringerer Erwerbseinkommen und Erwerbsunterbrechungen – etwa durch Kindererziehung – deutlich geringere Rentenansprüche haben. Die

Linke fordert eine Mindestrente von 1.400 Euro netto, um Altersarmut wirksam zu bekämpfen. Darüber hinaus soll die Stadt Dortmund alternative Wohnformen wie Senior*innen-WGs und Mehr-generationenhäuser aktiv fördern. Diese Projekte bieten älteren Menschen, insbesondere Frauen, die Möglichkeit, selbstbestimmt und in Gemeinschaft zu leben. Gerade Senior*innen mit Migrationshintergrund sollen durch gezielte Sprachkurse und Integrationsprogramme besser in die Gesellschaft integriert werden. Diese Maßnahmen sollen den Zugang zu sozialen und pflegerischen Angeboten erleichtern und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Linken ist der Ausbau der Unterstützung für pflegende Angehörige. Hierzu zählen neben Entlastungsdiensten auch Pflegegeldzuschüsse sowie die Förderung spezialisierter Beratungsstellen, die Angehörige umfassend unterstützen. Pflegebedürftigkeit stellt nach wie vor ein Armutsrisiko dar, weshalb Die Linke fordert, die Altenpflege sowohl personell als auch finanziell deutlich besser auszustatten. Hierzu gehören die verpflichtende Anstellung von Fachpersonal zu tariflichen Löhnen sowie regelmäßige Qualitätskontrollen in Pflegeeinrichtungen und der häuslichen Pflege. Zusätzlich sollen Pflegestützpunkte und Senior*innenbüros in sämtlichen Stadtteilen weiter ausgebaut werden, um eine wohnortnahe und umfassende Unterstützung für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen zu gewährleisten.

Die Linke setzt sich außerdem für die Einführung sozialer Hilfen für Senior*innen ein, die von Altersarmut besonders betroffen sind. Dies könnte durch spezifische Unterstützungsangebote oder Gemeinschaftscafés geschehen.

Der demografische Wandel erfordert einen Bewusstseinswechsel im Umgang mit kommunaler Senior*innenpolitik, dem Alter und seinen Potenzialen. In Dortmund sind ca. 20 % der rund 612.000 Einwohner*innen älter als 65 Jahre. Die Senior*innenpolitik der Stadt muss einen deutlich höheren Stellenwert im politischen Alltag erhalten und sich nicht auf Daseinsvorsorge und Bezuschussung von Alteneinrichtungen beschränken. Es geht darum, Senior*innen umfassende gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen und Voraussetzungen zu schaffen, ihre Potenziale und Lebenserfahrungen gesellschaftlich einzubringen. Zudem geht es auch darum, der weit verbreiteten Einsamkeit entgegenzutreten. Senior*innenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie muss sich daran orientieren, älteren Menschen den Zugang zu neuen technischen Möglichkeiten der Alltagsbewältigung zu erleichtern, dabei aber zugleich sicherstellen, dass alle öffentlichen Angebote auch ohne digitale Hürden zugänglich bleiben. In allen Politikbereichen geht es darum, folgende Punkte zu beachten:

Förderung von Teilhabe

Schaffung von Plattformen, in denen Senior*innen aktiv in die Planung und

Entscheidungsprozesse kommunaler Projekte einbezogen werden. Dazu gehören regelmäßige Bürger*innenforen und Workshops.

Die Mobilität der Senior*innen spielt eine entscheidende Rolle für ihre Lebensqualität und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gerade für ältere Menschen, die aufgrund von Gesundheitsproblemen oder anderen Einschränkungen weniger mobil sind, kann die Digitalisierung wichtige Möglichkeiten bieten, um ihre Mobilität zu unterstützen.

Durch die Nutzung digitaler Technologien wie virtuellen Ärzt*innen-Besuchen, Online-Plattformen für soziale Interaktion und spezielle Apps können ältere Menschen auch bei eingeschränkter Mobilität weiterhin an sozialen Aktivitäten teilnehmen und medizinische Betreuung erhalten. Darüber hinaus können digitale Lösungen wie Bewegungsprogramme, virtuelle Trainingsmöglichkeiten und Technologien zur Sturzprävention den Rentner*innen helfen, ihre körperliche Mobilität zu erhalten und zu verbessern.

Stärkung der Netzwerke

Notwendig ist die Einrichtung von Netzwerkbüros in jeder Kommune, die die Zusammenarbeit zwischen sozialen Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und ehrenamtlichen Helfer*innen stärken. In Dortmund bieten bereits zwölf Senior*innenbüros in Trägerschaft der Stadt und der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege die Möglichkeit, sich in allen

Stadtbezirken zu allen Fragen rund ums Älterwerden zu informieren. Diese Büros sollten künftig verstärkt Netzwerke in ihren Einzugsbereichen aufbauen und unterstützen, die sich gezielt an bestimmte Zielgruppen und Problemlagen richten. Hier besteht auch die Möglichkeit zur Schaffung von Anlaufstellen für „Kompetenznetze Einsamkeit“, die sich mit den Ursachen und Folgen von Einsamkeit auseinandersetzen und die Erarbeitung sowie den Austausch über mögliche Präventions- und Interventionsmaßnahmen fördern.

Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten

Entwicklung von Programmen, die älteren Menschen den Zugang zu kulturellen und sozialen Aktivitäten erleichtern, etwa durch kostenfreie oder vergünstigte Eintrittspreise und spezielle Veranstaltungen.

Barrierefreie Infrastruktur

Verbesserung der baulichen Infrastruktur, um öffentliche Plätze, Verkehrsmittel und Gebäude barrierefrei zu gestalten, damit Senior*innen uneingeschränkten Zugang zu allen Lebensbereichen haben.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte

Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und genossenschaftlichem Wohnen, die auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet sind und sozialen Zusammenhalt stärken.

Stärkung der häuslichen Pflege

Ausbau von Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige sowie finanzielle Hilfen für die häusliche Pflege, um die Lebensqualität von Senior*innen zu verbessern und ihre Selbstständigkeit zu fördern.

Bildungsangebote des lebenslangen Lernens

Einrichtung von Bildungs- und Fortbildungsprogrammen, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Entwicklung von Angeboten, die speziell auf die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Räumen zugeschnitten sind. Dabei sollte ein Schwerpunkt auf die digitale Qualifizierung gelegt werden. Das Grundrecht auf ein analoges Leben bleibt davon unberührt.

Ehrenamtsförderung

Förderung von ehrenamtlichem Engagement durch Schulungen, finanzielle Anreize und Anerkennungsprogramme, um Senior*innen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen.

Intergenerationaler Austausch

Initiativen zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt, etwa durch gemeinsame Projekte, Veranstaltungen oder Mentor*innenprogramme.

Soziale Beratung und Unterstützung

Ausbau von Beratungsstellen, die Senior*innen in Fragen der sozialen Sicherheit, Gesundheitsversorgung und finanzieller Unterstützung umfassend beraten und begleiten. Diese Maßnahmen sollten auf eine inklusive, gerechte und solidarische Gesellschaft abzielen, die die Potenziale älterer Menschen anerkennt und fördert.



Schutz und Förderung von Kindern und Jugendlichen



Kita und Tagesbetreuung von Kindern

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware. Am 01.01.2024 gab es 34,5 % U3- und 86,2 % Ü3-Plätze. Die vom Rat beschlossene Versorgungsquote von 50 % U3- und 100 % Ü3-Plätzen wurde somit nicht erfüllt und

wird voraussichtlich auch 2025 verfehlt. Die meisten Eltern bevorzugen von Beginn an einen Kitaplatz gegenüber der Tagespflege. Gründe dafür sind die höhere Verlässlichkeit, die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf sowie die qualitativ hochwertigere frühkindliche Bildung, die in Kitas geboten wird.

Die Linke sagt klar: Der Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung gilt unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Daher fordern wir ausreichend viele Kitaplätze, um dem Rechtsanspruch nachkommen zu können.

Die Linke fordert für Kitas:

- Öffentlich geförderte, wohnortnahe und gut ausgestattete Kitaplätze für alle Kinder, deren Eltern es wünschen.
- Den bedarfsdeckenden Ausbau von Kindertagesplätzen mit einer Gruppengröße von maximal 15 Kindern und einem Betreuungsschlüssel von einer Erziehungsperson pro fünf Kindern.
- Der Beruf Erzieher*in muss attraktiver werden. Wichtig ist eine gerechte Bezahlung für diese wichtige Tätigkeit. Tarifflucht darf es nicht geben.
- Kitaneubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine Grundstücksvergabe stattfinden sollte; teure Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand.

- Inklusive Kitas, in denen die Versorgung mit multi-professionellen Teams von Therapeut*innen langfristig gesichert ist.
- Die Einrichtung eines Kita-Gesundheitsdienstes, in dem Fachkräfte Kinder mit gesundheitlichen Problemen unterstützen und bei Entwicklungshindernissen – nach Beratung und Hilfestellung für die Eltern – präventive Maßnahmen einleiten.
- Die kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder mit täglich mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü. Aus diesem Grund begrüßen wir die schon bestehenden Wirtschaftsküchen in den Fabido-Einrichtungen.
- Eine Erweiterung dieser Wirtschaftsküchen auf alle städtischen Bestandskitas. Catering muss eine begründete Ausnahme sein.

Die Linke fordert für die Tagespflege:

- Die Anhebung von Qualifikationsstandards in der Tagespflege sowie den verbindlichen Einsatz von Fachkräften in Großtagespflegen,
- den erheblichen Ausbau der Qualifikation von Tageseltern und die Verbesserung der fachlichen Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger,
- die Existenz sichernde Entlohnung der Tageseltern.

Rechte der **Kinder** **und der Jugend**

Auch Kinder und Jugendliche haben Rechte. In erster Linie sollen diese sie vor Missbrauch, Ausbeutung und Gewalt schützen. Allerdings haben sie auch das

Recht auf Teilhabe sowie auf Bildung, und – so formuliert in der UN-Kinderrechtskonvention – schlachtweg auf Leben, Überleben und Entwicklung.

Die Linke fordert:

- Die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen. Selbstverwaltete Räume (Alternative- und Jugendzentren) sollen gestärkt werden. Entsprechende Angebote sollen ausreichende Personal- und Sachausstattung mit mehr Struktur- und weniger Projektförderung erhalten.
- Eine besondere Förderung von barrierefreien Spielplätzen. Dies schließt auch Freiflächen als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche ein.
- Zusätzliche Kapazitäten für die Pflege dieser Plätze, damit sie nutzbar bleiben.
- Die Nutzung von Sportplätzen, -hallen und Schwimmbädern muss unabhängig einer Vereinszugehörigkeit möglich sein. Kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Eintritten bzw. Eintrittsbefreiung und kostenfrei nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben.
- Den Erhalt und Ausbau kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstiger Ferienfreizeiten.
- Die Hilfen zur Erziehung, insbesondere präventive Angebote wie die Beratung von Kindern und Jugendlichen, müssen weiterhin zur Verfügung stehen; zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten müssen erhalten bleiben

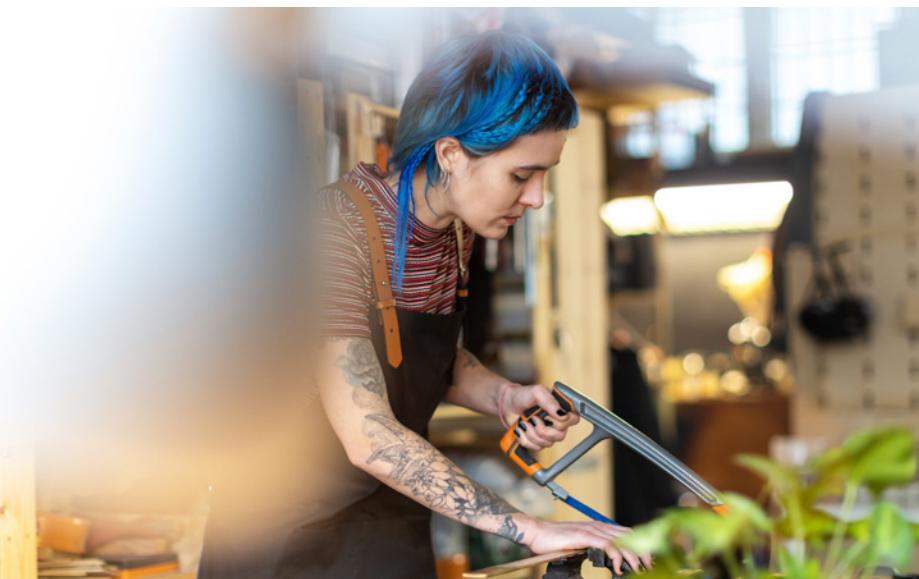


Die Linke fordert für Frühe Hilfen und Babybegüßungsdienste:

- Die personelle Stärkung der Familienbüros als niedrig-schwellige Anlaufstellen im Quartier,
- den Ausbau der Babylotsendienste in allen Dortmunder Geburtskliniken als frühen Ansatzpunkt der Unterstützung von Familien,
- sichere Schulwege, ausreichend Verkehrsberuhigung und kinderfreundliche Quartiersentwicklung,
- eine Verbesserung des Personalschlüssels für eine auskömmliche personelle Ausstattung im Bereich der erzieherischen Hilfen im Jugendamt, um den Kinderschutz in Dortmund zu gewährleisten.

Die Linke fordert für präventive Ansätze:

- Den Ausbau aufsuchender Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten durch mobile Familienberatung-Teams, die aktiv auf Familien zugehen und Unterstützung anbieten, bevor Krisen eskalieren,
- die Einrichtung traumasensibler Beratungsstellen speziell für Kinder aus suchtbelasteten oder gewalttätigen Familien, die niedrigschwellige Therapieangebote und Langzeitbegleitung bereitstellen. Diese Stellen sollen rund um die Uhr erreichbar sein,
- die Entwicklung eines kommunalen Gewaltschutzkonzepts, das Prävention, Intervention und Nachsorge miteinander verbindet. Dabei sollen Jugendamt, Frauenhäuser und Schulen verbindlich zusammenarbeiten,
- die flächendeckende Einführung von Kinderschutzambulanzen an Krankenhäusern, die medizinische Untersuchungen mit psychosozialer Beratung kombinieren.



Gute Bildung für alle und Sprachförderung

Bildung ist ein Menschenrecht, das jedem Kind zusteht, unabhängig der sozialen Stellung und des Einkommens der Eltern. Die aktuelle Bildungspolitik trägt maßgeblich zu gesellschaftlichen Problemen wie eingeschränkten Chancen am Arbeitsmarkt und niedrigem Einkommen bei. Bildung entscheidet über Integration, kulturelle Teilhabe und die Wahrnehmung politischer Rechte. Deshalb muss die Bildungspolitik verstärkt auf die Förderung von Medienkompetenz und politischer Bildung setzen, um Desinformation, gesellschaftlicher Spaltung und Polarisierung entgegenzutreten.

In Dortmund zeigt sich die soziale Spaltung besonders am Bildungsgefälle zwischen wohlhabenden und armen Stadtteilen. Die Chancen auf einen hohen Bildungsabschluss und damit auf gut bezahlte Arbeitsplätze sind extrem ungleich verteilt. Die von der Linken unterstützten Schulprojekte wie „Lernen neu denken“ in der Nordstadt und die *KinderCampus Schulen* in anderen Stadtteilen müssen deshalb unbedingt erhalten und wenn möglich ausgeweitet werden.

Die Linke fordert:

- Gleiche, qualitativ hochwertige Bildung für alle Kinder unabhängig von Einkommen und Herkunft der Eltern,
- die Sanierung von Schulen sowie Investitionen in den Neubau von Schulgebäuden in hohem Maße,
- dass die digitale Infrastruktur aller Bildungseinrichtungen weiterhin auf einem zeitgemäßen Stand sein muss und regelmäßig von städtischen Fachpersonal vor Ort gewartet wird,
- dass die Bereitstellung von Endgeräten für alle Schüler*innen unabhängig vom Einkommen der Eltern weiter fortbesteht,
- keine Privatisierung der Bildungseinrichtungen. Sponsoring und Werbung an Schulen gehören verboten. Keine Einmischung durch globale Konzerne oder die Bundeswehr.

- Dass besonders kostspielige Lehrmittel, wie beispielsweise einzelne Experimente der Naturwissenschaften oder Materialien im Klassensatz, für alle Schulen zentral bei der Stadt entliehbar sind und ohne Einsatz der Lehrenden geliefert werden.

Die Schulen der Stadt Dortmund müssen Orte sein, die Lernende und Lehrende langfristig gesund halten und zum Lernen sowie einer guten Gemeinschaft anregen.

Der Schulträger ist verantwortlich für den Bau, Unterhalt und die Instandhaltung der Schulgebäude, einschließlich deren Ausstattung.

Die Linke fordert:

- alle Bestandsgebäude so instandzuhalten, dass der Schulbetrieb nicht durch plötzliche Schließungen unterbrochen wird,
- Belastungen durch Schadstoffe, Schimmel oder hygienische Mängel schnellstmöglich zu beseitigen,
- das vernachlässigte Thema Raumakustik in Unterrichtsräumen mit einfachen Maßnahmen vorreiterhaft zu bearbeiten,
- die Auswirkungen der kommenden Hitzesommer auf die Lehrräume in Gebäuden vergangener Jahrzehnte effektiv und energetisch sinnvoll zu begrenzen,
- Asphalt Schulhöfe zu grünen Inseln umzuwandeln, um Hitzeanstau zu vermeiden und den Spiel- und Aufenthalts Wert zu erhöhen.

Die Stadt Dortmund soll darüber hinaus anregen, die unterschiedlichen Schulfördervereine der einzelnen Schulen zu einer gemeinsamen Dortmunder Schulstiftung zu vereinen, um so lokale Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Schulsozialarbeit ist aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungen

standortunabhängig immer mehr nachgefragt. Ein Teil der Sozialarbeiter*innen wird durch Umwandlung von Lehrer*innenstellen vom Land gestellt. Der größere Teil arbeitet bei unterschiedlichen freien Trägern oder im Jugendamt der Stadt.

Die Linke fordert:

- die Schulsozialarbeit personell so zu stärken, dass eine beratende Person für maximal 150 Personen zuständig ist,
- auch allen Grundschulen im Stadtgebiet direkten Zugang zu Beratung zu ermöglichen,
- dass andere Angestellte wie Alltagshelfer*innen oder Fachkräfte in der Schuleingangsphase nicht als Ersatz für vollwertige Schulsozialarbeit angesehen werden.

Wir als Linke stellen klar, dass die Sicherung der Schulwege und die Schülerbeförderung Aufgabe der Stadt Dortmund sein muss. Dazu zählen Rad- und Fußverkehr sowie die Einrichtung der Schulbuslinien und das Thema Eltern-taxis.

Die Linke fordert:

- die Verkehrssituation vor Schulen im Anreisebetrieb von Verkehrsplaner*innen beobachten zu lassen, daraus unfallvorbeugende Umbaumaßnahmen abzuleiten und umzusetzen,
- an jedem Schulstandort durch Umgestaltung des Straßenraums eine sichere und komfortable Erreichbarkeit für Kinder mit und ohne Roller oder Fahrrad zu gewährleisten,
- sichere Abstellmöglichkeiten für Räder und Roller von Lernenden und Lehrenden,
- den Aufbau von Fahrrad-AGs durch finanzielle Förderung von Schulräder und Schul-Fahrradwerkstätten zu fördern.

Die Linke fordert für barrierefreie Bildung:

- Sprachförderprogramme von der Kita bis zum Berufskolleg; Erzieher*innen und Lehrkräfte sollten für den Umgang mit Mehrsprachigkeit sensibilisiert und qualifiziert werden,
- spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote in den Bereichen Sprachförderung, Deutsch als Zielsprache und interkulturelle Bildung,
- Einstellung mehrsprachiger Fachkräfte durch gezielte Programme,
- barrierefreien Um- bzw. Neubau von Schulen, sowie die Einstellung von deutlich mehr Lehrkräften, um für Kinder mit Unterstützungsbedarf einen inkludierten Unterricht zu ermöglichen; um die Inklusion weiter zu führen, sind Stätten gemeinsamen Lernens ohne Ausgrenzung sowie eine ausreichende Lehrer*innen-Versorgung unerlässlich; auch andere Fachkräfte, die den Lern- und Entwicklungsprozess von Schüler*innen unterstützen, sind von großer Bedeutung.



Für ein **solidarisches Schulsystem**

Die Linke in Land und Bund kämpft für die Abschaffung des selektierenden Schulsystems und fordert möglichst langes gemeinsames Lernen aller Schüler*innen. Auch auf kommunaler Ebene fordern wir den weiteren Aus- und Neubau von Gesamtschulen sowie die Teilnahme an Schulversuchen für längeres gemeinsames Lernen. Dies verbessert nachweislich die Bildungsgerechtigkeit und reduziert den Einfluss sozialer Herkunft.

Die Linke favorisiert Schulen, die zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen: Das ist natürlich die Gesamtschule als Ort des gemeinsamen Lernens sowie auch die Primusschule, die derzeit noch als Modellversuch läuft. Dort ist möglich, dass Schüler*innen von Klasse 1 bis 13 zusammen lernen, ohne einen Schulwechsel vollziehen zu müssen.

Die Linke fordert:

- Gesundes und kostenloses Mittagessen für alle Schulkinder,
- Übernahme der Lern- und Lehrmittelkosten in Schule, Ausbildung und Studium und für alle Schüler*innen ein kostenfreies Schüler*innen-Ticket für den ÖPNV, unabhängig vom Einkommen der Eltern,
- echte Lehrmittelfreiheit ohne finanzielle Beteiligung der Eltern.

Die Durchführung der OGS wird über Rahmenverträge des Jugendamtes mit sozialen Trägern und Wohlfahrtsverbänden geregelt.

Die Linke fordert:

- Rahmenverträge, die die Träger der OGS zu Arbeitsverträgen mit tarifgebundener, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung des Betreuungspersonals verpflichten,
- ein flächendeckendes Ganztagschulsystem in allen Grund- und weiterführenden Schulen,
- die Ausweitung der OGS mit qualifizierter pädagogischer Betreuung einschließlich Förderunterricht für Kinder mit Unterstützungsbedarf,
- elternbeitragsfreie Ganztagsbetreuung einschließlich eines qualitativ hochwertigen Schulessens.

Das Leopold-Hoesch-Berufskolleg – immerhin die Lernstätte von 2300 Schüler*innen – befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Hier muss neu gebaut und eine Interimslösung zur

Überbrückung gefunden werden. Es ist für Schüler*innen, Lehrer*innen sowie die übrigen Mitarbeiter*innen nicht mehr zumutbar, an diesem Ort zu bleiben.

Die Linke fordert:

- Einen Neubau und eine geeignete Interimslösung ab sofort bis zur Fertigstellung.

Eine solidarische Gesellschaft



Antifaschismus ist unsere Pflicht

Die Linke setzt sich für offene und vielfältige Kommunen ein. Dazu gehört das Zusammenleben von Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen und mit verschiedenen Lebensweisen. Eine lebenswerte Kommune basiert auf Respekt – Respekt gegenüber vielfältigen Lebensentwürfen und Meinungen.

Faschistische und rechtspopulistische Organisationen verfolgen das genaue Gegenteil und setzen auf Ausgrenzung.

Rechte Hetze versucht, Geflüchtete, Migrant*innen und Minderheiten für Armut und soziale Probleme verantwortlich zu machen. Armut und prekäre Lebenslagen sind in Dortmund weit verbreitet und müssen im Sinne sozialer Gerechtigkeit bekämpft werden. Nur so lässt sich faschistischen und rassistischen Argumentationen der Nährboden entziehen.

In den letzten Jahren hat sich die rechte Szene in ganz NRW verändert. Bei den Kommunalwahlen 2014 waren noch die NPD und die Pro-Bewegungen im rechten Spektrum vertreten, während in einzelnen Städten erstmals die neu gegründete Partei „Die Rechte“ und die AfD

antraten. Rechtsextremist*innen konnten vereinzelte kommunale Mandate gewinnen, und die AfD zog in viele kommunale Parlamente teilweise sogar in Fraktionsstärke ein. Zugleich kam es zu einer gesellschaftlichen Polarisierung: Rassistische Äußerungen werden häufiger in der Öffentlichkeit getätigt, und viele Menschen wenden sich rechtspopulistischen, nationalistischen und rechten Parteien zu. Gleichzeitig engagieren sich immer mehr Menschen gegen Rechts und für soziale Verbesserungen.

Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Neofaschist*innen und Rechtspopulist*innen sind nach wie vor in kommunalen Vertretungen präsent, auch in Dortmund. Es ist eine unerträgliche Belastung, dass sie ihre menschenverachtende Ideologie durch diese Mandate verbreiten können.

Neofaschismus hat in Dortmund eine lange Tradition: in den 1980er-Jahren die „Borussenfront“, in den 1990er-Jahren die militanten Nazi-Skinhead-Kameradschaften, und bis 2012 die so genannten „Autonomen Nationalisten“. Nachdem ihre Organisation vom Landesinnenminister verboten wurde, machen sie unter dem Deckmantel des Parteidrivileges als „Die Rechte“ einfach weiter, inzwischen als „Heimat“.

Die Linke begrüßt das Verbot der rechts-extremen Kameradschaften. Diese versuchten – gestützt durch defensive Rechtsprechung sowie fehlende Strafbewehrung –, öffentlichen Raum zu erobern. Regelmäßig marschierten sie in Dortmund auf, um ihre faschistische, antisemitische und menschenver-

achtende Propaganda zu verbreiten, und um gegen unsere Nachbar*innen, Menschen aus Osteuropa und anderen Ländern, Migrant*innen und Geflüchtete zu hetzen. Besonders Jugendliche gehören zur erklärten Zielgruppe der Neonazis.

Die Linke fordert:

- Gerichte, Polizei und Verwaltung müssen alle rechtlichen Mittel nutzen, um neofaschistische Aktivitäten zu unterbinden, und dabei auf Innovation und Kreativität setzen.

Dabei lehnen wir klar die Extremismus-Theorie („Hufeisen-Theorie“) ab, die Antifaschist*innen und Linke unter dem Kampfbegriff „Linksextremismus“ auf dieselbe Stufe wie Nazis und Rassist*innen stellt und somit antifaschistisches Engagement kriminalisiert.

Die Linke begrüßt die Einsetzung einer Sonderkommission gegen Rechts durch die Dortmunder Polizei. Unsere Erwartung ist, dass der daraus entstehende Kontroldruck auf die Nazi-szene beibehalten und zum Schutz der Dortmunder Bevölkerung vor Übergriffen sogar noch ausgedehnt wird. Die Linke sagt: Neonazis bieten keine soziale Alternative! Im Gegenteil: Sie versuchen, den gemeinsamen Widerstand von Menschen verschiedener Herkunft gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung durch ihre rassistische Spaltung zu verhindern. Der Angriff von Nazis auf das Dortmunder Rathaus am Wahlabend

2014 hat deutlich gemacht, dass die extreme Rechte auf Gewalt setzt. Die Partei „Heimat“ (vormals „Die Rechte“) verfolgt in ihrem Programm einen klar nationalsozialistischen Kurs.

Die Linke tritt dafür ein, den Kampf gegen Rassismus und Neonazis konsequent mit sozialen Forderungen zu verknüpfen – denn nur durch soziale Gerechtigkeit lässt sich der Nährboden für faschistische Ideologien entziehen. Da der Staat im Kampf gegen rechte Strukturen immer wieder versagt hat, wie etwa der NSU-Skandal und die wiederholte Polizeigewalt gegen Antifaschist*innen zeigen, unterstützen wir das Konzept des zivilgesellschaftlichen Widerstandes. Dazu gehören Gegenkundgebungen und friedliche, aber entschlossene Blockaden – Seite an Seite mit Jugendlichen, Arbeiter*innen, Erwerbslosen, Rentner*innen, LGBTIQ-Aktivist*innen unterschiedlicher Her-

kunft, um rechte Aufmärsche und Kundgebungen zu stören und möglichst zu verhindern.

In Dortmund wurden seit 2001 fünf Menschen von Nazis ermordet. Eine Verbindung zwischen der Dortmunder Nazi-Szene und der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist wahrscheinlich. Der NSU hat in Deutschland zahlreiche Menschen kaltblütig hingerichtet – mit Mehmet Kubaşık auch einen Dortmunder Mitbürger.

Die Linke wird ihre Funktion in kommunalen Gremien nutzen, um Polizeigewalt gegen Antifaschist*innen sowie jede Form staatlicher Unterstützung für Rassist*innen, Neonazis und rassistische Politik (zum Beispiel gegen Asylbewerber*innen) öffentlich zu benennen. Unser Engagement endet dabei nicht auf parlamentarischer Ebene. Weiterhin werden wir den Widerstand gegen rechte Strukturen auf der Straße, in Betrieben und an Schulen unterstützen.

Die Dortmunder Steinwache, einst Hauptquartier der NS-Sonderpolizei Gestapo, ist heute eine Gedenkstätte für die Verbrechen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Die Linke begrüßt die geplante räumliche Erweiterung dieser Gedenkstätte, um die wichtigen Aufgaben der Erinnerungsarbeit besser erfüllen zu können. Gemeinsam mit Gedenkorten in der Bittermark, dem Rombergpark und auf dem Internationalen Friedhof ist die Steinwache für Die Linke der zentrale Ort, um die Erinnerung an die Ver-

brechen, die mit der nationalsozialistischen Ideologie verbunden sind, wachzuhalten.

Die Linke möchte die bereits verlegten Stolpersteine erhalten und damit das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus ganz konkret im Straßenraum bewahren. Auch weitere Stolpersteine sollten die Erinnerung lebendig halten und die Opfer aus der Anonymität holen. Stolpersteine sind, ebenso wie andere Gedenkorte, vor rechtsextremen Aufmärschen zu schützen. Die Linke setzt sich für die Umbenennung von Straßen und Plätzen ein, die noch immer Namen von Steigbügelhalter*innen des deutschen Faschismus oder von Rassist*innen, Antisemit*innen und Militarist*innen tragen.

Bereits seit langem forderte Die Linke das Verbot der Terrorgruppe *Combat 18* auch in Deutschland. Kanada hat die deutsche Sektion *Combat 18* der amerikanischen *Blood and Honour*-Terrorist*innen bereits auf die Anti-Terrorliste gesetzt. Die Linke begrüßt das inzwischen auch in Deutschland erfolgte Verbot der Gruppe ausdrücklich.

Die Linke verkennt nicht, dass rechts-populistische Einstellungen bis weit in die gesellschaftliche Mitte reichen. Das macht auch der Zuspruch für anti-europäische, nationalistische Parteien wie die AfD deutlich. Eine umfassende Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut in all seinen Erscheinungsformen ist daher notwendig. Dabei unterscheidet Die Linke klar zwischen den



Wähler*innen solcher Parteien und deren organisierten Mitgliedern. Mit Unverständnis nehmen wir zur Kenntnis, dass die Bundesregierung die Mittel für die Ausstiegsprogramme aus dem Rechtsextremismus drastisch gekürzt hat. Als Die Linke fordern wir klar, das Programm „Exit“ im Großraum Dortmund fortzuführen und seine Finanzierung über öffentliche Mittel des Landes und der Kommune sicherzustellen.

Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpfen wir auf allen Ebenen gemeinsam mit den Bürger*innen: auf Demos, in antifaschistischen gesellschaftlichen Bündnissen, in Jugend- und Kulturbündnissen. Die Linke setzt sich für den Dialog mit Migrant*innen ein, um gegenseitige Ängste und Vorurteile abzubauen und ein solidarisches und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Faschist*innen und rechten Strömungen aus dem migrantischen Spektrum tritt Die Linke mit der gleichen Entschlossenheit wie anderen rechten

Kräften entgegen. Auch die kommunale Verwaltung soll sich an diesen Richtlinien orientieren. Ordnungs-, Jugend- oder Gesundheitsamt und die gesamte kommunale Verwaltung tragen politische Verantwortung und müssen aktiv daran mitwirken, eine lebenswerte Kommune für alle Menschen zu gestalten – unabhängig von Herkunft oder Lebensweise.

Daher spricht sich Die Linke dafür aus, dass die Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung für eine vorurteilsfreie und antirassistische Umgangsweise mit allen Einwohner*innen sensibilisiert werden. Zudem setzt sich Die Linke für die gezielte Förderung von interkulturellen Begegnungsstätten, Jugendeinrichtungen und Sportvereinen ein. Die Linke fordert eine konsequente Umsetzung des vom Rat mit breiter Mehrheit beschlossenen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus. Im Kampf gegen Antidemokrat*innen darf es keine Haushaltskürzungen geben.

Die Linke fordert:

- die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bei der Stadt Dortmund soll auskömmlich finanziert werden; eine geeignete Aufklärung über rechtsextreme Gruppen und Labels kann auch dazu beitragen, dass nicht aus Unkenntnis Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und Mietverträge abgeschlossen werden.

Die Linke hält die Opferberatungsstelle *Backup* für unverzichtbar. Angesichts der immer größeren Aufgabenvielfalt in der Beratung von Opfern rechter Gewalt oder Bedrohungen ist die Beratungsstelle mit zusätzlichen Stellen auszustatten.

Angesichts des zunehmenden Antisemitismus erklären wir als Die Linke uns

solidarisch mit den jüdischen Mitbürger*innen unserer Stadt. Es ist beschämend, dass jüdische Einrichtungen 80 Jahre nach der Shoah beschützt werden müssen, und dass jüdische Mitbürger*innen von einigen Teilen der Bevölkerung für die durchaus kritisierende israelische Regierung verantwortlich gemacht werden.

Nie wieder ist jetzt!

Gegen jede Form des Antisemitismus!
Die Brandmauer sind wir! AfD in die Schranken weisen!

Die AfD ist eine klar faschistische Partei. Im Dortmunder Stadtrat fällt die AfD-Fraktion immer wieder durch lange Redebeiträge, die rassistisch und oft an der Grenze zur Volksverhetzung sind, sowie durch gezielte Störungen des parlamentarischen Ablaufs auf. Als Linke stellen wir uns diesem Verhalten klar entgegen.

Zu Beginn der letzten Wahlperiode hat die Linksfraktion ein gemeinsames Abstimmungsverhalten des Rates organisiert, das der AfD den Zugang zu den wichtigen externen Gremien verweigert hat. Dies ist gelebter Antifaschismus. Die Linksfraktion hat einen klaren Grundsatzbeschluss: Es wird keine Kooperation mit der AfD in den Gremien



geben. Ihre Anträge werden wir konsequent zurückweisen und dafür sorgen, dass ihr Abstimmungsverhalten niemals den Ausschlag für Mehrheiten geben kann. Wir bleiben dazu in ständigem Austausch mit allen anderen demokratischen Fraktionen und werden die Aufrechterhaltung der Brandmauer

auch in der kommenden Wahlperiode vehement einfordern – im Zweifel auch auf der Straße und durch außerparlamentarischen Protest.

Geschlechtergerechtigkeit und **queeres Leben**

Trotz formaler Gleichstellung der Geschlechter sind Frauen und queere Menschen weiterhin zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt. Frauen verdienen immer noch deutlich weniger als Männer und leisten mehr unbezahlte Care-Arbeit. Sie sehen sich mit Vorurteilen konfrontiert, stoßen häufig an „gläserne Decken“ und sind in Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert. Strukturelle Benachteiligungen sind nach wie vor allgegenwärtig. Die Politik muss sich dieser Diskriminierungen aktiv entgegenstellen und dafür sorgen, dass alle Menschen sich frei entfalten können. Auf kommunaler Ebene müssen Maßnahmen für eine vielfältige Lebensgestaltung entwickelt werden, die auch queere Lebensweisen berücksichtigen. Ein Ende der Bevorzugung der Ehe als einzig anerkanntes Lebensmodell ist erforderlich – alle Familienformen müssen gleichermaßen unterstützt werden.

Die Linke fordert die Umsetzung der Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene. Ein Prozess hierzu wurde bereits durch das Gleichstellungsbüro initiiert. Die Linke sichert diesem ihre Unterstützung zu und fordert die Aufstockung von Mitteln für weitere Maßnahmen.

Die Linke setzt sich für Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern sowie Zufluchtsorten für Menschen ein, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind. Hierbei braucht es mehr barrierefreie Schutzräume. Die Prävention von familiärer Gewalt muss eine zentrale Aufgabe sozialer Einrichtungen sein.

Die Linke verlangt gezielte Hilfsangebote für Frauen in sozialer Not, verbunden mit dem Einsatz für eine Mindestsicherung und ein Mindesteinkommen.

Auf Bundesebene setzt sich Die Linke für

die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Abschaffung von §218 StGB ein. In Dortmund ist es notwendig, die Zahl der Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, zu erhöhen und die nicht kirchlichen Beratungsstellen zu stärken.

Die Linke setzt sich für mehr Hilfs- und Unterstützungsangebote für Sex-arbeitende ein, die vor Gewalt geschützt

werden müssen. Wir unterstützen ihre Selbstorganisation. In Dortmund gibt es Elendsprostitution, und wir möchten den betroffenen Frauen durch geeignete Angebote, die auch Suchterkrankungen berücksichtigen, helfen. Menschen ohne Aufenthaltsstatus, die von Zwangsprostitution betroffen sind, dürfen keine Angst haben, dass ihr Hilfegesuch zu einer Abschiebung führt. Sie müssen besonders geschützt werden.

Die Linke fordert:

- Eine besondere Unterstützung von Alleinerziehenden. Alleinerziehende sind aufgrund des hohen Betreuungsaufwandes und der steuerlichen Benachteiligung gegenüber verheirateten Paaren besonders von Armut betroffen; die Kommunalpolitik muss gezielt Maßnahmen ergreifen, um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken



Schutz der Mütter und Kinder

Gewalt gegen Frauen ist ein strukturelles Problem, das tief in patriarchalen Machtverhältnissen verwurzelt ist und weltweit Millionen von Frauen betrifft – auch in Dortmund. Jede dritte Frau in Deutschland erlebt mindestens einmal in ihrem

Leben körperliche oder sexualisierte Gewalt, und Femizide, also die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, sind trauriger Alltag. Die Zahlen sind nicht nur erschreckend, sondern ein dringender Handlungsauftrag: Wir müssen Schutzzräume schaffen, Betroffene stärken und konsequent gegen die Ursachen dieser Gewalt vorgehen.

Die Linke fordert:

- Die vollständige Kostenbefreiung für Schutzsuchende in Frauenhäusern,
- den Neubau von drei zusätzlichen Frauenhäusern in Dortmund bis 2027, um die Lücke von fehlenden 45 Schutzplätze zu schließen. Dabei ist ein inklusives Konzept für Frauen mit Behinderungen und für ihre Kinder umzusetzen.
- Eine höhere finanzielle Unterstützung für Frauenhäuser der Stadt Dortmund, um deren Betrieb langfristig zu sichern. Dies umfasst nicht nur die Bereitstellung von Unterkünften, sondern auch Angebote wie psychologische Betreuung, Rechtsberatung und Kinderbetreuung.
- Die Zurseitestellung von Dolmetscher*innen zur Unterstützung von Frauen, die unzureichend Deutsch sprechen.
- Eine öffentlich wirksame Kampagne, die auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam und Hilfsangebote bekannt macht. Dazu gehört die verpflichtende Anbringung von Notrufnummern und Informationen zu Frauenhäusern in Frauentoiletten in kommunalen Gebäuden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen. Diese Maßnahme ist niedrigschwellig und kann im Notfall Leben retten

Die Linke setzt sich für die Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten ein. Soziale Projekte müssen gesellschaftliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abbauen.

Weiter strebt Die Linke ein Verbot sexistischer und Stereotype verstärkender Werbung an. Die Bilder, die uns täglich umgeben, prägen unser Denken – und der von uns allen gemeinsam genutzte öffentliche Raum darf nicht zur Bühne für Diskriminierung werden.

Die Linke fordert die Möglichkeit von Kinderbetreuung bei sämtlichen Sitzungen der Stadt- und Bezirksvertretungen sowie den Ausschüssen und

Beiräten. Zudem fordern wir die Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses, der dafür sorgt, dass alle Maßnahmen und Initiativen konsequent auf Gleichstellung ausgerichtet sind.

Die Linke setzt sich für eine Mindestquote von 50 % an Menschen mit den Geschlechtseinträgen *Weiblich*, *Divers* oder *Keinen* in Führungspositionen der Verwaltung und den städtischen Unternehmen ein. Diese Menschen sollen systematisch in der kommunalen Verwaltung gefördert werden. Außerdem fordert Die Linke, dass bei Stellenausschreibungen für Führungspositionen in der Verwaltung verlangt wird, dass für jedes Kind mindestens ein halbes Jahr Elternzeit genommen wurde.

Solidarität mit der queeren Community

Die Linke kritisiert die Kürzungen bei den AIDS-Hilfen und der Förderung queerer Projekte auf Landesebene. Die finanzielle Unterstützung der AIDS-Hilfe in Dortmund ist bereits sichergestellt, jedoch sollte die Verantwortung für die Finanzierung dieser Hilfsangebote weiterhin beim Land bleiben. Dortmund hat im Bereich der queeren Angebote eine Vorreiterrolle, die auch in benachbarte Kommunen ausstrahlt.

Die Linke fordert die Umsetzung des ausgearbeiteten Masterplans zur Stärkung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, wobei dieser dort wo nötig finanziell besser ausgestattet werden muss. Wir möchten auf der starken Verbandsarbeit

der queeren Community aufbauen und ihre Anliegen in politisches Handeln überführen.

Die Linke begrüßt, dass die jährlich stattfindende CSD-Demo und das Straßenfest weitestgehend von kommerziellen Einflüssen befreit durchgeführt werden. Um das auch in Zukunft zu gewährleisten und keine Vereinnahmung durch Konzerne entstehen zu lassen, setzt sich Die Linke für eine ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln ein. Somit wird die unabhängige Planung dieses Protestes und Festes der queeren Community garantiert.



Zuwanderung, Menschenrechte und Solidarität

Die Linke sagt: Deutschland ist ein Einwanderungsland. In Dortmund leben Menschen aus ca. 170 verschiedenen Staaten. Viele verschiedene Kulturen, Traditionen und Lebensweisen bringen eine bunte Vielfalt in unser aller Leben. Migrant*innen sind in besonderem Maß von Sozialabbau und Benachteiligungen betroffen: Sei es auf dem Arbeitsmarkt, beim Einkommen, bei den Bürger*innenrechten, in den Bildungschancen, im kulturellen Leben oder den Wohnverhältnissen. Diese sozialen Ungleichheiten zeigen sich deutlich auf kommunaler Ebene und verdichten sich dort. In Dortmund haben fast 35 % der Menschen einen Migrationshintergrund, bei Kindern unter sechs Jahren liegt der Anteil sogar noch weitaus höher.

Zu den „klassischen“ Migrant*innen haben sich seit der EU-Osterweiterung Zuwander*innen und Geflüchtete aus Kriegs- und Krisenregionen gesellt. Zum überwiegenden Teil haben sie ihre derzeitige Heimat in den von Armut betroffenen Stadtteilen Dortmunds gefunden, wo eine überdurchschnittliche Konkurrenz um Wohnraum und Kinderbetreuungsplätze festzustellen ist.

Menschen mit Migrationshintergrund – neu Zugewanderte noch stärker als bereits länger hier Lebende – haben oft deutlich schlechtere Voraussetzungen, um gleiche schulische sowie berufliche Erfolge und Karriereschritte zu realisieren wie ihre Mitbürger*innen ohne Migrationshintergrund. Die Stadt Dortmund bemüht

sich mit anerkennenswerten Maßnahmen, die ungleichen Startbedingungen abzufedern. Gleichzeitig wirkt die erkennbare soziale und räumliche Aufteilung in migrantisch und nicht-migrantisch geprägte Stadtteile jedoch integrationshemmend. Die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel sind zu knapp bemessen und schränken die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ein. Hinzu kommen

für viele Betroffene jahrelange Unsicherheiten über ihr Bleiberecht sowie häufige Änderungen im Aufenthaltsrecht und ständig wechselnde Anforderungen, die eine verlässliche Lebensplanung verunmöglichen.

Die Linke fordert:

- Ein kommunales wohnungspolitisches Konzept, in dem die Stadt räumliche Ghettos gezielt verhindert,
- nachdrücklich ein zusätzliches Förderangebot für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen und die Errichtung von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund,
- einen Ausbau des Angebots an Kita-Plätzen, insbesondere in den unversorgten, migrantisch geprägten Stadtteilen, vor allem der Nordstadt,
- Maßnahmen für interkulturelle Kompetenzen an Schulen und in Kindergärten,
- eine frühkindliche Sprachförderung unter Einbindung der Eltern,
- geschützte Räume für Frauen mit Migrationsgeschichte: Viele von ihnen stecken aufgrund ihrer Fluchtgeschichte und ihres Rollenverständnisses viele Ressourcen in den Bereich der Care-Arbeit und stellen ihre eigenen Bedürfnisse zurück. Der Wunsch, gut Deutsch zu sprechen, ist stark vorhanden, die Rahmenbedingungen jedoch oft kompliziert. Das beginnt bereits damit, dass die Zeiten von Bildungsmaßnahmen häufig nicht mit den Betreuungszeiten der Kinder vereinbar sind. Daher braucht es geschützte Räume für Frauen, in

denen sie gestärkt werden und den Mut finden, eigene Weiterbildungswege einzuschlagen und sich gegenseitig zu unterstützen.

- Das Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Wir fordern die Ausdehnung des kommunalen Wahlrechts auch auf alle Nicht-EU-Bürger*innen.
- Die Anhörung des Integrationsrats in allen politischen und verwaltungsbezogenen Fragen, die das Thema Integration berühren.
- Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen.
- Die Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund bei Neueinstellungen in der Verwaltung entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung.
- Die Unterstützung der Seenotrettung – angesichts der großen Zahl an Menschen, die vor Krieg, Armut und Diskriminierung fliehen und zum Teil tagelang auf Rettungsschiffen ausharren müssen.
- Die Aufnahme von mehr Menschen in Not in Deutschland und damit einhergehend eine Willkommenskultur unabhängig von wirtschaftlichen Interessen.
- die Beendigung von Diskriminierung und Ausgrenzung,
- die Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für Asylsuchende und Geduldete,
- einen großzügigen und weniger restriktiven Umgang mit Ermessensleistungen bei aufenthaltsrechtlichen Fragen,
- einen besseren Zugang zu einer Gesundheitsversorgung für Asylsuchende und Geduldete,



- die Einrichtung von kommunalen Härtefallkommissionen, an die sich von Abschiebung bedrohte Geflüchtete und Migrant*innen wenden können.

Die Linke wird sich auch weiterhin gegen die „Bezahlkarte“ für Geflüchtete in kommunalen Geflüchteten-Unterkünften einsetzen und im Rat dagegen stimmen.

Gemeinsam **für Frieden**

Die Linke setzt sich für ein wertschätzendes und friedliches Miteinander aller in unserer Stadt lebenden Menschen ein. Dies ist eine unverzichtbare Grundlage dafür, dass auch Frieden in den internationalen Beziehungen für erstrebens-

wert und erreichbar gehalten wird. Nicht umsonst steht auf dem Friedensplatz vor dem Rathaus die Friedenssäule, die den „Frieden auf Erden“ anmahnt. In dieser Tradition sehen wir auch die Politik von Die Linke.

Die Linke fordert:

- Internationale Beziehungen stiften und pflegen!

Städtepartnerschaften sollen über protokollarische Gesten hinausgehen und als lebendiger Austausch zwischen den Bevölkerungen gestaltet werden. Besonders der Schüler*innenaustausch soll ausgeweitet werden. Als der Krieg in der Ukraine begann, forderte das deutsche Außenministerium Dortmund dazu auf, die Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Rostow am Don zu beenden. Der Ältestenrat widersetzte sich auf Initiative

der Linkskreis und lässt die Städtepartnerschaft lediglich ruhen. Gleichzeitig wurde eine neue Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Schytomyr begründet. Damit ist Dortmund gut aufgestellt, nach dem Ende des Krieges einen Beitrag zu Frieden und internationaler Verständigung zu leisten. In diesem Sinne wollen wir diese Städtepartnerschaften aktiv weiterentwickeln.

Die Linke fordert:

- Kein Werben fürs Sterben!

Eine dem Frieden verpflichtete Kommunalpolitik lehnt die Unterstützung von Kriegsvorbereitungen und Kriegstreiberei ab: Werbung für die Bundeswehr darf seitens der Stadt nicht unterstützt werden. So soll besonders auf den Werbetafeln im Umfeld von Schulen die

Bundeswehr nicht als Arbeitgeber und Karrieremöglichkeit beworben werden. Auf entsprechende Ausgestaltung der Konzessionsverträge muss geachtet werden.

Jugendliche müssen aktiv darüber informiert werden, dass sie der Weitergabe ihrer Meldedaten widersprechen können. So haben sie die Möglichkeit, sich gezielt gegen Werbung und Kontaktaufnahme seitens der Bundeswehr zu schützen.

Werbeauftritte der Bundeswehr auf Jobmessen – soweit diese in kommunaler (Mit)Verantwortung stehen – sowie auf Stadtteilfesten oder städtischen Events dürfen nicht zugelassen werden.

Die Linke fordert:

- Alles für eine friedliche Welt!

2019 hat der Stadtrat auf Antrag der Linksfraktion dem ICAN-Städteappell zugestimmt und sich damit in vorbildlicher Weise für eine atomwaffenfreie Welt eingesetzt. Dieser Willensbekundung kann durch Verbreitung des Beschlusses und eine geeignete offensive friedenspolitische Öffentlichkeitsarbeit zusätzlicher Nachdruck verliehen werden.

Gelegenheiten dazu bieten etwa der Ostermarsch, der Gedenktag an den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima sowie jene Gedenktage, die im Zusammenhang mit den verbrecherischen Weltkriegen stehen. Wir wollen diesen Beschluss gerade in heutigen Zeiten weiterhin mit Leben füllen.

Die Linke fordert:

- Zivil-militärische Zusammenarbeit nur für zivile Zwecke!

Die Kommune achtet darauf, dass sich die Planungen der zivil-militärischen Zusammenarbeit ausschließlich auf defensive Einsätze wie zum Beispiel Naturkatastrophen beziehen.



Die Linke fordert:

- Dortmunds Stadtgebiet ist tabu für militärische Nutzungen!

An ihrer östlichen Grenze stellt die NATO seit Jahren in beunruhigender Weise ihre kriegerischen Fähigkeiten zur Schau. Die dafür nötigen Truppenbewegungen werden auch über nordrhein-westfälisches Gebiet geführt. Im Falle der Nutzung von Straßen oder Schienen, die über Dortmunder Gebiet führen, legt die Stadt keine über ihre Pflichten hinausreichende freiwillige oder unterstützende Kooperation an den Tag.

Die Linke fordert, den Menschen zuzuhören, die aus Kriegsgebieten in unsere Kommune geflüchtet sind, und sie als wichtige Augenzeug*innen in die kommunale Friedensarbeit miteinzubeziehen. Mit migrantischen Selbstorganisationen arbeiten wir in Solidaritätsprojekten für politisch Verfolgte und/oder Kriegs- und Bürgerkriegsopfer zu-

sammen. Als das verheerende Erdbeben die Südtürkei und Nordsyrien erschütterte, setzte unsere Linksfraktion im Rat durch, dass neben den vorwiegend sozialdemokratisch geprägten Regionen der Südtürkei auch das kurdische autonome Rojava von Dortmund aus mit Hilfslieferungen unterstützt wurde.

Die Linke sagt: Wir dulden weder Gewaltverherrlichung noch Relativierung von Kriegsverbrechen oder Verletzungen von Völker- und Menschenrecht. Unsere Haltung zu den Menschenrechten ist eindeutig: Die Linke steht immer an der Seite derjenigen, denen ihre Menschenrechte vorenthalten werden.

Demokratie und Transparenz

Das Wort Kommune stammt von dem lateinischen „communis“, was übersetzt „gemeinschaftlich“ bedeutet. Ursprünglich sollten die Bürger*innen gemeinsam über die Zukunft der Gesellschaft entscheiden. Seit Jahren erleben wir allerdings eine Politik, die sich häufig gegen die Interessen und Bedürfnisse der ein-kommensarmen Menschen in dieser Stadt richtet.

Die Linke kämpft für das Recht aller Einwohner*innen, selbstbestimmt zu leben und sowohl wirtschaftlich als auch politisch zu partizipieren. Dazu sind mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kommune und die volle Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen nötig.

Die Linke fordert, dass die Einwohner*innen vor Ort in den politischen Diskurs integriert werden, damit sie über ihre Zukunft mitentscheiden können. Dafür brauchen die Menschen umfassende Informationen und bessere, direkte Entscheidungsmöglichkeiten wie Bürger*innenbegehren und -entscheide.

Die Linke setzt sich auch für eine Ver-ringerung der bürokratischen Hürden ein.

Bei zentralen Fragestellungen für die Zukunft Dortmunds wird Die Linke Ratsbürgerentscheide einfordern.

Die Linke lehnt Verwaltungsstruktur-reformen ab, die zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben oder zur Ver-lagerung von Lasten auf die Kommunen führen oder die ausschließlich darauf zielen, Personal abzubauen. Wir sagen deshalb ganz klar, dass wir uns für Ver-besserungen für die Einwohner*innen der Stadt einsetzen. Diese Verbesserungen dürfen nicht zu Lasten der Angestellten in der Verwaltung gehen, indem ihre Gesundheit durch Über- oder Fehl-belastung gefährdet wird. Ein sinnvolles Instrument ist hier die Belastungsanalyse, die das Arbeitsschutzgesetz fordert. Hier wird die Belastung objektiv festgestellt, und der Personalrat wird eingebunden.

Für Die Linke sind Politik vor Ort und Bürger*innennähe unverzichtbar. Wir hören zu und fragen in den Bezirksver-tretungen und im Rat kritisch nach.

Die Linke arbeitet mit Bürger*innen-initiativen und anderen Nichtregierungs-organisationen (NGOs) in Dortmund zu-sammen und versucht, ihnen eine parlamentarische Stimme zu geben.

Die Linke fordert:

- Mehr Rechte für die Kommunen gegenüber Bund und Land,
- eine Verbesserung der Bürger*innen-Informationen und mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen. Mehrsprachige Informationen sollten selbstverständlich werden.
- Eine Beseitigung der Schattenhaushalte, wie zum Beispiel beim Sondervermögen,
- die systematische Weiterentwicklung der bisherigen Beteiligungsverfahren für den Haushalt der Kommune zu einem echten Bürger*innenhaushalt,
- die besondere Berücksichtigung betroffener Minderheiten bei allen Beteiligungsverfahren.

Kommunaler Ordnungsdienst und Polizei

Kommunalen Ordnungsdienst entwaffnen

Der kommunale Ordnungsdienst (KOD) wurde in den letzten Jahren in vielen Städten massiv aufgerüstet. Mit zunehmender Bewaffnung und dem Einsatz von Hunden treten sie immer bedrohlicher auf. Besonders oft richten sich ihre Maßnahmen gegen obdachlose Menschen, die sie von ihren Schlafplätzen vertreiben

und mit Bußgeldbescheiden belegen. Durch ihre Uniformen, die sich nur durch den Schriftzug von der Polizei unterscheiden, verstärkt sich für Betroffene das Gefühl von Kontrolle und Bedrohung. Zusätzlich werden an vielen Orten private Sicherheitsdienste eingesetzt, die ebenso übermäßig gegen arme und wohnungslose Menschen vorgehen.





Die Linke fordert:

- Die Entwaffnung des KOD: Der KOD sollte keine Schlagstöcke und kein Pfefferspray mit sich führen. Erst recht stellen wir uns gegen Bodycams, Taser oder Hundestaffeln.
- Eine klare Unterscheidbarkeit von der Polizei. Die Uniformen des KOD müssen auf den ersten Blick von denen der Polizei unterschieden werden können, z. B. durch die Verwendung einer anderen Farbe.
- Keinen Einsatz privater Sicherheitsdienste. Sie haben im Schutz des öffentlichen Raums nicht verloren.

Kriminalisierung von Armut beenden

Das Instrument der ordnungsbehördlichen Verfügung ist ein kommunales ordnungs-politisches Mittel, das in vielen Kommunen genutzt wird, um Armut zu kriminalisieren. Besonders deutlich zeigt sich das in Verboten, auf öffentlichen Flächen zu campieren oder zu übernachten, sowie in Regelungen, die das Liegen auf

öffentlichen Bänken untersagen, oft getarnt durch Formulierungen wie „Sitzmobilial entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“. Dies richtet sich explizit gegen obdachlose Menschen, die keine andere Möglichkeit haben, als auf der Straße zu übernachten. Wir fordern, dass diese Kriminalisierung endlich beendet wird!

Die Linke fordert folgende Streichungen aus der ordnungsbehördlichen Verordnung:

- „Verbot von Campieren und Übernachten“,
- „Sitzmobilial entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“,
- alle armutskriminalisierenden Abschnitte.

Gegen Polizeigewalt

Polizei ist Landessache, doch die dort getroffenen Entscheidungen wirken sich direkt auf die Kommunen aus. In NRW sterben besonders häufig Menschen bei Polizeieinsätzen. Allein im Jahr 2024 wurden sieben Menschen von der Polizei getötet. Nur in seltenen Fällen kommt es anschließend zu einem Prozess – meist bleibt es für die beteiligten Beamte*innen ohne Konsequenzen.

Polizeieinsätze enden besonders häufig tödlich, wenn Menschen sich in psychischen Ausnahmesituationen befinden.

Wir fordern ein Notfallteam aus psychologisch geschultem Personal, das in Fällen psychischer Ausnahmesituationen mit der Polizei zum Einsatz fährt und de-

skalierend tätig ist. Der Einsatz von Tasern in den größeren Städten gefährdet die Menschen zusätzlich. Taser sind eine potenziell tödliche Waffe, vor denen das UN-Komitee gegen Folter warnt.

Gerade in benachteiligten Stadtteilen geht die Polizei oft besonders brutal vor, während sie gleichzeitig Anzeigen der Bewohner*innen weniger ernst nimmt. Wir fordern, dass die Polizei sich für ihre Arbeit vor kommunalen Vertreter*innen und der Öffentlichkeit verantworten muss. Videoüberwachung lehnen wir grundsätzlich ab. Sie schafft keine Sicherheit, sondern verlagert Kriminalität allenfalls.

Die Linke fordert:

- Die Beendigung von Tasereinsätzen,
- ein Pilotprojekt zur Zusammenarbeit der Polizei mit psychiatrischen Kliniken bei Menschen in psychischen Ausnahmesituationen,
- das Ende der Videoüberwachung.

Klima, Umwelt und Artenschutz



Klimakatastrophe verhindern, **Klimagerechtigkeit schaffen**

Der Klimawandel bedroht die Zivilisation, so wie wir sie kennen, in ihren Grundfesten. Um die Auswirkungen der Klimakatastrophe abzumildern, müssen wir schnell handeln. Bereits jetzt sind mehrere unumkehrbare Kipppunkte erreicht, die eine Kettenreaktion auslösen können. Alle Emittenten von Treibhausgasen müssen dringend handeln – dazu gehört auch die Stadt Dortmund.

Die Linke hat den Gedanken der Umweltgerechtigkeit in die Beobachtungssysteme des Regionalverbandes Ruhr eingebbracht. Meist sind die Umweltbelastungen dort besonders hoch, wo Menschen mit niedrigem Einkommen wohnen.

Dies will Die Linke ändern und alle Menschen vor Umweltbelastungen schützen. Bereits im Landschaftsplan für Dortmund konnte die Linksfraktion viele wichtige Punkte in der Flächenpolitik der Stadt verankern. Doch die Umsetzung bleibt bislang hinter den Erwartungen

zurück – vor allem aufgrund massiven Personalmangels im Umweltamt. Auch das dringend benötigte Biodiversitätskonzept stagniert seit Jahren. Die Linke fordert ein personell und finanziell deutlich besser ausgestattetes Umweltamt. In diesem Sinne wollen wir uns auch in der kommenden Wahlperiode für den Erhalt von Freiräumen und Natur, für saubere Luft, sauberes und für alle Menschen verfügbares Trinkwasser und eine von Lärm frei gehaltene Umgebung einsetzen.

Klimaziele bisher nicht erreicht

Dortmund hat seine Klimaziele bisher nicht erreicht. Auf Initiative der Linksfaktion wurde die Verwaltung angewiesen, Klimaneutralität bereits im Jahr 2035 zu erreichen – also deutlich früher, als die Ampelregierung dies wollte. Um dies zu schaffen, müssen alle relevanten Bereiche mit einbezogen werden: Wärme, Stromerzeugung und -verbrauch, Verkehr, Landwirtschaft, Industrie und private Haushalte. Dabei darf Klimaschutz nicht zulasten ärmerer Menschen gehen. Die Linke fordert daher eine sozial-ökologische Wende sowohl in Deutschland als auch in Dortmund, und zudem die Ausrufung des Klimanotstands. Die Situation ist ernst und dies muss anerkannt werden. Die Klimakatastrophe muss entschieden bekämpft werden.

Die Linke fordert:

- Die Entwicklung von mehr Waldgebieten in Dortmund. Vorhandene Wälder sollen geschützt und aufgeforstet werden. Das unter unserer Beteiligung erstellte neue ökologische Waldkonzept für Dortmund ist ein Meilenstein für die nächsten Jahrzehnte, der sowohl die Biodiversität fördern als auch durch eine höhere Baumdichte massiv CO₂ binden wird. Naturnahe Wälder sind nicht nur artenreicher, sondern auch widerstandsfähiger gegenüber Dürren und Krankheiten als Baumplantagen zur Holzgewinnung. Wir fordern deshalb die konsequente Umsetzung des ökologischen Waldkonzeptes für Dortmund. Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht zu Lasten von Flora und Fauna gehen.
- Das Vorantreiben der längst überfälligen Verkehrswende als eine große Möglichkeit, viele Treibhausgase einzusparen.

Wir lehnen zudem die einseitige Versteuerung von Verbrauchsgütern ab. Regeln müssen für alle gelten, und Klimaschutz darf keine Frage des Einkommens sein. Es darf nicht sein, dass sich Besserverdienende und Wohlhabende klimaschädliches Verhalten weiterhin leisten können, während Menschen mit wenig Einkommen belastet werden. Zudem der ökologische Fußabdruck der wohlhabenden Haushalte um ein Vielfaches größer ist als der von geringverdienenden. Deshalb fordert Die Linke

verbindliche, für alle geltende Regeln statt einer rein marktbasierter Anreizpolitik.

Anpassungen an die Folgen des Klimawandels

Eine Folge des Klimawandels ist die Zunahme von Extremwetterereignissen wie schweren Stürmen, Dürreperioden, Hitzewellen, Starkregenereignisse und Überschwemmungen. Darauf muss sich die Stadt Dortmund einstellen.

Die Linke fordert:

- Eine stetige Überprüfung der klimatischen Auswirkungen der städtischen Raumplanung. Starkregen darf nicht zu vollgelaufenen Kellern führen, sondern muss in Regenwasserauffangbecken und Überflutungsflächen geleitet

werden und zwecks Auffüllung des Grundwassers über einen längeren Zeitraum versickern können.

- Das konzentrische Freiraummodell zur Frischluftversorgung der Stadt darf nicht ständig durch immer neue Baumaßnahmen unterlaufen werden.
- Die Erhaltung von Freiflächen. Wir stellen uns klar gegen die zunehmende Versiegelung durch Gewerbegebiete, Parkraum und sonstige Baumaßnahmen. Wo immer möglich, sollen versiegelte Gebiete wieder geöffnet werden.
- Gründächer und Fassadenbegrünungen müssen bei Neubauten Standard werden. Gründächer speichern Wasser und können das Ausmaß von Starkregenereignissen mildern. Außerdem kühlen sie durch die Verdunstung des gespeicherten Wassers die Umgebung. Fassadenbegrünungen verschatten Hausfassaden und sorgen so für sommerliche Kühle. Außerdem sind sie ein wichtiger Baustein für die Stadtökologie.
- Wo eine Begrünung von Dächern und Fassaden aus baulichen Gründen nicht möglich ist, sollen sogenannte *kühle Dächer* und Fassaden gefördert werden. Diese wirken durch eine besonders stark reflektierende Beschichtung der Erhitzung des Stadtklimas entgegen – wie es beispielhaft auf der Insel Santorini zu beobachten ist.
- Hitzeinseln müssen vermieden werden. Grünflächen mit ihrer kühlenden Wirkung sind vor Bebauungsansprüchen zu schützen.
- Bei der Abschätzung umwelt- und klimaschädlicher Folgen muss nicht nur der Einfluss auf Dortmund, sondern die Gesamtbilanz beachtet werden.

Freiräume erhalten und schaffen

Dortmund ist eine Großstadt mit hohem Grünflächenanteil – das ist gut so und wir als Linke wollen, dass es so bleibt. Deshalb soll der Flächenfraß für motorisierten Individualverkehr, Wohn-eigentum und Gewerbe sofort und dauerhaft auf Null reduziert werden. Das ist ohne Nachteile für die Stadtentwicklung möglich, da der Niedergang der alten Industrien viele Industriebrachen hinterlassen hat. Die Linke fordert, dass diese Flächen saniert und neuer Nutzung zugeführt werden. Dazu sind nach dem Verursacherprinzip die ehemaligen Nutzer*innen heranzuziehen. Neubauten müssen stadtökologischen und kleinklimatischen Anforderungen entsprechen, die in der Bauleitplanung festzuschreiben sind.

Die Linke ist gegen die Privatisierung öffentlicher Parkanlagen und innerstädtischer Freiflächen wie des Fredenbaumparks oder des Westparks. Die innerstädtischen Parks erfüllen wichtige Funktionen für die Freizeitgestaltung, aber auch für die Klimaanpassung und den Artenschutz.

Stadtentwicklung

Die Linke will die Chancen der großen Stadtentwicklungsprojekte in der kommenden Wahlperiode nutzen. So bieten etwa die Internationale Gartenausstellung und die Pläne für die Entwicklung eines neuen Quartiers für Forschung und Wohnen auf der ehemaligen Fläche von Hoesch Spundwand und Profile (HSP) sowohl Potenziale als auch Risiken.



© joergkessler1967 – Pixabay

Die Linke fordert:

- Auf der Fläche von HSP müssen Wohnen und Wissenschaft Hand in Hand gehen. Dabei ist eine konsequente Begrünung des neuen Quartiers auf der HSP-Fläche anzustreben. Auch ist unbedingt die 25 %-Regelung für den sozialen Wohnungsbau einzuhalten. Logistikflächen dürfen auf der Fläche nicht genehmigt werden. Dortmund hat im Bereich Logistik ausreichend Kapazitäten geschaffen. Aus unserer Sicht ist damit der Endausbauzustand erreicht.
- Die Nutzung der Internationalen Gartenausstellung, um neue Wegeverbindungen für den Rad- und Fußverkehr zu entwickeln. Insbesondere eine direkte Radverbindung zwischen Huckarde und der Nordstadt gilt für uns als gesetzt.
- Kein interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Groppenbruch. Ebenso sprechen wir uns gegen Gewerbegebiete auf dem Buddenacker, der Brechtener Niederung und im Landschaftsschutzgebiet südlich von Asseln und Wickede aus.
- Keine weitere Bebauung des Grünzuges am Steinsweg in Dortmund-Oespel.

Entsorgung: Schöner ohne Müll

Die Linke will die Angebote zur Abfallbe seitigung ausweiten – wenn öffentliche Mülleimer regelmäßig überfüllt sind, zeigt das, dass Größe und Leerungsintervall nicht mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Nutzer*innen übereinstimmen. Verschmutzungen im öffentlichen Raum müssen zügig beseitigt werden.

Wir fordern zudem, in festen Abständen kostenlose Sperrmüll-Abholaktionen durchzuführen, um wilden Müllkippen in Wohnquartieren, aber auch in der Natur und der Umwelt vorzubeugen. Damit möglichst viele Bürger*innen von diesen Aktionen erfahren, soll die Bekanntmachung der Termine optimiert werden. Den Einsatz von Mülldetektiven in prekären Stadtteilen lehnen wir ab.

Erkrankungen und damit zu verfrühtem Tod führen kann. Anstatt die Situation zu verbessern – zum Beispiel an der Steinstraße –, wird durch die Vergrößerung des Fernbusbahnhofs und zusätzliche Parkflächen weiterer Verkehr geplant. Oft wird auch Verkehr an den gemessenen, hochbelasteten Orten vorbei geleitet.

Das hat lediglich eine Verteilung der Emissionen zur Folge; insgesamt wird die Luft dadurch nicht besser. Umweltzonen sind grundsätzlich zu begrüßen, aber in ihrer Wirkung für den belasteten Innenstadtbereich zu schwach. Allgemein will Die Linke Fahrverbote durch Einhaltung der Grenzwerte überflüssig machen.

Saubere Luft

Die Dortmunder Luft ist ungesund. Die Grenzwerte für Stickoxide werden überschritten, was zu Atemwegsbeschwerden, Asthma, Herz-Kreislauf-

Die Linke fordert:

- Eine Ausweitung der Umweltzone Ruhr auch entlang der Hellwegachse weiter nach Osten.
- Die Überwachung der Luftqualität in Dortmund an mehr Stellen. An Straßen wie der Mallinckrodtstraße werden Grenzwertüberschreitungen derzeit nicht gemessen und können somit auch nicht in die Verkehrsplanung einfließen, und die Bewohner*innen können nicht vor der Belastung geschützt werden.

- Ein attraktives Angebot durch ÖPNV und kostenfreie Park & Ride-Plätze, das die Innenstadt von Autos spürbar entlasten kann. In der vorherigen Wahlperiode wurde mit den Stimmen der Linksfaktion der Grundsatzbeschluss zur emissionsfreien Innenstadt gefasst. Der Wall sollte künftig zu einer kreisförmigen Flaniermeile mit Cafés, Diskotheken, Straßentheatern, Ateliers und anderem werden. Der Radverkehr ist hier auf eigenen Spuren auszubauen.

Wasserqualität

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel überhaupt. Die Wasserqualität in Dortmund ist derzeit recht gut. Die Linke begrüßt die kostenintensiven Bemühungen der zuständigen Wasserwerke um eine Sanierung und Modernisierung ihrer Anlagen. Der Einsatz von Partikelfiltern – wie am Rhein – könnte zu einer weiteren Verbesserung führen. Industriechemikalien, Medikamente und Mikroplastik gehören nicht ins Trinkwasser. Auch aus Grundwasserschutz-Sicht lehnt Die Linke den Bau von Mastanlagen ab. Die Linke fordert die Sanierung der Anlagen und den Einsatz modernster Technik, wie sie am Rhein eingesetzt wird. Die meisten Wasseraufbereitungsanlagen gehören zu den Beteiligungsunternehmen der Stadt Dortmund. Doch hier ist auch das Land gefragt, endlich einen klaren Rechtsrahmen für Sanierungen zu schaffen und Kostenzuschüsse zu gewähren. An vielen Stellen ist der Dortmunder Boden durch Grundwasser gefährdende Industriechemikalien belastet. Die Linke fordert hier Bodensanierungen nach dem Verursacherprinzip. Bestehende Unter-

nehmen müssen effektiv überwacht und auch ältere Gebiete weiterhin streng kontrolliert werden.

Lärmvermeidung

Inzwischen ist auch durch wissenschaftliche Studien hinreichend gesichert, dass Lärm krank machen kann. Deswegen fordern wir als Linke, die Erkenntnisse des Lärmaktionsplanes konsequent umzusetzen. Für stark verlärmtte Wohngebiete müssen zunächst passive Lärmenschutzvorrichtungen realisiert werden. Langfristig ist durch eine spürbare Verringerung des motorisierten Individualverkehrs und der Güterverkehre für niedrige Geräuschpegel zu sorgen. Ein beträchtlicher Lärmverursacher ist auch der Dortmunder Flughafen. Die Linke fordert deshalb eine strikte Einhaltung des Nachtflugverbotes.





Eine gerechte **Energiewende**

Die Linke will, dass die Nutzung fossiler Energieträger so schnell wie möglich beendet wird, was vor allem Braunkohle und Steinkohle einbezieht. Zudem muss auch der Betrieb von Kraftwerken mit Erdgas oder gar mit importiertem Flüssiggas (LNG aus Fracking) schnellstens beendet werden.

Wir fordern darüber hinaus, dass Wasserstoff, insbesondere grüner Wasserstoff, nur dort eingesetzt wird, wo er unverzichtbar ist und keine praktikablen Alternativen existieren. Dies betrifft vor allem langfristige Energie-speicherung und industrielle Prozesse wie die Stahlproduktion.

Eine weitere Forderung ist, dass keine kommunale Wärmeplanung auf Basis von Gas erfolgen darf. Stattdessen muss die Stadt Dortmund von Anfang an auf erneuerbare und nachhaltige Wärme-quellen setzen. Die Planung neuer Gas-infrastrukturen, die später auf Wasserstoff (H₂) umgestellt werden sollen, lehnen wir entschieden ab, da dies nur eine Verlängerung der Nutzung fossiler Energieträger bedeutet.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sich die politischen Voraus-setzungen grundlegend ändern – ins-besondere die Gesetze von Bund und Land sowie sonstige ordnungspolitische Rahmenbedingungen. So könnten auch im kommunalen Bereich neue Maß-nahmen eröffnet werden. Dennoch muss

auch die Kommunalpolitik bereits jetzt alle Möglichkeiten nutzen, die den Weg zu 100 % erneuerbaren Energien öffnen.

Energiewende in Dortmund

Die Linke fordert, dass sich alle kommunalpolitischen Entscheidungen an dem Ziel orientieren, bis 2030 den voll-ständigen Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft zu erreichen. Die DEW21 soll den Anteil des selbst er-zeugten Stroms sowie den Anteil er-neuerbarer Energien so weit wie möglich erhöhen – mit dem Ziel, schnellstmöglich klimaneutral zu werden. Dabei sollten de-zentrale Lösungen bevorzugt werden, um Transportverluste zu minimieren und einen hohen Wirkungsgrad zu erhalten. Der Ausbau der Solarenergie und die Er-richtung von (dezentralen) Speichern kann hierbei eine wichtige Rolle spielen. Entscheidend ist allerdings, dass endlich die gesetzlichen Restriktionen fallen, die sowohl der Errichtung von Quartiers-speichern als auch der massenhaften Entwicklung von Mieter*innen-Strom-modellen im Wege stehen.

Das enorme Potenzial der Sonnen-energie, das vor allem die Dächer städtischer Gebäude und kommunaler Betriebe bieten, muss zügig und um-fassend ausgeschöpft werden. Auch auf privaten Gebäuden muss die Installation von Solaranlagen vorangetrieben werden. Beim Neubau von Gebäuden ist der Passivhausstandard anzustreben.

Gleichzeitig muss auch im Bestand die Verbesserung der Energiebilanz vorangetrieben werden, unter anderem durch den Einsatz regenerativer Energieträger.

Die Förderung für steckerfertige Balkonkraftwerke im Jahr 2023 stieß auf großes Interesse. Doch anderthalb Jahre später wurden aufgrund von Personalmangel nur etwa 10 % der bewilligten Beträge an Antragsteller*innen ausgezahlt. Dieses Vorgehen schädigt das Vertrauen in die Stadt Dortmund und lässt Bürger*innen mit den Kosten allein. Die Förderung für Steckersolaranlagen muss daher ausgeweitet und das Dienstleistungszentrum Energieeffizienz und Klimaschutz (DLZE) breiter aufgestellt werden, damit zugesagte Förderungen schnell ausgezahlt und künftige Maßnahmen effizient umgesetzt werden können.

Die Linke unterstützt die Strategie des Aufbaus einer Nahwärmeversorgung für Dortmund, die möglichst schnell auf erneuerbaren Energien basieren soll, einschließlich der Nutzung industrieller Abwärme. Außerdem setzen wir uns für die Einführung einer Fachschule für Zukunftsenergien am Berufskolleg ein, damit junge Dortmunder*innen sich für den Einsatz in diesen neuen Technologien qualifizieren können.

Energie muss bezahlbar bleiben

Immer mehr Menschen sind kaum noch in der Lage, ihre Energie- und Wasser Kosten zu bezahlen. Die Linke fordert deshalb, dass es auch künftig grundsätzlich keine Zwangssperren durch die

DEW21 wegen Zahlungsrückständen geben darf. Wir erkennen an, dass die DEW21 in letzter Zeit bereits Schritte unternommen hat, um solche Abschaltungen zu vermeiden. Dennoch sind weitere Maßnahmen zur Entlastung von Privathaushalten mit niedrigen Einkommen erforderlich. Dazu gehört auch ein Ende der Entlastungen von Großverbrauchern, die bislang auf die übrigen Verbraucher*innen umgelegt werden. DEW21 sollte prüfen, ob eine progressive Tarifgestaltung möglich ist, bei der der Grundbedarf an Energie und Wasser preisgünstig bleibt und höhere Verbräuche entsprechend stärker bepreist werden. Uns ist bewusst, dass der Wettbewerb mit privaten Energieanbietern hier Grenzen setzt. Auch wenn gesetzliche Regulierungen hier helfen könnten, spricht alles dafür, die Energieversorgung der Stadt in öffentliche Hand zu überführen und so dem Zugriff profitorientierter Konzerne zu entziehen.

Die Linke fordert Unterstützung von Land und Bund zur Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Wärmewende (siehe auch: Kapitel 1. Wohnen).

Rekommunalisierung von DEW21

Die Linke tritt für die vollständige Rekommunalisierung der Dortmunder Energieversorgung ein. Zwar konnte 2014 durch politischen Druck der kommunale Anteil an DEW21 von 53 auf 60,1 % erhöht werden, was für die Stadtwerke eine gewinnbringende Investition gewesen ist. Dies genügt jedoch nicht. Wir lehnen jegliche Beteiligung von

privaten Energiekonzernen (wie RWE, Innogy oder E.ON) an DEW21 ab. Stattdessen wollen wir, dass DEW21 zu 100 % in städtisches Eigentum überführt wird.

RWE-Aktien

Die Linke fordert den unverzüglichen Verkauf der 23,6 Millionen RWE-Aktien, die derzeit von den Stadtwerken gehalten werden. RWE hat die komplette Stromerzeugungssparte in ihren eigenen Kraftwerkspark eingegliedert. Ziel des Konzerns ist es, den Betrieb seiner Kohlekraftwerke möglichst lange aufrechtzuerhalten und sich deren Abschaltung später durch überhöhte Entschädigungen aus dem öffentlichen Haushalt teuer bezahlen zu lassen. Die Dortmunder Stadtwerke dürfen sich an diesem Geschäft nicht beteiligen. Auch die enge und problematische Zusammenarbeit zwischen RWE und der Landesregierung – etwa im Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau am Hambacher Wald – macht deutlich, dass eine öffentliche Beteiligung an diesem Konzern nicht vertretbar ist.

Atomenergie

Rund um Dortmund fahren Castoren mit hochradioaktivem Material in Richtung der Urananreicherungsanlage im münsterländischen Gronau. Eine viel genutzte Bahntrasse durch Lünen führt bis auf vier Kilometer an die Dortmunder Stadtgrenze heran. Bei einem Unfall droht Lebensgefahr. Das transportierte Uranhexafluorid kann bei Kontakt mit Wasser zu hochgiftiger Flussäure werden. Die Linke fordert daher die Einstellung dieser Transporte von radioaktivem Material. Stattdessen soll die Anlage in Gronau geschlossen werden. In Gronau wird Uran angereichert, um Brennstäbe für Atomreaktoren herzustellen. Ebenso ist die Anlage die Voraussetzung für die Produktion einer deutschen Atombombe. In Zeiten der zunehmenden Militarisierung der deutschen Außenpolitik kommt dieser Anlage große Bedeutung zu.

Die Linke fordert:

- Keine deutsche Atombombenentwicklung.
- Beendigung der Urananreicherung im Münsterland.

Stabilität unserer Ökosysteme erhalten

Auf Antrag der Linksfraktion wurde im Rahmen der Klimadebatte der Erhalt der Artenvielfalt als Daueraufgabe in den Ratsvorlagen etabliert. Hier gilt es, auch soziale Auswirkungen nicht außer Acht zu lassen. Das Insektensterben, der Rückgang von Brutvögeln und das Absterben heimischer Baumarten auch in Dortmund

bieten Anlass zur Sorge um die Stabilität unserer Ökosysteme. Auch das Massenauftreten einzelner Arten wie dem Eichenprozessionsspinner oder dem Borkenkäfer ist ein Hinweis für problematische Entwicklungen (siehe auch: Kapitel 6.4. Tierschutz).

Die Linke fordert:

- Auf größeren Ackerschlägen müssen feste Wild- und Insektenbeschutzstreifen angelegt werden, um Flora und Fauna Rückzugsorte zu bieten. Diese sollten, wenn möglich, durch Photovoltaik-Module überdacht werden, die Studien zufolge zu einer beschleunigten Erholung der Artenvielfalt beitragen können und zugleich eine Nutzung der Fläche zur Energiegewinnung ermöglichen. In diesem Zusammenhang setzt sich Die Linke außerdem für Machbarkeitsstudien zum Thema „Agri-Photovoltaik“ auf den der Stadt Dortmund zugehörigen Nutzflächen ein.
- Schützenswerte Flächen im Stadtgebiet sollen konsequent als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Bestehende Schutzgebiete sind zu vernetzen und durch stadtökologische Maßnahmen zu verbessern und zu sichern (ein Beispiel hierfür ist der Biotopverbund aus dem Naturschutzgebiet Groppenbruch und dem renaturierten Herrentheyer Bach in Dortmund-Mengede).
- In den Dortmunder Naturschutzgebieten müssen deutlich mehr Flächen für die natürliche Waldentwicklung ausgewiesen werden. Das neue ökologische Waldkonzept ist konsequent umzusetzen.

- Der neue Wickeder Waldsee muss unter Naturschutz gestellt werden
- Die Internationale Gartenausstellung (IGA) im Jahr 2027 soll zu einer Grünvernetzung zwischen dem Dortmunder Norden und dem Süden entlang dem renaturierten Lauf der Emscher genutzt werden.
- Die Wirksamkeit ökologischer Ausgleichsmaßnahmen soll einer stärkeren Kontrolle unterzogen werden. Der Ausgleich sollte in räumlicher Nähe zur auszugleichenden Maßnahme erfolgen.

Stadtökologie

Im Siedlungsbereich gewinnen ökologische Themen zunehmend an Bedeutung. Die mit Stimmen der Linksfaktion in der Wahlperiode 2020-2025 beschlossenen Dachbegrünungen zur Vermeidung von Hitzeinseln sind nur

eines von vielen Beispielen. Eine ähnliche Regelung streben wir auch für so genannte Steingärten an, die künftig wieder zu unversiegelten, ökologisch sinnhaften Flächen werden sollten.

Die Linke fordert:

- die Entsiegelung von Flächen zugunsten des Grundwasserhaushaltes,
- ein Programm zur Fassadenbegrünung im Innenstadtbereich,
- eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Straßenbäume. Ein Blätterdach kühlst die Straßenzüge und sorgt für frische Luft. Bei der Auswahl der Straßenbäume sollen verschiedene Baumarten gemischt werden, um der Verbreitung von Schädlingen entgegenzuwirken. Es ist auf die Anpflanzung klimaresistenter Arten zu achten.
- Den Einsatz von städtischem Personal wie der Feuerwehr, um Straßenbäume in Dürreperioden mit dem benötigten Wasser zu versorgen. Sollten die gegenwärtigen Dürrezeiten sich

langfristig bestätigen, sind fest montierte Bewässerungssysteme zu erbauen.

- Die Pflanzung von mindestens drei Ersatzbäumen bei Baumfällungen im Straßenraum.
- Die Auflage eines Programms zur Ansiedlung von Vögeln und Fledermäusen durch den Einsatz von Nisthilfen und Übernachtungsplätzen auf städtischen Grünflächen und in Parks. Es sollen zudem Bereiche für Wildblumen vorgesehen werden, die als Nahrungsquelle für Tiere dienen können.
- Die Renaturierung und den Schutz von Gewässern.

Grünes Band Dortmund-Ost

Im Dortmunder Osten befindet sich der größte Naturraum Dortmunds mit einer herausragenden Artenvielfalt. Die Linke tritt für ein Natur- und Freizeitgebiet Dortmund-Ost ein. Dazu sollen die bestehenden Gebiete Wickeder Ostholtz, Wickeder Westholz, Buschei / Alte Körne, Kurler Busch bis hin zum Lanstroper See durch Aufforstung und Landschaftspflegemaßnahmen sinnvoll miteinander verbunden werden. Die Linke konnte hier bereits viel erreichen: Der für den Vogelschutz wichtige Pleckenbrinksee ist unter

Naturschutz gestellt worden. Nun soll auch der neue Wickeder Waldsee ebenfalls in Gänze unter Naturschutz gestellt werden.

Doch gibt es auch Bedrohungen für die Natur und Erholungsräume im Dortmunder Osten, wie z. B. die geplante Schnellstraßenbau L663n (OWIIIa). Hier konnte für die abgelaufenen Wahlperiode ein Planungsmoratorium (Aufschub) erreicht werden. Die Linke fordert, diese Pläne für den Bau einer Schnellstraße endlich dauerhaft aufzugeben.

Die Linke fordert:

- die dauerhafte Sicherung der Naturschutzgebiete Buschei und Alte Körne im Stadtbezirk Scharnhorst. Bebauungen am Rand der Naturschutzgebiete sind zu unterlassen.
- Keine Zulassung für Anlagen zur Massentierhaltung. Ein abschreckendes Beispiel ist die Planung einer Bullenmast an der Greveler Straße als Barriere zwischen zwei Naturschutzgebieten.

- Eine Orientierung der Dortmunder Bäuer*innen in Richtung des ökologischen Landbaus.
- Die Förderung begrünter Ackerrandstreifen zur Biotopvernetzung.
- Die Entwicklung eines interkommunalen Naturschutzgebietes mit der Stadt Kamen unter Einbeziehung von Wickeder Ostholz, Pleckenbrinksee und Wickeder Waldsee.

Jagd

Die Linke steht an der Seite der Naturschutzverbände, die seit langem eine Beendigung der Jagd in NRW fordern. Das Töten von Wildtieren stellt im Regelfall einen Eingriff in den Naturhaushalt dar. Ausnahmen sind bei massivem Auftreten invasiver Neozoen möglich (Waschbär, Nutria), sofern andere Maßnahmen wirkungslos bleiben.

Ebenso wollen wir Schwarzwild nicht radikal abschießen lassen, um die Tiere aus dem Dortmunder Stadtgebiet heraus-

zuhalten, wie es derzeitig Praxis ist. Stattdessen sollten dort, wo Schwarzwild Schaden anrichten kann, schonende Methoden der Vergrämung eingesetzt werden. Der Einsatz von Chili beispielsweise hält auch den hartgesottensten Eber fern.

Wald und Flur sind keine Bereiche für eine Nutztierhaltung. Winterfütterungen für Rotwild lehnen wir ab. Darüber hinaus fordern wir eine ganzjährige Schonzeit in den Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten.

Respektvoller Umgang mit Tieren

Tierschutz ist wichtig – nicht nur im Zusammenhang mit den bereits beschriebenen Auswirkungen des Klimawandels, wie dem massiven Insektensterben, das unsere Nahrungs-

grundlage gefährdet, oder dem dramatischen Rückgang von Brutvögeln, vor allem der Feldfauna in Dortmund. Auf Initiative der Linksfaktion soll in der Dortmunder Stadtverwaltung deshalb ein

Biodiversitätskonzept erstellt werden. Wir fordern hier eine bessere personelle Ausstattung.

Darüber hinaus konnte Die Linke in den vergangenen Jahren zahlreiche kleine, aber bedeutende Erfolge im Bereich des Tierschutzes erzielen. Dazu zählt die Rettung des Brutstandorts Dortmund für den Rotmilan, als dieser in Westfalen kurz vor dem Aussterben stand. Auch die Beauftragung einer Tierschutzbeauftragten, die Verbesserung der Bedingungen im städtischen Tierheim sowie die Anschaffung von Inkubatoren für verletzte oder unterernährte Igel sind auf unsere Initiative zurückzuführen.

Dennoch muss festgestellt werden, dass sich seit der Novellierung des Tierschutzgesetzes 2013 und der damit verbundenen Aufnahme des Tierschutzes als

Staatsziel für die Tierwelt nicht viel verbessert hat. Besonders die sogenannten Nutztiere werden weiterhin Vermarktung und Profitstreben unterworfen. Linke Politik will hier mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern, denn der staatliche Schutzauftrag darf sich nicht allein auf den Menschen beschränken. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Zudem wollen wir Schinderei und quälische Haltungsformen beenden – im Wissen darum, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 % artgerecht sein kann. Wir verlangen gerade deswegen, dass ein respektvoller Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

Die Linke fordert:

- keinerlei Erweiterung von Mastanlagen und Schlachtfabriken,
- ein Verbot von Zirkusgastspielen mit Wildtieren und Ponykarussells,
- verstärkte Kontrollen durch die Veterinärmedizin.

Kein Jagdtourismus in Dortmund

Die Messe *Jagd & Hund* vermarktet weiterhin Jagdreisen für den Abschuss geschützter Tiere wie Elefanten, Nashörner und Löwen. Besonders problematisch sind Reisen zur Jagd auf

europäische Zugvögel, die in Deutschland streng geschützt sind. Die Linke lehnt diese Form der Trophäenjagd entschieden ab und setzt sich deshalb für die folgende Ziele ein.

Die Linke fordert:

- Verbot der Vermarktung von Trophäenjagdreisen auf der Messe Jagd & Hund,
- keine Werbung für in Deutschland verbotene Jagdmethoden,
- die Übernahme von Verantwortung durch die Stadt als Messeveranstalterin. Die Argumentation, dass die Messe in diesem Fall an einen anderen Standort abwandern würde, greift ins Leere, da die Messe nicht von privaten Anbietern durchgeführt wird, sondern eine Eigenmesse der Westfalenhallen Dortmund ist.

Ein erster Erfolg in diesem Zusammenhang ist die Gründung einer Ethikkommission der Stadt Dortmund, die auch auf Drängen der Linksfraktion ins Leben gerufen wurde.

Effizienter Amphibienschutz

Wir setzen uns zudem für ein wirksames Schutzsystem für Amphibien ein, um deren Populationen zu erhalten und dem Rückgang bedrohter Arten entgegenzutreten.

Die Linke fordert:

- die Bereitstellung finanzieller und personeller Mittel für Schutzmaßnahmen,
- den Bau von Amphibienschutztunneln an neuen oder zu sanierenden Straßen,
- die Schulung von Personal der Stadtteilwerkstatt zur Sicherstellung kontinuierlicher Schutzmaßnahmen,
- die Verwendung hochwertiger Materialien wie langlebige Amphibienzäune und deren regelmäßige Wartung,
- Temporäre Tempolimits in Amphibienwandergebieten.



Umfassender Insektschutz

Insekten sind essenziell für das ökologische Gleichgewicht. Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit und stabile Nahrungs-

ketten hängen direkt von ihrer Vielfalt ab. Dennoch sind zahlreiche Arten durch Pestizide, Lebensraumverlust und Lichtverschmutzung bedroht.

Die Linke fordert:

- die Reduktion von Pestiziden,
- die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft: Blühstreifen an Feldern, weniger Monokulturen, biodiverser Anbau,
- mehr Lebensraum in Form von Blühwiesen auf öffentlichen Flächen, Parks und Straßenrändern statt monotoner Rasenflächen,
- die Aufklärung und Beteiligung der Bürger*innen durch gezielte Informationskampagnen sowie gemeinschaftliche Stadtprojekte für insektenfreundliche Flächen.

Kommunale Förderung für Artenschutz und Biodiversität

Die Linke setzt sich dafür ein, dass der Artenschutz auf kommunaler Ebene

stärker gefördert wird. Nur durch gezielte Unterstützung von Naturschutzorganisationen und Ehrenamtlichen kann Naturschutz langfristig erfolgreich bleiben.

Die Linke fordert:

- Mehr Förderung für Naturschutzvereine, die sich für Biodiversität einsetzen.
- Mehr Einfluss für den unteren Naturschutzbeirat: Stimmrecht und Antragsrecht in kommunalen Entscheidungsprozessen.
- Die bessere Koordination zwischen Umwelt- und Tiefbauamt, die mit einer frühzeitigen Einbindung in Straßenbauprojekte zum Schutz lokaler Arten einhergehen soll.

Nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung

Nachhaltigkeit muss aktiv umgesetzt werden. Bildung und Zusammenarbeit sind entscheidend, um langfristige Umweltziele zu erreichen.

Die Linke fordert:

- Die Einhaltung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bis 2030: Dortmund muss in Strukturen und interkommunale Zusammenarbeit investieren.
- Einen stärkeren Fokus auf sowie die Bereitstellung von mehr Geldern für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).
- Die Aufklärung über Klimawandel sowie nachhaltiges Handeln.
- Die Förderung von Demokratisierung durch Bildung.
- Die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für ein umweltbewusstes Leben.

Erweiterung des Schutzes für den Igel

Igel leiden am Verlust ihres Lebensraumes und der Biodiversität sowie dem hohen Insektensterben. Zurzeit befinden sie sich

auf der Vorwarnliste zur Gefährdung. Die Linke fordert, dass der Igel als gefährdetes Tier aufgenommen wird, um effektive Schutzmaßnahmen zum Erhalt des Tieres unternehmen zu können.

Finanzen, Arbeit und Digitalisierung



Gerechte Finanzpolitik – **solidarische Kommunalwirtschaft**

Wer eine lebendige Demokratie will, muss auch die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden stärken und verteidigen. Sie ist zwar als elementarer Bestandteil im Grundgesetz verankert, doch die Realität sieht anders aus: Städte und Gemeinden werden seit Jahren finanziell ausgehungert. Bundes- und Landesgesetze übertragen ihnen immer neue Aufgaben, ohne für ausreichende Finanzmittel zu sorgen. Das Konnexitätsprinzip – „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ – wird dabei systematisch ausgehöhlt.

Die zurückliegenden Krisen – Corona, Energie und nun Rezession – haben den kommunalen Haushalten stark zugesetzt. In ganz Deutschland und so auch in Dortmund mussten zahlreiche geplante kommunale Ausgaben gekürzt oder gestrichen werden. Nicht bloß dringend notwendige kommunale Leistungen entfallen auf diese Weise, auch die Wirtschaftskrise wird dadurch verschärft. Die Finanzordnungen gestatten den Kommunen keinerlei Spielraum, um anti-zyklisch oder wenigstens un-zyklisch auf die Konjunktur zu reagieren, was bedeuten würde, die Wirtschaftskrise mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben abzumildern. Das wird auch nach Überwindung der Rezession ein Problem darstellen. Die zu diesem Zeitpunkt wieder getätigten Ausschreibungen werden von der Wirtschaft gar nicht ab-

gearbeitet werden können, da diese kurzfristig nicht über genügend Kapazitäten verfügt. Auch langfristig werden diese Kapazitäten nicht aufgebaut, da die Unternehmen wissen, dass bei der nächsten Konjunkturkrise erneut sämtliche Ausschreibungen eingestellt werden.

Die Linke fordert daher konjunkturunabhängige kommunale Haushalte. Auch auf Bundes- und Landesebene setzen wir uns dafür ein. Trotz der gravierenden Fehler in der Finanzordnung ist die Arbeit im Rat nicht unbedeutend. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, die Streichungen in der Rezession abzufedern. Nachdem Die Linke schon in der Vergangenheit Gebrauch davon gemacht hat, wollen wir dies auch in Zukunft tun.

Die Stadt Dortmund lief viele Jahre Gefahr, ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zu verlieren und ihre Selbstverwaltung an die Aufsichtsbehörde abzutreten. Jahr um Jahr blieben die städtischen Einnahmen hinter den Ausgaben zurück. Erst seit zwei Wahlperioden nähert die Stadt sich dem Haushaltshaushalt ausgleich wieder an und konnte in einzelnen Haushaltsjahren sogar Überschüsse erwirtschaften – vor allem dank der von der Linksfraktion frühzeitig geforderten Gewerbesteuererhöhung, die seit 2013 umgesetzt wird. Diese beschert der Stadt inzwischen laufend Rekordein-

nahmen bei der Gewerbesteuer. Umgekehrt sinken jedoch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer – Dortmund gehört zu den Schlusslichtern beim Pro-Kopf- Einkommen in Deutschland.

Seit Jahren besteht in Dortmund ein erheblicher Investitionsstau – bei öffentlichen Gebäuden, Schulen und der Verkehrsinfrastruktur. Gleichzeitig belaufen sich die Schulden der Stadt inzwischen auf rund 3,5 Milliarden Euro und werden ab 2026 noch einmal massiv steigen. Klar ist: Diese Schuldenlast kann die Stadt aus eigener Kraft niemals abbauen. Daher ist eine Altschuldenregelung des Landes NRW unumgänglich.

Konservative Stimmen kritisieren immer wieder die angeblich zu hohen Personalkosten der Stadt. Die Linke tut dies ausdrücklich nicht, weil das städtische Personal kein reiner Kostenfaktor ist, sondern zur Aufgabenerfüllung benötigt wird. Lange Wartezeiten bei den Bürger*innendiensten und in der Bearbeitung von Wohngeld sind das Ergebnis von Personalmangel. Ebenso deutlich wird dies im Bereich des Natur- und Umweltschutzes: Dort soll eine einzelne Person den komplexen Landschaftsplan der Stadt im Alleingang umsetzen.

Mitschuldig an dieser Situation ist auch die absurde Ideologie des sogenannten „Standortwettbewerbs“ zwischen Kommunen: Die Dortmunder Stadtspitze verfolgt seit Jahren den Ehrgeiz, andere Kommunen mit kostspieligen Prestigeobjekten zu übertrumpfen. Beispiele hierfür sind der Flughafen, der U-Turm oder das Fußballmuseum. Hinzu kommt der Bereich der Hochkultur: Dortmund leistet sich – ebenso wie das in S-Bahn-Reichweite benachbarte Bochum – alle Sparten der Hochkultur, von Oper bis zum Konzerthaus. Dies ist mit enormen Kosten wie den Bau- und Betriebskosten, Zins- und Zahlungsverpflichtungen an Banken und Investoren (die mit Investorenmodellen weiter gesteigert werden, anstatt auf kostengünstigere Eigenleistung zu setzen), und nicht zuletzt mit den Gewinnabflüssen aus der Energie- und Wasserversorgung der DEW an einen privaten Minderheitsanteilseigner verbunden.

Die Linke sagt ganz klar: Die Hauptverantwortung für den Notstand der Städte liegt auf Bundes- und Landesebene – im sozial ungerechten Steuersystem, das die Kosten des Gemeinwesens einseitig den Arbeitnehmer*innen und kleinen Gewerbetreibenden aufbürdet und die Reichen verschont.

Die Linke fordert:

- Die strikte Einhaltung des Grundsatzes „Wer bestellt, zahlt auch“ (Konnexitätsprinzip).
- Einen Schuldenschnitt – Land und Bund müssen Dortmund entschulden. Bei weiterem Anstieg der Zinsen fordert Die Linke die Umsetzung eines Zinsmoratoriums.
- Die Erhebung einer progressiven Vermögensteuer.
- Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Entlastung der unteren Einkommen bei der Einkommensteuer und den indirekten Steuern.
- Die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Einkommens- und Umsatzsteuer.
- Die Ausnahme kommunaler Betriebe von der Unternehmensbesteuerung.
- Die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer.
- Eine Ausweitung des kommunalen Steuerschöpfungsrechts.

Die Stadt Dortmund kann selbst einiges tun, um ihre Einnahmen und Ausgaben gerechter zu verteilen.

Die Linke fordert:

- Die Beendigung des interkommunalen Dumpingwettbewerbs um die niedrigsten Gemeindesteuern und -abgaben.
- Konstante Grundsteuern: keine Belastung der Mieten durch Steuererhöhungen.

- Die Überwindung des problematischen „Standortwettbewerbs“ um Investoren und Gewerbeansiedlungen.
- Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden auf Augenhöhe.
- Das sofortige Stoppen der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen.
- Eine Rückführung bereits privatisierter Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum (Rekommunalisierung).
- Eine Arbeitsmarktpolitik, die gute Löhne sichert und Armut verhindert. Die Steuereinnahmen durch den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sinken, und Dortmund gehört zu den Schlusslichtern beim verfügbaren Einkommen. Höheres Einkommen für die Dortmunder*innen bedeutet auch eine bessere Finanzierung der Stadt durch mehr Einkommenssteuer.
- Schluss mit der Privatisierung öffentlicher Planungen und Dienstleistungen an private Investoren. *PPP-Modelle* (public private partnership) werden auf Initiative der Linkenfraktion zwar nicht mehr durchgeführt, doch immer noch gibt es so genannte Investorenmodelle (etwa beim Bau von Kitas). Sobald die Betreuungsquote bei den Kitas erfüllt ist, sollte auch diese Variante kreditähnlicher Geschäfte eingestellt werden.
- Beendigung und ein Verbot aller Spekulationsgeschäfte der Stadtkämmerei mit städtischen Schulden (z. B. Zinsderivate).
- Mehreinnahmen durch Erhebung kommunaler Steuern und Abgaben, die die Normal- und Geringverdiener nicht belasten (etwa auf Waffenbesitz, Mobilfunkmasten oder Glücksspiel) .
- Sicherung und Ausbau der wirtschaftlichen Betätigung der städtischen Betriebe, Ausweitung der Investitionen in die Infrastruktur.

- Höhere Abschöpfung von Wertzuwächsen bei der Neuweisung von Bauland. Bevorzugt soll Bauland aber in städtischer Hand gehalten werden und entweder in Eigenregie bebaut werden oder in Erbpacht an Bauherren gehen.
- Die Einführung eines *Bürger*innenhaushalts*: Die Stadt organisiert im ersten Schritt eine breite Bürger*innenbeteiligung an der kommunalen Investitionsplanung. Sobald wie möglich muss der gesamte städtische Haushalt in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt werden. Das Beteiligungsverfahren muss sozial benachteiligte Gruppen miteinbeziehen. Bisherige Versuche, die Bürger*innen in die Haushaltsberatungen einzubeziehen, wurden durch Missbrauchsversuche durch Neo-nazis unterlaufen. Auch war die Werbung der Stadt nicht ausreichend, um hinreichendes Interesse bei demokratisch orientierten Bürger*innen zu wecken. Es gibt jedoch (auch international) genügend Beispiele, dass Bürger*innenhaushalte funktionieren können.



Gute Arbeit, faire Löhne, soziale Sicherheit – **jetzt!**

In Dortmund sind Armut und Arbeitslosigkeit nach wie vor bittere Realität. Besonders Langzeitarbeitslose landen häufig in schlecht bezahlten Arbeitsgelegenheiten, die keine Perspektive bieten. Die Linke Dortmund spricht sich deshalb dafür aus, diese Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II in ihrer jetzigen Form abzuschaffen. An ihre Stelle sollen tarifgebundene, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit einem Stundenlohn von mindestens 15 Euro treten.

Darüber hinaus setzen wir uns für qualitativ hochwertige Stellen nach § 16i und § 16e SGB II ein, die den Beschäftigten eine echte berufliche und soziale Perspektive eröffnen und dauerhaft erhalten bleiben – auch nach Auslaufen der Förderung. Dortmund braucht eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik, die gute, gemeinwohlorientierte und öffentlich geförderte Arbeitsplätze schafft.

Neben fairer Arbeit sind soziale Sicherheit und Teilhabe Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben. Die Linke fordert deshalb die vollständige Abschaffung von Sanktionen und Leistungskürzungen im Bürgergeld-

System. Strom- und Gassperren müssen verboten werden, denn Energie ist ein Grundrecht. Der kommunale Härtefonds soll ausgebaut und in finanziellen Notlagen weiterhin einspringen und Betroffenen helfen, Zahlungsrückstände zu begleichen.

Wirtschaftspolitik muss Beschäftigungspolitik sein

Eine Ursache der Armut in Dortmund ist Arbeitslosigkeit. Über 38.732 Dortmunder*innen waren im Oktober 2024 arbeitslos. Davon waren 8.464 Personen bei der Arbeitsagentur und 30.477 Menschen beim Jobcenter Dortmund gemeldet. Diese Personen fallen ebenso sowie die Teilnehmer*innen an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik oder diejenigen, die sich in einem arbeitsbedingten Sonderstatus befinden, unter den Begriff Unterbeschäftigung. Es handelt sich dabei um Menschen, denen ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fehlt. Insgesamt werden ca. 48.500 Personen zu dieser Form der Arbeit gerechnet.

Die Arbeitslosenquote betrug 2024 in Dortmund demnach 11,7 %. Im August 2024 waren 3.530 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Mehr als jede vierte Person, die sich im Juli 2024 arbeitslos gemeldet hat, war unter 25 Jahre alt.

Die Arbeitslosigkeit mündet häufig in den Teufelskreis sozialer Probleme, wozu auch die Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen für den Lebensunterhalt zählt. Jede*r sechste Dortmunder*in bezog Ende 2022 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Der größte Teil der Menschen erhielt dabei Grundsicherung für Arbeitssuchende. Im Juli 2024 befanden sich 93.271 Menschen in Bedarfsgemeinschaften. Das Verhältnis von Männern und Frauen war nahezu identisch.

In Dortmund werden – wie in zahlreichen anderen Kommunen – für Langzeitarbeitslose unter anderem schlecht bezahlte Arbeitsgelegenheiten angeboten. Zudem fördert die Stadt im Rahmen ihrer „Kommunalen Arbeitsmarktstrategie 2020-2030“ mit dem „Teilhabechancengesetz“ weitere Beschäftigungsmöglichkeiten. Hier wird zwar Tariflohn gezahlt und es besteht die Möglichkeit einer Beschäftigung von bis zu fünf Jahren, jedoch ist die Chance, in eine reguläre Beschäftigung übernommen zu werden, mehr als ungewiss. Hinzu kommt, dass während dieser Zeit keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden, so dass nach Ende dieser Beschäftigung der Rückfall ins Bürgergeld droht.

Auch gibt es nur bedingt Chancen zur Teilnahme an Weiterbildungen. Tarifliche Leistungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld werden nicht gezahlt. Die Tätigkeiten finden hauptsächlich in öffentlichen und sozialen Diensten, in Kinder-, Jugend- und Seniorenein-

richtungen, in der Schulbetreuung, Hausaufgabenhilfe, in Begleit- und Präsenzdiensten im öffentlichen Raum und in öffentlichen Kultur- und Freizeiteinrichtungen statt – es handelt sich also um Arbeit und Beschäftigung, die Menschen hilft und nützt. Dies ist gesellschaftlich sinnvoll, weswegen die Stadt Dortmund weitere Möglichkeiten dieser Art schaffen sollte. Zudem muss die Stadt die sogenannten „1-Euro-Jobs“ in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln, tariflich bezahlen und mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ausstatten. Das bedeutet die Einhaltung des Tariftreuegesetzes und des gesetzlichen Mindestlohns von derzeit 12,82 Euro.

Alle Beschäftigten sind gleich zu behandeln. Qualifizierungsmaßnahmen, die lediglich beschäftigungstherapeutisch wirken und nicht zu einem anerkannten Abschluss führen, lehnt Die Linke ab. Begrüßenswert hingegen sind Zertifikate, die zu einem Abschluss führen und der beruflichen Weiterqualifizierung dienen.

Armut und Arbeitslosigkeit

Die Armutssquote für Dortmund liegt laut Statista bei über 24 %. Hauptursachen sind Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeit, die nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu decken. Deshalb sind Aufstockungen durch Sozialleistungen und Wohngeld notwendig. Arbeitslosigkeit und ihre sozialen Folgen gefährden die Würde der Betroffenen und können sie in einen Teufelskreis von Ausgrenzung, Perspektivlosigkeit und Armut treiben.

Besonders spürbar wird dies in der Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen. In Dortmund beziehen aktuell rund 85.000 Menschen Bürgergeld (ehemals Hartz IV). Das entspricht etwa 14,5 % der Stadtbevölkerung – fast jede*r Siebte ist betroffen. Besonders alarmierend ist die Situation von Kindern und Jugendlichen: Etwa 25.000 Minderjährige in Dortmund wachsen in Familien auf, die auf Bürgergeld angewiesen sind. Das bedeutet, dass fast jedes dritte Kind der Stadt in Armut lebt. Dazu kommen etwa 12.000 Menschen, die Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII beziehen. Für sie reichen Rente oder Einkommen nicht aus, um den Lebensunterhalt zu sichern. Außerdem erhalten rund 3.500 Geflüchtete und Asylsuchende in Dortmund Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diese Zahlen verdeutlichen, dass Armut und soziale Ausgrenzung auch heute ein großes Thema in Dortmund sind – mit weitreichenden Auswirkungen für die Betroffenen und die gesamte Stadtgesellschaft.

Daraus erschließt sich, dass das Bürgergeld deutlich angehoben werden muss, damit niemand unterhalb der Armutsgrenze leben muss. Die Leistungen müssen sich an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten orientieren – besonders in einer Großstadt wie Dortmund. Die Reform der Grundsicherung lehnen wir entschieden ab, da sie eine Kürzung durch die Hintertür bedeutet und vollständige Leistungskürzungen vorsieht, wodurch wiederum

mehr Menschen in Armut gedrängt werden. Stattdessen müssen Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote ausgebaut und armutsfeste, tarifgebundene Arbeitsplätze geschaffen werden – vor allem im sozialen, kulturellen und öffentlichen Bereich. Gute Arbeit für alle statt prekäre Jobs und Leiharbeit. Wir als Linke sagen ganz klar, dass Arbeit sich lohnen muss, und zwar unabhängig vom Geschlecht.

Arm trotz Arbeit – davon sind immer mehr Beschäftigte betroffen

Die Löhne im Niedriglohnsektor und für prekar Beschäftigte reichen selbst in Vollzeit oft nicht aus, um die Existenz zu sichern. Jede*r vierte Bürgergeld-Empfänger*in ist sogenannte*r Aufstocker*in.

Die Linke fordert einen Mindestlohn von mindestens 15 Euro pro Stunde für 2025. Die Linke sagt klar: Vom Lohn ihrer Arbeit müssen Erwerbstätige und ihre Familien leben können.

Wir erwarten, dass die öffentliche Hand auch für ältere Bürgergeld-Empfänger*innen Lösungen schafft. Ein zentrales Ziel der Politik muss es sein, allen Menschen gute Arbeit zu bieten und die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen.

Daher fordern wir die Schaffung von unbefristeten, guten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose.

Dank der Initiative der Linksfraktion konnten bei den Tochterunternehmen der Stadt, DOLOG und die DOS21, Tarifverträge umgesetzt werden, die die Situation der Beschäftigten bereits deutlich verbessern. Obwohl diese ausgegründeten Gesellschaften städtische Aufgaben übernehmen, wurde der Tarifvertrag jedoch nicht für den öffentlichen Dienst angewandt, um so Kosten zu senken. Diese Form der Tarifflucht lehnen wir entschieden ab und setzen uns weiterhin für die Anwendung der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes in sämtlichen Bereichen ein, in denen öffentliche Dienstleistungen erbracht werden.

Daseinsvorsorge durch öffentliche Einrichtungen und Leistungen

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit erfordern gut ausgebauten öffentlichen Dienstleistungen sowie öffentliches Eigentum an lebenswichtigen Natur- und Kulturgütern.

Die Linke engagiert sich auf allen politischen Ebenen dafür, weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verhindern und bereits erfolgte Privatisierungen rückgängig zu machen.

Wirtschaftsförderung

Die Linke tritt für eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsförderung ein und fordert den Ausbau und die Stärkung der Gemeinwirtschaft und des Genossenschaftswesens. Die Förderung von

Kollektivbetrieben sollte ebenfalls ein Ziel der Wirtschaftsförderung sein.

Die Linke fordert, dass Zuwendungen und Leistungen an private Unternehmen an verpflichtende und einklagbare Arbeitsplatz-Zusagen gekoppelt werden.

Gewerbliche Neuansiedlungen

Gewerbliche Flächennutzung soll an die Schaffung von Arbeitsplätzen gekoppelt sein. Flächenverbrauch, etwa durch automatisierte Lagerhallen ohne Beschäftigte, führt in eine Sackgasse. Wir lehnen die Ansiedlung von Gewerbegebieten ab, wenn sie zulasten der Naherholung sowie der Landschafts- und Naturschutzgebiete erfolgt, wie etwa in der Brechtener Niederung.

Private-Public-Partnership-Projekte lehnen wir grundsätzlich ab.

Den öffentlichen Dienst stärken

Die Stadt Dortmund ist zusammen mit ihren Tochter- und Beteiligungsunternehmen bei Weitem die größte lokale Arbeitgeberin. Entsprechend hoch ist ihre Verantwortung für die Beschäftigung vor Ort. Dennoch führt die Ideologie eines „schlanken Staates“ in Kombination mit der finanziellen Auszehrung der Kommunen maßgeblich zur Entstehung von Arbeitslosigkeit.

Wir setzen uns für eine leistungsfähige, gut ausgestattete Verwaltung ein. Kommunale Spar- und Rationalisierungsprojekte dürfen nicht zu weiterer Arbeits-

losigkeit führen. Stattdessen sollen gemeinwirtschaftliche Betriebe in städtischer Hand ausgebaut werden. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Unternehmen der vollständigen demokratischen Kontrolle durch den Rat und seine Ausschüsse unterliegen.

Die Linke steht klar für eine Stärkung des öffentlichen Dienstes als größter Arbeitgeber und im Interesse der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unsere Beharrlichkeit und das wiederholte Nachhaken haben sich ausgezahlt: Auf Antrag der Linksfaktion konnte die Ausbildungsquote bei der Stadtverwaltung verdoppelt werden. Auch weiterhin ist die Stadtverwaltung ein großer Ausbildungsbetrieb in

Dortmund. Diesen Trend unterstützen wir.

Die Linke fordert ein Ende der sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen in Stadtverwaltung und kommunalen Einrichtungen. Ausgliederung von Personal in sogenannte Servicegesellschaften, Lohndumping und *Tarifflucht* trägt Die Linke nicht mit. Wir kritisieren daher die Ausgliederung der ehemals städtischen Bäder in die Sportwelt gGmbH. Hier wurden kommunale Aufgaben privatisiert, um den Tariflohn zu unterwandern. Eine Rekommunalisierung in diesem Bereich streben wir an.

Die Linke fordert:

- Beschäftigte müssen ständig weiter qualifiziert werden, damit diese künftige Aufgaben bewältigen können. Dies gilt auch für die Veränderungen durch Digitalisierung.
- Arbeit muss familiengerecht gestaltet werden. Dazu gehören familiengerechte Arbeitszeiten sowie Betriebs-Kitas. Die Ausweitung von Sonntagsarbeit muss verhindert werden.
- Beschäftigung nach Tarif. Von ihrer Erwerbsarbeit müssen die Beschäftigten und ihre Familien gut leben können.



Digitalisierung ohne Ausgrenzung

Die Linke fordert eine Digitalisierung, die niemanden zurücklässt. Sie soll nicht in Abhängigkeit großer Konzerne stehen, sondern auf Open-Source-Lösungen und eigene Datenhoheit setzen. Datenschutz und Schutz vor Überwachung haben höchste Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass Digitalisierung öffentliche Dienstleistungen für alle zugänglicher macht, und wir bestehen darauf, dass sie kein Machtgefälle erschafft und niemanden ausschließt oder zurücklässt. Unsere Digitalisierung soll die Demokratie stärken anstatt sie zu untergraben.

Public Money – Public Code

Jedes Jahr fließen Milliarden Euro in Lizenzgebühren, vor allem an Konzerne wie Microsoft und Apple. Durch Abo-Modelle und proprietäre Dateiformate geraten Kommunen, Länder und Bund in dauerhafte Abhängigkeitsverhältnisse und müssen fortlaufend große Summen zahlen, um ihre Aufgaben erledigen zu können. Dieses Geld kann sinnvoller eingesetzt werden.

Obwohl Dortmund bereits beschlossen hat, vorwiegend Open-Source-Software

einzusetzen, folgte daraus bislang nichts. Die Linke fordert, dass in Dortmund eine konsequente Open-Source-Strategie umgesetzt wird. Ziel ist es, proprietäre Softwareprodukte von Microsoft, Apple und ähnlichen Konzernen durch quell-offene Alternativen zu ersetzen – etwa Linux als Betriebssystem und LibreOffice anstelle von Word.

Natürlich bedeutet die Umstellung der digitalen Infrastruktur einen erheblichen Aufwand. Software muss eingerichtet und verwaltet, Personal muss geschult werden. Gegebenenfalls muss auch eigens Software (weiter-)entwickelt werden, um Lösungen für Spezialanwendungen zur Hand zu haben. All das lässt sich jedoch durch die eingesparten Lizenzkosten decken. Der organisatorische Aufwand kann durch eine Kooperation der Kommunen, etwa über die bestehenden kommunalen Verbände wie den LWL, bewältigt werden. Dank quelloffener Software können von einer Kommune entwickelte oder optimierte Programme auch anderen Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Die Linke setzt sich dafür ein, die kommunale Zusammenarbeit im Bereich digitaler Infrastruktur und Softwarelösungen zu stärken. Dabei sollen Quelloffenheit und der verantwortungsvolle Einsatz öffentlicher Gelder zum Wohle aller im Vordergrund stehen.

Die Linke fordert:

- Die Umstellung auf Open Source bei Betriebssystemen und Anwendungen.
- Den Zusammenschluss von Kommunen bei digitaler Infrastruktur.
- Die Weiterentwicklung von Open-Source-Lösungen.

Verwaltung digitalisieren, aber behutsam

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger*innen und Unternehmen Entlastung bedeuten, da komplizierte Verfahren, Anfahrtswegs oder lange Wartezeiten entfallen. Leicht zugängliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden. Es besteht weiterhin das Recht auf einen analogen Zugang.

Wir streben Datensparsamkeit für Bürger*innen an. Dies bedeutet, Daten nur dann zu erheben, wenn sie wirklich benötigt werden. Die Linke fordert eine umfangreiche Aufklärung darüber, welche Daten erhoben werden. Zudem soll die Erhebung personenbezogener Daten nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der Betroffenen erfolgen..

Bürger*innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und

öffentlichen Unternehmen. Wir setzen uns daher für die Einführung von Transparenzsatzzungen ein. Diese müssen von sich aus sämtliche öffentliche Daten und Informationen wie Verträge, Treffen mit Interessenvertreter*innen oder Gutachten in einem Transparenzportal online veröffentlichen. Dies muss auch Grundstücksverkäufe umfassen. Ein solches Portal soll dabei leicht zugänglich und verständlich aufgebaut sein. Gleichzeitig muss es offene Schnittstellen anbieten, damit Bürger*innen leichter an demokratischen Prozessen teilhaben können.

Smart-City-Projekten, die vor allem auf Konzernprofite und die Sammlung von Daten angelegt sind, steht Die Linke kritisch gegenüber. Wir befürworten sie lediglich dann, wenn sie tatsächlichen Mehrwert für die Kommunen bringen und die gesammelten Daten sowie die verwendeten Hard- und Softwarekomponenten nicht in der Hand von Konzernen landen.

Die Linke fordert:

- digitalen Zugang zu öffentlichen Daten und Unterlagen,
- hohe Datenschutzstandards in der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen,
- Datensouveränität für Bürger*innen.

Digitalisierung der Bildung

In den vergangenen Jahren wurden alle Dortmunder Schulen mit digitalen Endgeräten ausgestattet. Wartung und Support dieser Geräte bleiben jedoch oft als zusätzliche Aufgabe an den Lehrkräften hängen. Teilweise wird diese Aufgabe vom Dortmunder Systemhaus (Dosys) durchgeführt. Wir wollen dies weiter ausbauen, denn jede Schule benötigt eine*n Administrator*in für Wartung und Support der angeschafften Geräte.

Die Linke fordert, dass die Geräte möglichst lange verwendet werden, um Elektroschrott zu vermeiden. Endgeräte dürfen nicht unnötig ersetzt werden, nur weil Hersteller Updates einstellen – stattdessen sollen freie Betriebssysteme als Alternative installiert werden können. Auch braucht es an den Schulen mehr Know-How im Bereich Reparatur. Dieses Wissen soll sowohl als Teil des Unterrichts als auch in AGs vermittelt werden.

Es werden dringend Konzepte für bessere Bildung im Bereich der Digitalisierung benötigt. Wenn das Arbeitsblatt von einem Tablet abgelesen

wird, anstatt es auszudrucken, ist dies kein digitaler Fortschritt, sondern führt dazu, dass Schüler*innen abgelenkt werden. Digitale Bildung muss insbesondere Themen wie Cybersicherheit, Datenschutz und Rechte im digitalen Raum behandeln. Auch Querschnittsthemen wie Cybermobbing und Medienkompetenz müssen Teil des Lehrplans sein. Die vorwiegende Anschaffung von Apple-Geräten führt dazu, dass Schüler*innen sich an diese Geräte gewöhnen, eine umfassende Bildung bereitet sie jedoch auch auf die Nutzung anderer Systeme und Software vor. Wir fordern, dass die zur Verfügung stehenden offenen Bildungsplattformen genutzt und weiterentwickelt werden und die Nutzung proprietärer Plattformen reduziert wird.



Die Linke fordert:

- die Anstellung von Systemadministrator*innen und IT-Support an allen Schulen in Dortmund,
- umfassende digitale Bildung auch in den Bereichen Gerätewartung, Open Source, Datensouveränität sowie Medienkompetenz und Cybermobbing,
- keine Herstellerabhängigkeit an Schulen

KI nur maßvoll einsetzen

Die Linke fordert, dass mit dem Thema KI äußerst vorsichtig umgegangen wird. „Künstliche Intelligenz“ erfährt gerade einen Hype, und in vielen Bereichen werden KI-Lösungen vorgeschlagen, die jedoch besser mit Anwendungen ohne KI gelöst werden könnten. KI liefert keine zuverlässig korrekten Antworten, ist äußerst rechenaufwendig und hat damit einen hohen Energieverbrauch. Hinzu

kommen diverse ethische Probleme und das Unwissen darüber, wie das KI-System zu seinen Entscheidungen kommt. Lösungen ohne KI sind daher immer vorzuziehen.

Da KI immer auf bereits bestehenden Daten trainiert wird, werden auch die darin enthaltenen sexistischen, rassistischen, ableistischen und klassistischen Vorurteile übernommen. Diese werden von den KI-Systemen in

ihren Entscheidungen entsprechend wiedergegeben oder sogar verstärkt. Wenn KI eingesetzt wird, muss sicher gestellt sein, dass kein derartiger Fehler (Bias) in den Trainingsdaten vorliegt. Wir stellen uns gegen die Übergabe von kompletten Personendaten in KI-Anwendungen. Belange des Datenschutzes

und des Urheberrechtes müssen ebenso immer berücksichtigt werden. Zudem muss im Vorhinein geklärt sein, wie und wann neue Erkenntnisse in ein KI-Programm einfließen sollen, da das erneute Training der KI äußerst aufwändig ist.

Die Linke fordert:

- die Bevorzugung von Programmen, die ohne KI arbeiten,
- die Sicherstellung, dass bei verwendeten KI-Anwendungen kein Bias vorliegt.



Cybersecurity

In einer zunehmend digitalen Stadt, in der immer mehr Objekte und Systeme miteinander vernetzt sind, sind Cyberangriffe allgegenwärtig. Ohne sichere digitale Infrastruktur kann es auch keine verlässliche Datensicherheit geben. Die Linke fordert deshalb den Aufbau eines verpflichtenden Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS), das in Zusammenarbeit mit Universitäten und zivilgesellschaftlichen Initiativen umgesetzt wird und hohe Sicherheitsstandards gewährleisten soll. Cybersicherheit betrifft nicht nur Technik, sondern auch die Menschen, die sie nutzen. Daher braucht es verpflichtende Schulungen für Mitarbeitende, aber auch Aufklärungsarbeit für Bürger*innen. Zudem sollen kleinere Städte und Gemeinden in diesem Bereich stärker zusammenarbeiten.

Überwachung verhindern

Als Linke stellen wir uns gegen jede Form der Überwachung. Wir wollen keine Videoüberwachung im öffentlichen Raum, insbesondere, wenn diese mit „intelligenten“ Anwendungen verknüpft werden soll. Wir stellen uns gegen Projekte der Polizei, in der einzelne Straßen kurzfristig oder dauerhaft videoüberwacht werden. Beispiele sind die Überwachung der Münsterstraße, der Brückstraße sowie der Überwachungscontainer. Wir sind außerdem gegen Projekte des kommunalen Ordnungsdienstes, die mit weiterer Überwachung einhergehen, wie etwa die Einführung von Bodycams.

Die Linke fordert:

- Keine Videoüberwachung.
- Keine Bodycams beim kommunalen Ordnungsdienst.

The background of the image is a repeating pattern of red triangles pointing upwards, set against a dark maroon background.

Die Linke

Dortmund